

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,00 M. monatlich, 1,10 M. vierteljährlich, 3,50 M. halbjährlich, 7,00 M. jährlich. Einmalige Nummer 5 Pf. Sonntagsblätter mit Beilagen: Sonntagsblätter, Die Neue Welt, 10 Pf. Postabonnements: 1,10 M. pro Monat, 3,50 M. pro Quartal, 7,00 M. pro Halbjahr, 13,00 M. pro Jahr. In die Post gebunden in die Post gebunden für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat, Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Nummern oder deren Raum: 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichts- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste Zeitgedruckte Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Stellenangebote und Schließel-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 12. November 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Quittung.

Zur Monats- und Quartalsrechnung sind folgende Beiträge eingegangen:

- Nachen-Stadt, sozialdemokr. Verein, 3. Quart. 1909 70,—
- Nachen-Land-Eupen, sozialdemokr. Verein, 3. Quart. 1909 45,20
- Gros-Berlin, a. Konto seiner acht Wahlkreise 10 000,— (darunter amerikanische Funktion vom Stiftungsfest der lustigen 18 bei Sothe, Greifswalder Straße 37, zur Landtagswahl 3,—, Bezirk 609a, 10,—, Bezirk 661, Orbis 4,—, Monatsbeitrag Masche 10,—, Gen. Kanone 3,—, A. V. Hüter 1,—, Bezirk 358 I 4,—, D. Schüß 6,—, von den Schuhmachern bei Mohr u. Speier für Landtagswahl 6,—, D. R. R. 25,—) Berlin, diverse Beiträge: Dr. L. V. 100,—, Einleger der Fa. Mittag 8,28, M. B. 2,—, Gutenberg 32,20, Mächtig 5,—, Die Kontobuchhalter vom Wedding 5,—, Zu den Landtagswahlen bei v. den Pächtern der Fa. Beck u. Glöckner 10,05, „Ein Wegelagerer“ 5,—, Jule, Ritterstr. 85 14,30, P. S. 100,—, L. P. 100,—, Freiwilligen Beitrag für 1909 v. A. Z., Gipsstr. 3,60, E. D., Gubraus 3,—, Max 3,—, Anabe 3,—, Breslau, sozialdem. Verein für Breslau-Ost und -West, 3. Quart. 09 080,—, Dant, sozialdemokr. Verein d. 2. obdenb. und 2. hannov. Wahlkr., 3. Quart. 09 411,12, Brandenburg-Westbavelland, sozialdemokr. Verein, 3. Quart. 09 300,—, Verghem-Eustirchen, Wahlkreisbeitrag für 3. Quart. 09 20,20, Vern 50,—, Bonn, sozialdemokr. Verein, 3. Quart. 09 15,—, Breslauer Agitationsbezirk, 3. Quart. 09, Wahlkreise: Breslau-Land 352,50; Liegnitz-Goldberg-Baymau 178,34; Brieg-Ramslau 20,52; Oslau-Estrehlen-Rimpfisch 46,72; Wittsch-Trebnitz 12,10; Oels-Wartenberg 4,20; Zeeschütz 4,90; Kestadt 11,56; Reife 4,—; für Flugblätter vom Kreis Liegnitz 31,50; Summa 575,34, Fugtebude, von den Allen durch Weber 2,—, Cammsitt, sozialdemokr. Verein des 2. württemb. Wahlkr., 3. Quart. 09 361,28, Crefeld, sozialdemokr. Volksver., 3. Quart. 09 214,46, Cassel-Melungen, sozialdemokr. Verein, 3. Quart. 09 435,48, Dornheim (Hessen), J. G. R. 2,10, Düsselhof, sozialdemokr. Verein, 3. Quart. 09 (darunter von Frauen 80,89) 589,38, Essen, Beitrag der weiblichen Mital. d. sozialdemokr. Ver. für 3. Quart. 09 66,89, Guben, sozialdemokr. Ver. d. Wahlkreises Delitzsch-Wittorf für das 2. Quart. 09 176,50, Göttingen, sozialdemokr. Verein für 3. Quart. 09 224,75, Gurtz-Schlesingen-Riegenrad, 3. Quart. 09 180,—, Frankfurt a. M., sozialdemokr. Ver., 3. Quart. 09 1100,—, Kallenberg (Oberhessl.) 17,70, Göttinger Agitationsbezirk, Wahlkreise: Grünberg-Freistadt 55,—; Sagan-Sprotau 50,00; Dunsau-Lüben 78,—; Löwenberg 22,20; Görtz-Lauban 303,50; Rothenburg-Hopernwerda 81,30; Summa 599,90, Gebweiler i. Gf., soz. Verein, 3. Quart. 09 10,14, Gr.-Ottersleben, sozialdemokr. Verein für den Wahlkr. Wangelben, 3. Quart. 09 200,—, Gera (Reich), sozialdemokratischer Verein für Reich j. 2., 3. Quart. 09 600,—, Geldern, Wahlkr. Gese-Geldern, 2. Quart. 09 11,20, Gorbarg, 17. hannov. Wahlkr., 3. Quart. 09 800,—, Gogen-Schwelm, sozialdemokr. Verein für 3. Quart. 09 (darunter v. Frauen 33,79) 566,91, Hlin a. M., Reg. B. 20,—, Kattowitz, Beitrag d. P. P. S. für 3. Quart. 09 126,44 (darunter Wahlkr. Kattowitz-Jabrze 51,27; Seuten Tarnowitz 34,50), Laupheim, 15. württemb. Wahlkr., Ortsverein Laupheim, 3. Quart. 09 2,62, Lüneburg, sozialdemokr. Verein des 16. hannov. Wahlkr., 3. Quart. 09 100,—, Magdeburg, sozialdemokr. Verein, a. Konto der Beiträge für 3. Quart. 09 800,—, Mühlhausen i. Gf., sozialdemokr. Kreisverein, 3. Quart. 09 69,24, M.-Glabbach, sozialdemokr. Verein, 3. Quart. 09 60,84, Meerane, 17. sächs. Wahlkreis, 3. Quart. 09 125,—, München, Gau Südbayern, 3. Quart. 09, Wahlkreise: München I und II 895,59; Michas 56,40; Ingolstadt 12,27; Wasserburg 8,09; Weichem 30,48; Rosenheim 89,67; Traunstein 26,91; Landsbut 13,63; Straubing 7,08; Passau 10,68; Pfarrkirchen 2,10; Deggendorf 3,—; Augsburg 110,79; Donauwörth 4,29; Altfrieden 20,55; Kaubeuren 11,25; Jümmenstadt 40,71; Summa 1838,89, Neuwied, sozialdemokratischer Verein für 3. Quartal 1909 6,28, Oldenburg, 1. obdenb. Wahlkreis, 3. Quart. 1909 145,68, Oberlangendelner Agitationsbezirk, 3. Quart. 1909, Wahlkreise: Giesberg-Schönau 47,07; Landesbut-Vollenshain-Jauer 80,—; Reichendach-Reute 295,95; Schweidnitz-Eriegau 186,—; Waldenburg 312,—; Summa 911,02, Weigwall, Beitrag des Wahlkreises Dyrpritz für 3. Quartal 1909 10,50, Necklinghausen, Wahlkreisbeitrag für 3. Quartal 1909 147,—, Stahurt, Wahlkreis Duedlinburg-Waldersleben-Calbe, 3. Quartal 1909 480,50, Stuttgart, G. II. 10,—, Stodolsdorf, Fürstentum Lüneb., Beitrag für das 2. Quartal 1909 123,42, Solingen, Wahlkreisbeitrag für 3. Quartal 1909 (darunter von weiblichen Mitgliedern 28,84) 519,96, Schwemlingen, 9. württembergischer Wahlkreis, 3. Quart. 1909 116,80, Salzweil-Gardelagen, Wahlkreisbeitrag für 3. Quartal 1909 49,62, Welfen, Wahlkreis Potsdam-Döbelenland, 3. Quartal 1909 238,57, „Vorwärts“-Leberich für 3. Quartal 09 30 268,90, „Wahrer Jakob“, Neue Zeit, „Gleichheit“ 15 000,—, Weimar, 1. weimarscher Wahlkr., 2. u. 3. Quartal 09 173,23, Z. P. S. 5000,—, Zittau, sozialdemokr. Verein des 1. sächs. Reichstagswahlkreises, 3. Quart. 09 268,22

Berlin, den 9. November 1909.

Für den Parteivorstand: A. Gerisch, Lindenstr. 69.

Der Vorentwurf zum neuen Strafgesetzbuch.

I.

Von den drei Grundstufen unserer Staats- und Gesellschaftsordnung: Zuchthaus, Kirche und Kaserne steht nur noch die erste ganz unerschüttert fest. Die Kirche hat in großen Teilen Deutschlands fast ganz ausgepielt; in anderen Teilen sind die Tage ihres Einflusses gezählt. Die Einsicht, daß das Militär der allgemeinen Wehrpflicht in einem Lande mit 3/4 Millionen sozialdemokratischer Wähler auf die Dauer keine ganz zuverlässige Waffe gegen den inneren Feind ist, dürfte auch den verböhrten Militaristen

halb aufdämmern. Bleibt nur noch die dritte Staatsstüge: die kriminalistische. Sie aufzubauen und zu verstärken ist deshalb zurzeit eine Hauptbeschäftigung unserer herrschenden Klassen.

Nun sind zwar unsere bisherigen Strafgesetze und die Art ihrer Handhabung im Kampfe gegen den Umsturz ganz schneidige Waffen. Aber einige Schwächen haben sich doch gezeigt. Und vor allem das psychologische Moment: Sie genießen kein rechtes Vertrauen mehr bei einem großen Teile derer, die sich ihrer bedienen. Insbesondere unser geltendes Strafgesetzbuch, das in den Jahren 1868—1870 geschaffen ist, wird von denen, die es schützen soll, soweit sie etwas von Kriminalistik verstehen, nur noch als mehr oder minder ehrwürdige Mumie angesehen. Ist es doch nichts als ein Abklatsch des preussischen Strafgesetzbuchs von 1851, und dieses wiederum nichts als das napoleonische Strafgesetzbuch von 1810, ins Preussische überfetzt. Allgemein in den Kreisen der Kriminalisten ist deshalb der Wunsch nach einer durchgreifenden Umgestaltung des Strafgesetzbuchs entstanden.

Selbst ein so konservativ gesinnter Mann wie der Strafrechtsprofessor Kahl kann nicht umhin, in seiner Schrift: „Das neue Strafgesetzbuch“ (Seite 19) zu schreiben: „Falls der Gesetzgeber nicht bloß Stücker, sondern eine wirkliche Reform beabsichtigt, werden von den 370 Paragraphen des Strafgesetzbuchs wenige unverändert oder an ihrer Stelle bleiben.“

Das Strafgesetz ist aber schließlich nicht nur eine politische Waffe, sondern auch eine solche gegen das Verbrechertum, und zwar, wie anerkannt werden mag, eine im Gegenwartszustand unentbehrliche. Freilich wird im Klassenstaat der Kampf für die Ausrottung des Verbrechertums stets Sisyphusarbeit sein, da die Wurzel der Kriminalität, die sozialen und politischen Verhältnisse, bestehen bleibt.

Alljährlich beim Erscheinen der Kriminalstatistik erhebt sich in der bürgerlichen Presse ein gewaltiges Ramentum über die wachsende Verrohung unserer Zeit. Und es muß zugegeben werden, daß die Zahl der Gesamtkriminalität sich im allgemeinen in aufsteigender Kurve bewegt. Das letzte Jahr, für das die Statistik berichtet, 1907, zeigt eine Abnahme der Zahl der Verurteilten und der Verurteilungen. Im folgenden ist diese neueste Statistik, die erst nach der Veröffentlichung des Entwurfs erschienen ist, noch nicht berücksichtigt. Im Jahre 1822, dem ersten Jahre der amtlichen Kriminalstatistik, betrug die Zahl der wegen Verbrechen und Vergehen gegen die Reichsgesetze verurteilten Personen 315 849 = 996 auf 100 000 Strafmündige der Zivilbevölkerung, 1907 war die Zahl der Verurteilten 530 723, die Verhältniszahl 1222. Die Kriminalität hat also in dieser Zeit erheblich zugenommen und sogar um 22 Proz. die Zunahme der Gesamtbevölkerung überflügelt. Dennoch darf man sich durch diese Zahlen nicht zu Uebertreibungen hinreißend lassen, wie es unsere bürgerlichen Moralisten zu tun pflegen. Zum Beweise einer angeblichen Demoralisation unseres Volkes lassen sie sich nämlich nicht vertieren. Zunächst ist zu berücksichtigen, daß seit 1882 eine Anzahl neuer Strafbestimmungen hinzugekommen sind. Sodann schafft unser modernes Leben in jedem Jahre mehr Verührungspunkte und damit mehr Reibungsflächen zwischen den einzelnen Individuen und vergrößert schon dadurch die Kriminalität. Und dann: Was segelt nicht alles in der amtlichen Kriminalstatistik unter der Flagge der Kriminalität! Ganz abgesehen soll in diesem Zusammenhange werden von den politischen „Verbrechern“. Wer seinen lieben Mitmenschen einen „Ekel“ nennt oder wer „widerrechtlich in das befriedete Besitztum eines anderen eindringt“, wird unweigerlich in der amtlichen Kriminalstatistik als Verbrecher gezählt. Wer ernsthaft Kriminalstatistik treiben will, der scheidet zunächst aus der Zahl der Verbrecher diejenigen aus, die allein Gegenstand der Kriminalpolitik sind. Am besten läßt sich dies tun, wenn man die Sondernach nach den erkannten Strafen vornimmt. Da ergibt sich denn, daß, um mit den schwersten Verbrechen anzufangen, die Zahl der zum Tode Verurteilten sich seit 1882 von 85 auf 32 vermindert hat. Dennoch will der neue Vorentwurf die barbarische Todesstrafe beibehalten. Die Zahl der zu Zuchthaus Verurteilten, also im allgemeinen der schweren Verbrecher, hat sich seit 1882 absolut um ein Drittel, im Verhältnis zur strafmündigen Bevölkerung gar um die Hälfte gesenkt. Insgesamt sind im Jahre 1906 nur 8010 Personen mit Zuchthaus bestraft worden gegen 13 417 im Jahre 1882. Sogar die Zahl der zu Gefängnis Verurteilten hat unter Berücksichtigung des Wachstums der Bevölkerung stark abgenommen, wenigstens noch immer mehr als 1/4 Million Menschen in ihnen für die Sünden der kapitalistischen Gesellschaft büßen. Eine starke Verminderung weist auch die Zahl der zum Verluste der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilten Personen auf, also diejenigen Verurteilten, bei denen das Gericht eine besonders erblose Gesinnung vorausgesetzt hat. Sie ist von 20 401 im Jahre 1882 auf 12 490 im Jahre 1906 gefallen. Kehnläufig gilt für die Polizeiaufsicht, deren Zuständigkeit im Jahre 1882 in 8238, im Jahre 1906 jedoch nur in 3085 Fällen ausgeprochen ist. Geringer ist die Zahl der zu Geldstrafe Verurteilten stark gestiegen. Auf sie allein entfällt das Wachstum der Kriminalität. Von 83 562 im Jahre 1882 ist sie auf 242 018 im Jahre 1908 gestiegen. Ihr Anteil an der Gesamtheit der wegen Verbrechen und Vergehen erkannten Strafen beträgt annähernd die Hälfte aller Strafen, zusammen mit dem Ver-

weis sogar mehr als die Hälfte. Von den zu Geldstrafen Verurteilten muß freilich ein großer Teil doch ins Gefängnis wandern, dank der insamen — natürlich im neuen Entwurfe aufrecht erhaltenen! — Bestimmung unseres Strafgesetzbuchs, daß der Arme nur wegen seiner Armut eine Lat, die der Reiche mit ein paar Mark büßt, mit seiner Freiheit büßen muß.

Diese Zahlen beweisen zur Genüge, was es mit dem heuchlerischen Gerede der Reaktionäre aller Richtungen von der Verrohung unserer Zeit auf sich hat. Daß es einen Menschen gäbe, der diese Zahlen etwa mit zunehmender Milde der deutschen Straftrichter erklären wollte, darf man wohl als ausgeschlossen betrachten. Bei diesem Zurückgehen der schweren Kriminalität wäre es wohl angebracht, an eine allgemeine Milderung der Strafen zu denken. Wie weit der neue Vorentwurf davon entfernt ist, wie er vielmehr dem seligen Dracon größte Freude bereiten würde, wird noch in den folgenden Aufsätzen zu zeigen sein.

Die elende Lügenbehauptung unserer Gegner, daß die, wie gezeigt, in Wirklichkeit gar nicht existierende Verrohung unseres Volkes dem rapiden Anwachsen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften zur Last zu legen sei, ist zwar einer Widerlegung nicht wert. Wer nur einen Blick auf diejenigen Teile der Kriminalstatistik tut, die von der örtlichen Verteilung der Verbrechen handeln, kann sich überzeugen, daß die Schlussflätten der Reaktion regelmäßig auch die Schlussflätten der Verbrechen sind, und daß die Wahlkreise mit starker Sozialdemokratie auch regelmäßig solche mit schwacher Kriminalität sind.

Noch elender zerfliegt die Lüge der Reaktionäre, wenn wir einen Blick auf die Ursachen des Verbrechens werfen, selbst wenn wir nur die Ansichten der bürgerlichen Kriminalpolitiker zugrunde legen. Die alte Lehre, welche die Schuld an Verbrechen stets nur dem Verbrecher selbst zu Lasten legte, findet heute kaum noch ernsthafte Berechtigung. Auch diejenigen, die im Anschlusse an den jüngst verstorbenen Lombroso einen sogenannten Verbrechertypus konstruierten, der mit besonderen körperlichen Eigenschaften ausgestattet sei, haben ihre Lehre mehr oder minder zugunsten der sozialen Verhältnisse aufgeben müssen, die den sozialen Verhältnissen die Hauptschuld am Verbrechen zuschreibt. Und alle anderen sozialen Faktoren des Verbrechens werden von einem einzigen überträgt: der wirtschaftlichen Not. Dafür ein paar Beispiele:

Die kapitalistische Wirtschaft zeichnet sich aus durch ständigen Wechsel von Hochkonjunktur und Krisen. Ein Blick in die Kriminalstatistik lehrt nun, daß dieser Wellenlinie sich genau die Entwicklung der Kriminalität anpaßt. Dem Krisenjahre folgt ein Ansdwellen der Verbrechenszahl wie der Schatten dem Menschen. Der knappe, mir zu Gebote stehende Raum hindert leider, an dieser Stelle den Nachweis zahlenmäßig zu führen. Von größtem Einflusse auf die Kriminalität, besonders auf die Eigentumsvergehen, ist insbesondere der Stand der Getreidepreise. Hohe Getreidepreise = hohe Kriminalität ist eine Gleichung, die schon der Begründer der Kriminalstatistik, Quetelet, aufgestellt hat. Neuerdings hat der Kriminalist Berg für Deutschland die Richtigkeit jener Gleichung schlagend zahlenmäßig dargetan und dadurch nachgewiesen, wie richtig die Beobachtung des jetzigen Unterstaatssekretärs von Marx ist, der in seinem Buche: „Die Gesetzlosigkeit im Gesellschaftsleben“ (Seite 346) bei Beschreibung der bayerischen Kriminalstatistik ausführt, daß so ziemlich jeder Sechser, um den das Getreide im Preise gestiegen sei, auf je 100 000 Einwohner einen Diebstahl mehr hervorgerufen habe, während andererseits das Fallen der Getreidepreise um einen Sechser je einen Diebstahl bei der gleichen Zahl von Einwohnern verhütet hat. Charakteristisch ist ferner, daß die kalten Monate, also die Zeiten der Nahrungserschwerung, gleichzeitig die Zahlen der Eigentumsvergehen ansdwellen lassen. Ihre Zahl ist im Winter mit seiner Not um mehr als 30 Proz. größer als in den sonstigen Jahreszeiten. Von den in die preussischen Zuchthäuser eingelieferten Gefangenen hatten ferner mehr als 1/4 ein Einkommen von unter 900 Mark. Eng ist der Zusammenhang zwischen Arbeitslohn und Kriminalität. Rechtsanwalt Dr. Weinberg hat hierüber unter dem Pseudonym Dr. Siegfrieda in der „Neuen Zeit“ (24. Jahrg., Bd. 1 S. 636 ff.) eine kleine Untersuchung angestellt, die beispielsweise ergab, daß diejenigen zehn Regierungsbezirke, die in der allgemeinen Kriminalität am günstigsten dastehen, mit einer einzigen Ausnahme relativ günstige Lohnverhältnisse haben, während sich unter den 13 Bezirken, die in der allgemeinen Kriminalität am ungünstigsten dastehen, kein einziger befindet, der einen relativ günstigen ortsüblichen Tagelohn aufweisen kann. Noch charakteristischer ist vielleicht, daß genau dieselben 7 Provinzen, die den niedrigsten Durchschnittslohn haben, auch die ungünstigste Diebstahlskriminalität aufweisen. Die Zahl der Verweise dafür, daß die wirtschaftliche Not es ist, die unsere Zuchthäuser und Gefängnisse füllt, ließe sich noch ins Ungemessene vermehren. Es genüge hier noch, auf die schlechten Wohnungsverhältnisse hinzuweisen, die eine Hauptursache der so viel beklagten Kriminalität der Jugendlichen sind und von denen der bedeutendste bürgerliche Kriminalpolitiker von List meint: „Eine gründliche Verseitigung der Mißstände, die heute fast überall, nicht nur in den Großstädten, mit dem Wohnungsweisen der arbeitenden Klassen verbunden sind, wird sich ganz zweifellos als ein wirksameres

Mittel zur Verminderung der Kriminalität erweisen, als eine ganze Anzahl von neuen Paragraphen im Strafgesetzbuch." Ferner ist auf den Alkoholismus hinzuweisen, der in dem neuen Strafgesetzbuch so oft berücksichtigt ist und dem die Verfasser des Entwurfs doch so verständnislos gegenüberstehen, wie noch zu zeigen sein wird. Schon das Angeführte lehrt, daß eine wirkliche Kriminalpolitik einzig und allein von den Sozialdemokraten und den Gewerkschaften getrieben wird. Nur sie gehen ernsthaft der wirtschaftlichen Not zu Leibe, nur sie kämpfen wirksam für höhere Löhne und niedrige Preise, gegen Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot, für Bildung und Kultur. Nur ihrem Wirken ist es zuzuschreiben, daß die Kriminalität sich gebessert hat. Wie erbärmlich ist es da, daß der neue Entwurf, der angeblich das Verbrechen bekämpfen soll, ausgestaltet ist zu einem wahren Ausnahmengesetz gegen diejenigen, die einzig es wirksam bekämpfen: gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften! Dies wird in den folgenden Ausführungen näher zu zeigen sein. Zunächst soll jedoch kurz dargestellt werden, welche im kapitalistischen Klassenstaate erfüllbaren Forderungen wir an ein Strafgesetzbuch zu stellen haben. Wie viel wichtiger als ein Strafgesetzbuch ein wahrhaft sozialpolitisches Gesetzbuch für die Verbrechensbekämpfung wäre, geht aus den Zahlen, die wir hier über die Ursache der Verbrechen mitgeteilt haben, klar hervor.

Aus dem sächsischen Landtage.

Aus Dresden wird uns darüber noch geschrieben:

Am Dienstagabend sind die neugewählten 26 sozialdemokratischen Abgeordneten in die Zweite Kammer des sächsischen Landtages eingezogen und am Mittwoch gab es bereits den ersten Zusammenstoß mit den Gegnern. Als drüftigste Fraktion hatten die Sozialdemokraten nach allem bisher beobachteten Verkommen Anspruch auf den zweiten Vizepräsidentenposten und einen Sekretär. Beide gehören zum Direktorium, das über die wichtigsten Dinge geschäftlicher Art gemeinsam zu beraten und mit Stimmenmehrheit zu entscheiden hat. Unsere Genossen machten ihren Anspruch auf beide Stellen im Direktorium auch geltend. Von den Nationalliberalen wurde ihnen auch die Vizepräsidentenstelle zugestimmt, doch knüpften die Herren daran die Bedingung, daß der sozialdemokratische Vizepräsident mindestens an der sogenannten feierlichen Eröffnung des Landtages, die im königlichen Schloß stattfindet, teilnehmen müsse. Sie begründeten ihr Verlangen mit der Behauptung, der erwähnte Eröffnungsgang, sowie die Schlusszeremonie seien durch die Verfassung vorgeschrieben. Nun heißt es allerdings im § 114 der sächsischen Verfassung:

Der König eröffnet und entläßt die Ständeversammlung entweder in eigener Person oder durch einen dazu bevollmächtigten Kommissar.

Ohne diese Eröffnung darf der Landtag in Verhandlungen nicht eintreten. Insofern handelt es sich allerdings um einen durch die Verfassung vorgeschriebenen Akt. Es steht aber kein Wort davon in der Verfassung, daß zu dieser Eröffnung die Vizepräsidenten zu erscheinen haben. Außerdem hat man diese Eröffnung zu einer höflichen Zeremonie verunstaltet, die im königlichen Schloß stattfindet. Die Abgeordneten müssen sich in vorgeschriebener Weise aufstellen. Wenn der König kommt, wird ein Hoch auf ihn ausgebracht. Darauf wird die Thronrede verlesen und der Landtag für eröffnet erklärt. An dieser Zeremonie sollte der sozialdemokratische Vizepräsident teilnehmen, allerdings sollte es ihm freigestellt werden, ob er mit hochzuwachen oder nicht.

Die sozialdemokratische Fraktion lehnte das Ansinnen namentlich unter dem Hinweis ab, daß in der Verfassung kein Wort davon steht, daß der zweite Vizepräsident bei der Eröffnung durch die Verfassung vorgeschriebenen Eröffnung zugegen sein müsse. Es wurde die bedingungslose Gewährung des zweiten Vizepräsidentenpostens gefordert. Darauf erklärten die Nationalliberalen und Freisinnigen, für einen sozialdemokratischen Vizepräsidenten nicht eintreten zu können. So kam es dann auch.

Ueber den Verlauf der Mittwochs- und der Präsidentschaftswahl ist schon berichtet worden. Die Sozialdemokraten stimmten für den Nationalliberalen Vogel als Präsidenten und den Konservativen Dity als ersten Vizepräsidenten gemäß dem Grundgesetz, daß die Direktorienposten nach der Stärke der Fraktionen zu verteilen sind. Um so unwürdiger war danach das Verhalten der Bürgerlichen. Die Freisinnigen akzeptierten den zweiten Vizepräsidenten trotz der schmachvollen Umstände, unter denen er ihnen zufiel. Die Sozialdemokraten zogen die selbstverständliche Konsequenz, indem sie nun auf den Sekretärposten verzichteten. Sie gaben bei dieser Wahl weiße Zettel ab. Jedes wurde Genosse Frechner mit 37 Stimmen gewählt, die von den Liberalen herrührten. Er lehnte natürlich die Wahl ab, so daß an seine Stelle der Konservative Dr. Schanz rückte.

Damit war der Streit erledigt, der den Nationalliberalen und Freisinnigen Gelegenheit gegeben hatte, gleich zu Anfang der Session zu zeigen, daß sie keine Spur von Liberalismus besitzen.

Am Donnerstag eröffnete der König den Landtag mit einer Thronrede. Sie erwähnt u. a. die Tatsache, daß sich die Zweite Kammer auf Grund eines neuen Wahlgesezes verlammet habe, „das dem Frieden des Landes und der Wohlfahrt aller Schichten des Volkes dienen solle“.

Der Staatshaushaltsetat für die nächste Finanzperiode weise namhafte Ausgaben zugunsten der Beamten, Geistlichen, Lehrer usw. und ihrer Hinterbliebenen auf. Da vermehrte und neue Staatsbedürfnisse zu berücksichtigen waren, habe die Herstellung des Gleichgewichts zwischen den Einnahmen und Ausgaben diesmal besondere Schwierigkeiten geboten, jedoch sei es gelungen, den Etat ohne erhöhte Anforderungen an die Steuerkraft des Landes ins Gleichgewicht zu bringen. Von den vor einigen Monaten erlassenen Steuergesetzen des Reiches erwarte man, daß sie der Reichskasse denjenigen Mehretrag an fortlaufenden Deckungsmitteln zuführen, der erforderlich ist, um bei sparsamer Führung des Reichshaushaltsetats den Reichsbedarf aufzubringen und einem weiteren unüberhältnismäßigen Anwachsen der Reichsschuld wirksam vorzubeugen. Leider war es den Verbündeten Regierungen nicht gelungen, gleichzeitig die seit langem angeordnete Regelung des finanziellen Verhältnisses der Bundesstaaten zum Reich zu erzielen. In dieser Beziehung sei sich darbietender Gelegenheit auf eine Änderung hinzuwirken, wird die Regierung fortgesetzt als ihre Aufgabe betrachtet. Auf dem Gebiet der Vergesetzgebung kündigt die Thronrede einen Entwurf an, wonach die Sicherheit des Betriebes durch gewählte Vergarbeiter mit überwachet werden soll. Ferner werde es die Regierung nach wie vor als ihre erste Aufgabe betrachten, dem Volke die Religion zu erhalten. Auf dem Gebiete der Unterrichtsverwaltung werden drei Gesetzentwürfe vorgelegt werden. Diese betreffen die künftige Gestaltung der höheren Mädchenschulbildung und zwecks besserer Ausbildung des weiblichen Geschlechts für seine späteren Berufsmöglichkeiten, ferner die Anstellungsverhältnisse

der Fachlehrerinnen an den Volksschulen sowie die Abänderung des Gesetzes über die Schulsteuern. Zum Schluß kündigt die Thronrede Gesetzentwürfe über die Landesbrandversicherungsanstalt und über die Feuerversicherung bei privaten Unternehmungen an.

Die belgische Krise.

Brüssel, 9. November. (Fig. Ver.) Die „Krise“ ist im Jubiläumjahr der 25-jährigen Herrschaft der Merikalen zum Normalzustand des belgischen Parlamentarismus geworden. In der Tat scheint das, was man im politischen Sprachgebrauch „Krise“ nennt, sich unter dem glänzenden, alle parlamentarischen Normen missachtenden Merikalen-Regime zu einer ingenieusen Regierungstechnik auszubilden.

Zur Krise gehört es sonst, daß sie ihren notwendigen, durch bestimmte politische Voraussetzungen vorgezeichneten Ausgang nimmt. Aber gerade dazu will es jetzt nicht kommen und dies hauptsächlich darum, weil die Merikalen-Minister auch ohne und eventuell gegen die Majorität regieren. Die Situation ist in Belgien nicht mehr neu und wenn statt des Ministeriums Schollaert ein anderes Merikales Ministerium auf den Plan tritt, muß sich die parlamentarische Situation noch lange nicht ändern. Der logische Abschluß der Krise wäre die Durchsetzung einer Militärreform mit Hilfe der Linken oder der Appell an die Wählerschaft, d. h. Wahlen mit der Plattform der allgemeinen persönlichen Dienstpflicht. Daß die Regierung nicht zu dem letzteren Mittel greift, begreift sich. Wird Herr Schollaert die Reform mit der Linken machen: ihr Angebot, die persönliche Dienstpflicht in die Reform aufzunehmen — als „Vögelgeld“ für die Dienstbefreiungen der Geistlichen — annehmen? Man weiß, Herr Schollaert hat kein Interesse, die Militärreform nur mit der Rechten zu machen. Auf dieser Rechten befindet sich jedoch der intransigente altmerikale Boeste, der überhaupt von einer Reform nichts wissen will und höchstens einem Ausbau des Gesetzes vom Jahre 1902 über das Volontariat zustimmt, von dem eben der Kriegsminister erklärt hat, daß es unhaltbar und die Quelle aller der militärischen Gebrechen ist, die eine Reform befehligen soll. — Auf dieser Rechten befindet sich aber auch der Flügel der Jungmerikalen, von denen ein Teil wenigstens, entschlossen ist, nur für eine Militärreform zu stimmen, die das „Krebsgeschwür“ am Leib der Armee, wie der Merikale Minister Pelleputte einmal das Stellvertretungssystem genannt hat, beseitigt. Ein solcher Paragraph fehlt der Regierungsvorlage, trotzdem sich seinerzeit der Kriegsminister in seinen Vorschlägen sehr energisch für die persönliche Dienstpflicht eingesetzt hat.

Die seinerzeitigen Abstimmlungen in den Sektionen über das Regierungsvorhaben wie über das Amendement Vertrand über die persönliche Dienstpflicht haben zudem gezeigt, daß das Haus über eine Majorität für die persönliche Dienstpflicht verfügt. Und nun hat in diesen Tagen ein Mitglied der Rechten, Herr Lebie, in einer Rede, die voll scharfer feindlicher Spigen gegen Boeste war, an die Regierung appelliert, die von der Linken angebotene Einigung zu akzeptieren und mit Hilfe dieser und gegen die Boeste-Ligue die Militärreform auf der Basis der persönlichen Dienstpflicht zu machen. Herr Lebie wird ferner von den Boeste-Blättern als Parteiverräter und Antipatriot angeklagt und der Regierung gedroht, falls sie auf eine Einigung mit der Linken eingeht, daß ihr durch Amendements das Gesetz von der Boeste-Ligue in Grund und Boden verpufft werden würde. Also: „Sabotage“! Und Herr Boeste selbst läßt sogar mit einer Ministerkrisis drohen! So liegt denn die Situation so, daß die Regierung mit der Linken keine Militärreform machen darf und mit der Rechten keine machen kann. Herr Schollaert hätte eine Majorität, aber er darf nur mit der Minorität regieren — vorausgesetzt, daß der allerdings unheimlich zähe und starrsinnige Fanatiker Boeste scheidet.

Ob das „Vögelgeld“ für die persönliche Dienstpflicht im Rahmen der Regierungsvorlage vom sozialistischen Standpunkt aus gesehen, nicht zu teuer bezahlt wäre, ist eine andere Frage. Neben dem Liberalen Ohmans und dem Demokraten Janson, hat auch Wand erbelde für die sozialistische Gruppe der Regierung ihre Hilfe zugesagt, d. h. erklärt, daß die Sozialisten für die Regierungsvorlage stimmen würden, wenn sie die Aufhebung der Stellvertretung zuließe. Nun hat der letzte Parteitag bezüglich der Forderung der Sozialisten in der Militärfrage sein Votum dahin abgegeben, daß unsere Genossen in der Kammer nur für ein Gesetz stimmen dürfen, das keine Erhöhung der militärischen Lasten zur Folge hat. In diesem Punkte gibt die Formel Schollaert aber durchaus keine Beruhigung. Sie läßt die Frage des Kontingents und der Dienstzeit offen und die Formel: ein „Sohn per Familie“ im Verein mit den von den Merikalen geheiligten Befreiungen gibt keinerlei Gewißheit darüber, ob nach der Durchführung der Schollaert'schen Reform das Proletariat nicht mit erneuten militärischen Lasten wieder beaufschlagt werden.

Diesem Zweifel oder vielmehr dieser Befürchtung hat auch die sozialistische Presse bereits Ausdruck gegeben. Will die Regierung eine Einigung mit der Linken, eine Unterstützung der Sozialisten in der Militärreform, so wird es notwendig sein, daß sie in ihrem Projekt auch Garantien bietet, daß das Proletariat nicht die Aufhebung der einen Ungerechtigkeit mit neuen Opfern bezahlt. Aber soweit ist die Situation noch lange nicht gekommen, und es ist Tausend gegen Eins zu wetten, daß eine Kombination nach rechts mit Intrigen und unredlichem Schacher einer Kombination nach links mit Konzessionen in demokratischer Richtung von der Regierung vorgezogen wird — wenn sie die Möglichkeit dazu hat...

Politische Ueberblick.

Berlin, den 11. November 1909

Statt des Dreiklassenwahlrechts ein Vierklassenwahlrecht!

Eine Korrespondenz erzählt:

„Ein maßgebender Abgeordneter der nationalliberalen Partei spricht sich auf Grund von Informationen, die er von unterrichteter Seite erhalten hat, dahin aus, daß nach den Erfahrungen, die mit dem Pluralwahlrecht in Sachsen gemacht worden sind, eine Einführung desselben für Preußen überhaupt nicht mehr in Frage kommt, nachdem sich herausgestellt hat, daß das Pluralwahlrecht einen genügenden Schutz gegen sozialdemokratische Ueberflutung nicht bietet. Nach Ansicht des Abgeordneten dürfte die Lösung der preussischen Wahlreformfrage vielleicht in der Weise gefunden werden, daß man vom Dreiklassenwahlrecht zum Vierklassenwahlrecht übergeht und die Zugehörigkeit zu einer dieser vier Klassen von der Steuerleistung, der Bildung und dem Alter abhängig macht. Ein derartiges Wahlrecht böte einen sicheren Schutz gegen die sozialdemokratische Hochflut. Es würde dann auch der Durchführung der geheimen Abstimmung ein wesentliches Hindernis nicht mehr entgegenstehen.“

Da auch das sächsische Wahlrecht ja eine Art Vierklassenwahlrecht ist, aber nach der nationalliberalen Information Herrn v. Bethmann-Hollweg noch zu radikal sein soll, so würde also das für Preußen in Aussicht genommene Vierklassenwahlrecht noch viel elender sein, als das sächsische!

Ob die Meldung nun richtig ist oder nicht, so viel ist ohne weiteres klar, daß sowohl die Regierung als auch die Parteien der Rechten alles aufbieten werden, um die Wahlreform derart zu gestalten, d. h. zu verzerrten, daß die preussische Duma vor einer sozialdemokratischen Ueberflutung geschützt ist. Es fragt sich nur, ob die entrechteten Massen sich derartig pressen lassen werden. Und da scheint uns

dem doch das Resultat der letzten Wahlen im ganzen Reich ein Beweis dafür zu sein, daß die breiten Volksmassen es endlich gründlich satt sind, sich von Junkern, Pöfaffen und Schlotbaronen als Unmündige behandeln zu lassen. Das Volk wird bei der Wahlreform auch ein kräftiges Wortlein mitzusprechen haben!

Budgetberatung in der Hamburger Bürgerschaft.

Hamburg, den 11. November. Am Mittwochabend gelangte in Hamburgs Parlament das Budget für 1910 zur Beratung. Senatsschreiber Dr. Diestel, der seit dem Tode des Bürgermeisters Dr. Wändeberg die wichtigen Senatssachen vertritt, gab sich einen modernen Anstrich. Er hob hervor, daß ein Drittel der Staatseinnahme für die Befolgung des Beamtenheeres draufgehe. Senator Dr. Diestel scheint keine Beamten zu kennen, denn er hält diese nicht für befähigt zur Leitung der Hamburger Staats- und Vorortbehörden; „Neben ein Kaufmann, als ein Beamter, der nicht das Erwerbdsinteresse hat, das jenen besetzt“, bemerkte er, hinzufügend, daß der Beamte nur eben seine Vorentscheidung ausfülle, womit für ihn die Sache abgetan sei.

Im nächsten Jahre wird, eine Folge des Abbrandvertrages, das Budget die Höhe von 200 Millionen erreichen. — Genosse Stolten hob hervor, daß die traurigen Finanzverhältnisse im Reich auch auf die Hamburger Finanzen hinübergriffen, so daß die Steuerlast auch hier stärker angezogen werden müsse. Er erbat den Senatsschreiber, bei der Vorberatung der Reichswertzuwachssteuer darauf hinzuwirken, daß diese die lokalen Verhältnisse Rechnung trage. Die Frage über die Beamtenwirtschaft griff Genosse Stolten auf, indem er darauf hinwies, daß es in dieser Hinsicht beinahe ebenso schlimm aussehe, wie auf den Reichswerken. Das Beamtenheer zähle jetzt rund 15 000 Köpfe, auf je zwanzig erwachsene Männer kommt in Hamburg ein Beamter! Auf diesem Gebiete könnte viel gespart werden, wie auf der anderen Seite die Gasanlagen, Raibetriebe usw., vor allem die an der Amerika-Linie verpackten, als ergiebige Einnahmequellen herangezogen werden könnten. Der Budgetausfluß werde das trübe Bild in der angezeichneten Richtung retouchieren können. Einen Zuruf, daß an der Unrentabilität der Staatsanlagen die hohen Arbeitslöhne schuld seien, tat Stolten mit der Bemerkung ab, daß die Lohn-erhöhung bei weitem nicht Schritt gehalten habe mit der durch die agrarische Schandwirtschaft hervorgerufenen Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel. In der weiteren Aussprache wurde vor allem den kostspielig arbeitenden Staatsbehörden Sparsamkeit empfohlen und eine scharfe Kontrolle verlangt.

M.-Gladbacher Steuerpolitik.

Im September 1905 veröffentlichte die „Soziale Kultur“, eine im Verlage der Zentralstelle des katholischen Volksvereins erscheinende Monatschrift einen Artikel über Steuerwesen und Steuerpolitik, worin festgestellt wurde, daß die Lasten des Reiches „nicht von den Besitzenden, von den Millionären und Kommerzianten, nicht von den Großgrundbesitzern und Großindustriellen aufgebracht werden, sondern von der breiten Masse des arbeitenden und seine Existenz im harten Kampfe ringenden Volkes.“ Weiter wurde bezüglich des Verhältnisses der direkten und indirekten Steuerbelastung festgestellt, daß an Reichssteuern auf den Kopf der Bevölkerung entfallen 18,56 M., an Landessteuern 11,22 M., worunter noch 3,10 M. indirekte Steuer, an Gesamtsteuer also 29,78 M. Die indirekten Steuern in Reich und Bundesstaat, hieß es wörtlich, „betragen insgesamt pro Kopf 21,60 M., während die direkten Steuern nur 8,12 M. ausmachen, d. h. die indirekten Steuern betragen etwa 250 Prozent der Staatssteuern.“

Der Artikel zog dann noch die direkten Gemeinde-, Bezirks-, Provinzialsteuern sowie die Kirchen- und Schulsteuern in Betracht und kam zu folgendem Ergebnis: direkte Steuern 17,52 M., indirekte Steuern 21,60 M. pro Kopf. „Was man — so hieß es am Schluß — über unsere Schätzungen bezüglich der kommunallosen Steuern, aber soviel steht unfehlbar fest: Die Gesamtbelastung durch indirekte Steuern ist höher als die durch die direkten Steuer.“

Genau, nachdem das Zentrum den großen Abschbetrag der Reichsfinanzreform auf dem Gewissen hat, beweisen die M.-Gladbacher das Gegenteil. Sie haben das Land mit einem Flugblatt überschwennt, dessen erste Seite mit drei Säden geziert ist: einem ganz großen, der die Summe der direkten und Besitzsteuern (2068 Millionen), einem kleineren, der die Summe der indirekten Steuern auf notwendigen Konsumgüter (773 Millionen), und einem noch kleineren, der die Summe der indirekten Steuern auf entbehrliche Genussmittel (622 Millionen) darstellt. Und nun wird angegeben, daß die „Vesererbemittelten“ von den direkten Steuern $\frac{1}{15}$, von den indirekten Steuern $\frac{1}{2}$ resp. $\frac{1}{3}$ des Gesamtbetrags zahlen. Von den $\frac{3}{5}$ Milliarden direkten und indirekten Steuern in Reich, Staat und Gemeinde sollen demnach auf die „Minderbemittelten“ rund 1000 Millionen, auf die „Vesererbemittelten“ rund 2500 Millionen Mark entfallen.

Die Steuergelehrten aus M.-Gladbach behaupten, damit bewiesen zu haben, daß die Sozialdemokratie „bei ihrem Steuergeheul auf die größte Lüge der Wahrheit fähig“ wenn sie behauptet, daß der arme im Verhältnis zum Reichen viel zu hoch besteuert sei. Nach der Darstellung der M.-Gladbacher sind im Gegenteil die Arbeiter und kleinen Leute viel zu wenig belastet gegenüber den armen Reichen, die fünf Sechstel der gesamten Steuerlast tragen. Diese meine Entdeckung kommt dadurch zustande, daß die Bevölkerung eingeteilt wird in „Vesererbemittelte“ und „Minderbemittelte“. Unbeachtet gibt's nach der M.-Gladbacher Anschauung in Deutschland überhaupt nicht „Minderbemittelte“ sind die Leute mit einem Einkommen unter 1500 Mark. Wer mindestens 1500 M. Jahresverdienst, also einen Tagelohn von 4,11 M. hat, der zählt zu den „Vesererbemittelten“ und kommt mit dem Millionär in einen Sad!

Man sieht: bei den M.-Gladbachern ist kein Ding unmöglich. Sie können den Steuerfah der „Vesererbemittelten“ beliebig groß machen, je nachdem sie das Einkommen fixieren, das nötig ist, um den Staatsbürger in den Stand der „Vesererbemittelten“ zu befördern. Bei der nächsten Finanzreform, die mit Hilfe des Zentrums zustande kommt, werden sie vielleicht die Eigenschaft des „Vesererbemittelteins“ schon mit einem Einkommen von 800 Mark beginnen lassen und nachweisen, daß die „Minderbemittelten“ in Deutschland überhaupt keine Steuern zahlen.

Staatgefährliche Windmühlensügel!

Der edle Ritter von La Mancha socht zwar auch gegen Windmühlensügel, aber doch nur deshalb, weil er sie für Riesen hielt. Unsere Polizei und Justiz aber kämpft gegen Windmühlensügel, trotzdem sie weiß, daß sie nichts sind, als simple und veritable Windmühlensügel!

Diese Windmühlensügel hatten es unseren staatsbehaltenden Organen dadurch angetan, daß sie weich und rot angestrichen waren. Weich und rot ist nur zwar die Landes-

farbe der Hanfsäcke und Hesses, aber auch die des alten polnischen Reiches. Deshalb bedeutet dieser in anderen Teilen des Reiches harmlose, ja „patriotische“ Anstrich für Polen eine Kundgebung, die „die öffentliche Ruhe und Sicherheit“ zu „gefährden“ geeignet sein soll!

So hat wiederum ein Gericht erkannt und das Kammergericht hat das Urteil bestätigt!

Es will uns scheinen, als ob dieser Kampf wirklich im eigentlichen Sinne ein Kampf gegen Windmühlensflügel sei!

Der Schnaps in der Armee.

Ein Leser des „Vorwärts“ schreibt uns:
Im Anschluß an den Artikel in Nr. 244 des „Vorwärts“ möchte ich folgende Erfahrung mitteilen:

Als ich im Sommer 1908 in einem preussischen Infanterieregiment eine mehrwöchige Uebung machte, war ich nicht wenig erstaunt, daß in den Kantinen genau wie in jeder Schnapsbottle Schnaps zu haben war. Wenn es auch dem Kantinewirt verboten ist, vor dem Vormittagsdienst Schnaps an die Soldaten zu verabreichen, so wird das nach dem Dienst reichlich nachgeholt. Im übrigen wird das Verbot wohl in den seltensten Fällen gehalten. Außerdem ist der Fasel eine gute Gemahmequelle des Kantinewirts und die Regimenter verstehen das wohl auszunutzen, indem sie hohe Wachstumsforderungen und so den Schnapsgeheim indirekt fördern. Es wäre auch zuviel verlangt, sollten die Offiziere gegen den Fasel Front machen, sie würden ja die Einnahmen ihrer Väter schädigen! In den Kantinen der bayerischen Regimenter ist nicht nur kein Schnaps zu haben, sondern die Mannschaften werden auch vor dem Schnapsgeheim im Randver gewarnt. Ich wunderte mich deshalb um so mehr, als bei den Verhaltensmaßnahmen fürs Randver vor dem Schnapsgeheim überhaupt nicht gewarnt wurde. Während wir in Bayern die Feldflaschen mit schwarzem Kaffee füllten, zogen es die preussischen Kameraden teilweise vor, ihre Flaschen mit dem minderwertigsten Fasel zu füllen. Gerade weil das Bier in Norddeutschland teurer ist und der Soldat an chronischen Geldmangel leidet, unterliegt er auch eher der Versuchung, Schnaps zu trinken. Es wäre viel vernünftiger, die Unterrichts erhaltenden Offiziere würden angewiesen, die Mannschaften vor dem Schnaps als vor den „bösen Sozia“ zu warnen!

Wenn die preussische Geheeresverwaltung wirklich Soldatenmishandlungen beseitigen und die Mannschaften vor unüberlegten Schritten bewahren will, so verfüge sie, daß der Fasel in den Kasernen veräußert wird. Die Vorgesetzten müßten dann freilich mit gutem Beispiel vorangehen.

Aufgabe der staatlichen Waffenfabriken.

Das „Berliner Tageblatt“ läßt sich aus München melden, daß die Firma Krupp-Essen Vorbereitungen zur Errichtung einer Filiale in Ingolstadt trifft. Das soll damit zusammenhängen, daß der preussische Kriegsminister beabsichtigt, die staatlichen Waffenfabriken an die Privatindustrie zu verlaufen, weil diese billiger und rentabler arbeite. Diese Absicht soll auch der bayerische Staat verfolgen, daher die Vorbereitungen, die Krupp in Ingolstadt trifft. Wenn im preussischen Kriegsministerium eine solche Absicht besteht, so kann sie nicht erfüllt werden ohne Zustimmung des Reichstages, für Bayern ist die Zustimmung des Landtages erforderlich. Wichtig ist es, daß die Privatindustrie billiger produziert als die staatlichen Werkstätten. Die Ursache liegt in einem ganz unholbar gewordenen System. Man beseitige die in den staatlichen Werkstätten herrschende Bürokratie und stelle zur Leitung Sachleute an, denen nach Möglichkeit freie Hand gelassen wird, und sofort wird man bessere Resultate erzielen. Die Militärverwaltung betrachtet aber ihre Betriebe heute, wenigstens teilweise, als Versorgungsanstalten für Offiziere, die man aus irgend einem Grunde in der Front nicht mehr haben will. Welchen praktischen Sinn soll es denn haben, wenn an die Spitze eines Bekleidungsamtes, in dem Zivilschneider die Uniformen herstellen, als Leiter ein Oberleutnant, als Abteilungsleiter Hauptleute gestellt werden, wenn ferner als Aufseher resp. Werkmeister Feldwebel fungieren?

Wie ein staatlicher Betrieb nicht geleitet werden darf, das zeigt der jetzt in Kiel sich abspielende Prozeß. Man soll also vernunftgemäß reformieren; nicht aber dem Privatkapital weitere Gewinne auf Kosten der Steuerzahler zuschanzen.

Reichsfinanzreform im bayerischen Landtage.

München, 10. November.

Es weiterleuchtet in der bayerischen Kammer. Schon mehrmals kam es in den Beratungen zu Vorpostengefechten wegen der Reichsfinanzreform. Heute kam es zu einem recht ersten Scharnhügel und nur die Aussicht auf eine nahe umfassende Besprechung verhinderte den Ausbruch einer großen Schlacht.

Der Bauernbündler Hilpert ruft in seiner eigenen Hülfslosigkeit die Regierung auf, den Staatsbeamten die Agitation gegen die Reichsfinanzreform zu untersagen, sonst könnte man glauben, daß die Revolution von oben begünstigt würde.

Dr. Heim verteidigt die Haltung des Zentrums in der Reichsfinanzreform und wendet sich entschieden gegen die uneheliche Agitation der Liberalen, die im Lande den Anschein erwecken wollten, als ob sie gegen die indirekten Steuern gewesen wären. Er erklärt sich als prinzipieller Freund der Reichserbschaftsteuer und hat „keinen Augenblick an die Geschichte von dem Familiensinn geglaubt.“

Genosse Dr. Haller will sich des näheren Eingehen auf die Reichsfinanzreform enthalten, weil in dieser Hinsicht eine gründliche zusammenhängende Besprechung notwendig sei. Er spricht in der Hauptsache zu der zur Diskussion stehenden Besitzveränderungsgebühr für Bayern: Die Besitzveränderungsgebühr erhebe sich als indirekte Steuer einer besonderen Verliebtheit bei den Regierungen. Jetzt wollen in Bayern das Reich, der Staat und die Gemeinde den Ertrag teilen. Der bayerische Staat soll 2 Proz., das Reich 2,5 Proz. und die Gemeinde ein Prozent erhalten. Die Besitzveränderungsgebühr sei eine durchaus ungerechte, unsoziale Steuer, weil sie vielfach nicht der Leistungsfähigkeit des Käufers entspreche und weil namentlich in den Städten diese Steuer auf die Mieter abgewälgt werden würde.

Die Erhebung einer Reichsbesitzveränderungsgebühr und einer Reichswertwachssteuer sei ein durchaus ungerechtfertigter Eingriff in das Steuerrecht der Gemeinden.

Dr. Jäger vom Zentrum spricht gegen die von Dr. Müller-Hof und Dr. Haller aufgestellte Behauptung, daß die Besitzveränderungsgebühr abgewälgt würde. Der Preis der Wohnungen würde durch Angebot und Nachfrage geregelt, eine Gebühr von 8 1/2 Proz. hätte hierauf im allgemeinen keinen Einfluß.

Es folgt noch eine sehr lebhaft Auseinandersetzung zwischen Dr. Müller-Münchinger und Dr. Heim über Wälou, Finanzreform Kulturkampf, Kampf gegen Rom usw.

Interessant noch war die Konstatierung des Ministers des Innern, daß der Bauernbundsabgeordnete Hilpert sich bei ihm beschwerte über einen Beamten, der als Versammlungsbefucher gegen ihn „heulte“ und mittels einer Versammlung zu sprechen. Der Minister ist der Ansicht, daß der Versammlungsleiter für die Ruhe und die Ordnung zu sorgen habe und der Ueberwachungsbeamte nur unterstützend eingreifen könne.

Die Besitzveränderungsgebühr ging schließlich in der Form vollständig unter.

Kommunalwahlsteige.

In Gannau eroberten die Sozialdemokraten am Mittwoch die zur Wahl stehenden vier Mandate der dritten Abteilung mit 2070 gegen 1945 bürgerliche Stimmen. Gewählt sind die Genossen H. G., Dr. Wagner, Graf und Schreiber.

In Eisenach wurden neben 13 liberalen drei sozialdemokratische Kandidaten gewählt. Die Sozialdemokratie gewann einen Sitz.

Die Wirkung des Schnapsbottelkotts.

In der „Breslauer Volkswacht“ lesen wir:
Auch in Breslau ist der Schnapskonsum in einzelnen Gastwirtschaften um 50 Prozent zurückgegangen, doch folgen wir einem Hinweis der betroffenen Gastwirte, wenn wir darauf aufmerksam machen, daß namentlich auch der Schnapsgeheim im eigenen Hause unter den Vohlost fällt. Man will die Beobachtung gemacht haben, daß einzelne Familien stärkere Quantitäten Schnaps im Konsumverein einkaufen. Wenn auch der Hausverbrauch an Branntwein nie so stark werden wird als der Ansehung, so ist doch die Anschaffung jeder Quantität Branntwein auf das Schärfste zu verdammen.

Wegen militärischen Aufruhrs verurteilt.

Zum vierten Male hatten sich gestern die Kriegsgerichte mit der Aufrührfrage Knochenhauer und Genossen zu beschäftigen. Unter der schweren Auflage des Aufruhrs, des tätlichen Angriffs und anderer militärischer Verbrechen standen vor den Gerichtsbänken die Kanoniere Knochenhauer, Wledriede und Kraut, sämtlich vom Lehrregiment der Artilleriebeschule. Fast dreiviertel Jahr sitzen die drei Soldaten bereits in Haft. Am 3. April hatten die Kanoniere auf dem Jüterbogener Schießplatz geübt. Nach beendeter Uebung wurden die Mannschaften auf Krümperswagen des ausgebeuteten Weges halber nach den Kasernements zurücktransportiert. Da die Pferde etwas erschöpft waren, so ließ der überwachende Unteroffizier Krüger öfter absteigen. Hierbei murrten einige der Leute. Bald wurde laut gefungen und auch beleidigende Äußerungen fielen aus der Reihe der Mannschaften. Mehrere der Kanoniere verübten anderen Unfug, und als Krüger die Leute seiner eigenen Abteilung vorzog und ihnen erlaubte, auf die Wagen zu steigen, wurde von den anderen Leuten geschimpft und gehöhlt. Der Unteroffizier versuchte die Ruhe wieder herzustellen, was ihm aber nicht gelang. Da fiel eine Äußerung, die äußerst beleidigend für den Vorgesetzten war. Der Kanonier Wledriede rief ihm zu: „Lassen Sie sich morgen früh im Revier die Ohren verlesen, damit Sie das Maul noch weiter aufreißen können!“

Er wollte daraufhin Wledriede festnehmen, dieser rückte aber aus, sprang über den Zaun und rannte und rief dem auf dem Pferde sitzenden Unteroffizier zu: „Du kannst mir den Budele runterstrecken!“ Obendrein lachte er den Vorgesetzten auch noch aus. Währenddessen wurde Krüger von einem anderen Kanonier, dem Knochenhauer, von hinten mit Sand beworfen. Verschiedene der Kanoniere verweigerten dem Unteroffizier gegenüber den Gehorsam. Sechs der Exzessanten konnten von Krüger ermittelt werden. Sie hatten sich seinerzeit wegen militärischen Aufruhrs usw. vor dem Kriegsgericht zu verantworten. Das Gericht gelangte jedoch nicht zu der Ueberzeugung, daß Aufrühr vorliege, und erkannte nur wegen tätlichen Angriffs usw. auf empfindliche Strafen. Das Oberkriegsgericht, bei dem der Gerichtsherr Verurteilung einlegte, erhöhte die Strafen für die drei Hauptangeklagten Knochenhauer, Wledriede und Kraut. Es erkannte gegen Knochenhauer auf 3 Jahre 6 Monate, gegen Wledriede auf 4 Jahre und gegen Kraut auf 2 Jahre Gefängnis.

Die Angeklagten legten Revision beim Reichsmilitärgericht ein und dieses verwies die Sache zur nochmaligen Verhandlung ans Oberkriegsgericht des Gardekorps. Dieses nahm jetzt militärischen Aufrühr an, doch vermochte es die Strafen nicht zu erhöhen, da der Gerichtsherr keine Verurteilung eingelegt hatte. Es bleibt also bei den erwähnten Strafen.

Die Bändlerparade in Gnesen.

Die unter Anführung der Öffentlichkeit tagende außerordentliche Generalversammlung des „Bundes der Landwirte“ wird nicht in Berlin, sondern in Gnesen tagen. In der Hauptsache wird es sich darum handeln, Maßregeln gegen den neuen Vauerneid zu beschließen.

Weshalb die Führer der Führerschaft im Bund der Landwirte haben, das hat der Wanderredner des Bundes, ein gewisser Dr. Wötlicher aus Berlin, in einer nationalliberalen Versammlung in Eisleben auseinandergesetzt. Er erklärte nämlich, wie der „Hamod. Courier“ mitteilt, die Großgrundbesitzer seien aus dem Grunde als Führer der Bauern nicht zu erbechten, weil bei ihnen eine „ererbte politische Klugheit“ in Betracht zu ziehen sei.

Daß die bauerlichen Mitglieder des Bundes der Landwirte von ihren Führern selbst als dumm eingeschätzt werden, das hat vor einiger Zeit auch der bekannte Liman bestätigt, als er vor Gericht die Leser der „Deutschen Tageszeitung“ als „geistig schwerfällig“ bezeichnete.

Verichtigung. In die Notiz der gestrigen Nummer „Der neue Verfassungsentwurf für die Schildaer Lande“ (zweite Seite des Hauptblatts) haben sich einige Druckschler eingeschlichen. Es muß heißen:

Zeile 14 statt Mecklenburg-Schwerin Mecklenburg-Strelitz.
Zeile 21 statt 22 Vertreter der Ritterschaft 25 Vertreter der Ritterschaft.

Zeile 39 muß hinter den Worten „40 Volksvertretern“ die nähere Bezeichnung „Mecklenburg-Schwerins“ hinzugefügt werden.

Oesterreich.

Wegen den Verfassungsbruch.

Wien, 11. November. Der Verfassungsausschuß nahm einstimmig einen Antrag Adlers an, wonach die Bewilligung des Budgetprovisoriums nur mit Zustimmung des Parlaments erfolgen darf und die Anwendung des § 14 darauf verfassungsmäßig unbedingt ausgeschlossen wird, und wonach ferner die Regierung, die als Ausweg aus den politischen Schwierigkeiten zum § 14 greift, und die Parteien, die das geschehen lassen, oder durch ihre Politik dahin drängen, die volle Verantwortung für den Verfassungsbruch tragen.

Dänemark.

Zur Aufhebung der Prügelstrafe.

Der neue Justizminister und Ministerpräsident Zahle hat unter dem 8. November dem Polizeidirektor in Kopenhagen sowie sämtlichen Amtmännern im Lande ein Rundschreiben gesandt, worin sie aufgefordert werden, bevor eine Verurteilung zur Prügelstrafe vollzogen, dem Justizministerium die Akten der betreffenden Strafsache zu übersenden und sich zugleich darüber zu äußern, inwieweit Gründe vorliegen, dem Verurteilten auf dem Wegnabigungswege die Prügelstrafe zu erlassen.

Man darf wohl annehmen, daß hiermit die im Jahre 1905 durch den großen Bauer und Justizminister Alberti eingeführte Prügelstrafe in der Praxis beseitigt ist. Aus dem Strafgesetzbuch kann sie namentlich nur auf dem gesetzgeberischen Wege beseitigt werden. Jedenfalls wird die radikale Regierung auch in dieser Hinsicht das Ihre tun, um Dänemark endgültig von jenem Schandfleck einer barbarischen Strafmethode zu befreien, die mit dem Grundgedanken der humanen und vernünftigen Rechtspflege in schärfstem Widerspruch steht.

Schweden.

Vergleichsvorschläge.

Der Schlichtungsbeamte Cederborg hat der Arbeitgebervereinigung sowie der Landesorganisation der Gewerkschaften am Dienstag seine Vermittlungsvorschläge vorgelegt. Sie beziehen sich teils auf die noch ungelösten Konflikte in den einzelnen Betrieben und Betrieben, teils auf die von den Unternehmern geforderte Verhandlungsordnung, die dem Ausbruch neuer Kämpfe vorbeugen soll. Der Schlichtungsbeamte hat jedoch keinen neuen Entwurf zu einer Verhandlungsordnung vorgelegt, sondern empfiehlt den Parteien, sich darin einig zu erklären, daß eine solche wünschenswert ist, um für die Zukunft Arbeitseinstellungen, soweit es möglich ist, vorzubeugen. Er schlägt weiter vor, daß über diese Angelegenheit Verhandlungen unter einem unparteiischen Leiter stattfinden und am 15. Dezember beginnen, spätestens am 31. Dezember beendet sein sollen. So lange diese Verhandlungen nicht endgültig abgeschlossen sind, soll kein Streik und keine Aussperrung stattfinden, ohne daß die betreffenden Zweigtigkeiten Gegenstand von Verhandlungen zwischen der Arbeitgebervereinigung und der Landesorganisation waren. Ferner sollen beide Parteien schon jetzt erklären, daß sie prinzipiell die Grundsätze über das Recht der Arbeitgeber, die Arbeit zu leiten und zu verteilen, Arbeiter anzustellen und zu entlassen, anerkennen, und ebenso sollen sie gegenseitig versprechen, das Koalitionsrecht zu respektieren, wie dies ja schon durch die während der letzten Jahre abgeschlossenen Kollektivverträge zum Ausdruck gekommen ist. — Nehmen beide Parteien die Vergleichsvorschläge an, so soll unmittelbar darauf über die Wiederaufnahme der Arbeit und was sonst damit zusammenhängt, beraten werden. Ob sie Annahme finden werden, ist allerdings noch zweifelhaft. Das Landessekretariat der Gewerkschaften hat sofort die Repräsentantschaft der Landesorganisation zur Beratung zusammenberufen.

Persien.

Die russische Hehe.

Die persische Frage ist über Nacht wieder aktuell geworden. Die Schakale in der russischen reaktionären Presse wittern Beute und benutzen die jüngsten Ereignisse in Arabien, das von dem wilden Schahseveranstan unter Kasim-Khan belagert wird, zu einer neuen Hehe gegen Persien. Die europäischen Vorstellungen über die nationale Souveränität — schreibt die „Kosowoje Wremja“ — haben keine Anwendung zu den Bedingungen des asiatischen Lebens. Die nominelle persische Regierung ist nur tauglich in der Eigenschaft eines bequemen Adressaten für diplomatische Vorstellungen. Sie ist aber nicht imstande, die faktische Verantwortung zu tragen, und darum müssen wir uns notgedrungen mit Mitteln verteidigen, die den russischen und anderen ausländischen Untertanen die Gefährlosigkeit sichern können.

Am interessantesten ist es, daß die Nachricht von den Unruhen in Arabien und der Entsendung russischer Truppen dorthin am Tage nach der Veröffentlichung des offiziellen Communiqués über die Abberufung der russischen Truppen aus Persien eintraf. Die Antwort auf diese Rätsel findet man im Telegramm des Teheraner „Times“-Korrespondenten, wonach die Ansicht in Persien allgemein verbreitet ist, daß die Russen im Geheimen Unordnung in Aserbeidjan schaffen, um einen Vorwand für eine bewaffnete Intervention zu haben. —

Amerika.

Die Korruption.

New York, 11. November. Die „Sun“ veröffentlicht seitenslange Enthüllungen über die Machenschaften beim Zuckertruf. Das Blatt behauptet, der Zuckertruf habe 30 Millionen Polgefälle hinterzogen und Beamtenbestechungen im großen betrieben.

Aus der Partei.

Parteiliteratur.

Die Volkshühne. Die vom Bildungsausschuß herausgegebenen Einführungen in Dramen und Opern sind soeben um 8 Hefte vermehrt worden, die wir bereits in einer Sonderausgabe erwähnt haben. Es sind jetzt schon 24 verschiedene Einführungen erschienen. Die Arbeiterorganisationen sollten bei der Veranstaltung von Theatervorstellungen nicht verkümmern, für die Besucher diese Einführungen zu beschaffen. Das einzelne Exemplar kostet 10 Pf. Bei Massenbezug wird hoher Rabatt gewährt. Bezugsbedingungen sowie alles Nähere teilt auf Verlangen der Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, mit.

Aus den Organisationen.

Im Wahlkreis Darmstadt-Großgerau hat die Organisation nach dem soeben erstatteten Geschäftsbericht des Sekretärs für das am 30. September beendete Geschäftsjahr 2794 männliche und 126 weibliche Mitglieder. Die 38 örtlichen Parteimitgliedschaften hatten eine Gesamteinnahme von 16 756,16 M. und eine Ausgabe von 14 061,86 M. Die Kreisliste hatte eine Einnahme von 10 134,45 M. (einschließlich 3309,63 Vermögen am 1. Oktober 1908) und eine Ausgabe von 7938,43 M., wovon 2100 M. an den Landesvorstand und 1245,63 M. zur Deckung des Defizits der Genossenschaftsdruckerei. In dieser Druckerei erscheint der „Heftliche Volksfreund“, das junge Parteiblatt des Wahlkreises. Es hat in der Krisenzeit sich noch keine wirtschaftlich gestiegene Position erworben können, so daß außer dem Beitrag der Organisation der Parteivorstand noch 2000 M. zur Deckung des Defizits beisteuern mußte.

Von der schweizerischen Sozialdemokratie. Die Geschäftsleitung der sozialdemokratischen Partei des Kantons Zürich veröffentlicht soeben ihren Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 1. Oktober 1907 bis 1. Oktober 1909, aus dem wir hervorheben, daß der Partei circa 20 000 Mitglieder angehören. Drei Flugblätter in je 100 000 Exemplaren wurden verbreitet, ebenso mehrere Agitationsbroschüren. Es herrsche also reges Leben in der Wahlperiode.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Strafants der Presse. Am Mittwoch wurde Genosse Bitterisch von der „Volkstimme“ in Frankfurt a. M. in Oberst ein zu einer Woche Gefängnis und 30 M. Strafe verurteilt wegen eines Artikels, in dem er die ungenügende Befähigung der Soldaten im Manöver gerügt hatte.

Jugendbewegung.

Arbeiterjugend Nr. 21.

Die Nummer hat folgenden Inhalt: Ein Wort an die Arbeiterjugend. Von Viktor Adler. — Der junge Schiller. — Wie ich Schreiner wurde. — Die Beweise der Abstammungstheorie. (Illustriert.) Von M. D. Waage. — Wahlen und Nachwahlen. — Internationale Verbindungen der Gewerkschaften. Von E. Jansson. — Aus der Jugendbewegung des In- und Auslandes. — Ist die Berliner Jugendorganisation vernichtet? — Zeilage: Die Fahrt ins Blaue. Erzählung von Julius Stinde. — Aus der Jugendzeit. Von G. Riendorf. — Pitt und Blum. Von Thea Bliskain. — „Ich suche meine Mutter“ usw.

Gewerkchaftliches.

Ein aufreizender Vertragsentwurf.

Am 11. November haben in Berlin die zentralen Verhandlungen über ein Vertragsmuster für das Baugewerbe begonnen. Verhandelt wird in dem Bureau des Berliner Unternehmerverbandes für das Baugewerbe. Verhandlungsführer sind die Vertreter der Zentralverbände der Maurer, Zimmerer, Bauhilfsarbeiter und christlicher Bauhandwerker einerseits und der Gesamtverband des deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe andererseits.

Der Unternehmerbund will fast alle Paragraphen des bisherigen Vertragsmusters gegen die Arbeiter verschärfen und die materiellen Bestimmungen verschlechtern. Für die Bemessung der Löhne soll wiederum das Wort „tätig“ in die Verträge eingeführt werden. Je nach dem Verlangen der Unternehmer sollen Einheits-, Durchschnitts- oder Staffellöhne festgesetzt werden. Die große Kategorie der Hilfsarbeiter im Tiefbau will der Unternehmerbund überhaupt von der tariflichen Lohnfestsetzung ausschalten, indem sie insgesamt als Erdarbeiter klassifiziert und als solche außerhalb des Tarifs gestellt werden. — Die Arbeitszeit soll nach dem Antrag des Unternehmerbundes auch fernerhin nicht unter zehn Stunden verkürzt oder, wo sie schon kürzer ist, nicht weiter verkürzt werden. Dagegen wollen die Unternehmer das Recht haben, die Arbeitszeit in den Wintermonaten und auch sonst durch gelegentliche Ueberstunden einseitig zu verlängern. Den Akkordparagraphen, der den Arbeiterorganisationen so überaus verhaßt ist, will der Unternehmerbund noch dahin verschärfen, daß die Arbeiterorganisationen (allerdings auch die Unternehmerorganisationen) sich jeder hindernden Einflußnahme zu enthalten haben. Danach dürfen also in Zukunft die Arbeiterorganisationen keines ihrer Mitglieder ausschließen, wenn es sich gegen Beschlüsse der Organisation in Sachen Akkordarbeit vergangen hätte. Auch auf den Akkordpreis soll die Organisation keinen Einfluß ausüben dürfen. — Nicht einmal die 14-tägigen oder halbmonatlichen Lohnzahlungsfristen will der Bund beseitigen, sondern nach wie vor konserbieren.

Die Verantwortlichkeit für die Durchführung der Verträge soll in erster Linie und in verschärftester Weise den Zentralvorständen zugeschoben werden, wie auch die Zentralvorstände (nicht die Verbände oder Zweigvereine) Vertragskontrahenten sein sollen. Nachdem der Unternehmerbund solche unmöglichen Dinge fordert, wird es nicht mehr überraschen, daß den Arbeiterorganisationen zugemutet wird, durch Tarif die Maßregelungsbureau (Arbeitsnachweise) der Unternehmerverbände nicht nur förmlich anzuerkennen, sondern sich auch zu verpflichten, diese „Arbeitsnachweise“ ausschließlich zu benutzen. Die Unternehmerverbände wollen dann so gültig sein, die Kosten der Arbeitsnachweise zu tragen.

Die Vertragsdauer ist in der Vorlage des Unternehmerbundes „nur“ auf 5 Jahre bemessen. Alle Verträge, die etwa im Frühjahr oder zu einer späteren Zeit vereinbart werden, sollen am 31. März 1915 ihr Ende erreichen. —

Ueber den Verlauf und das Ergebnis der Verhandlung läßt sich vorläufig so gut wie gar nichts sagen. Soviel ist aber als gewiß anzunehmen, daß auf Grund der Vorlage des Unternehmerbundes kein Vertrag zustande kommt. Das hätte sich übrigens auch der Bundesvorstand sagen können und wird er sich auch gesagt haben. Hat er trotzdem seine unersprochenen Anträge eingebracht, so wird er sich auch die Schuld beizumessen haben, wenn die Verhandlungen keinen schnellen und friedlichen Verlauf nehmen.

Berlin und Umgegend.

Achtung! Schlosser, Dreher, Sattler, Hilfsarbeiter!

Bei der Firma Bedag in Halensee stehen sämtliche Handwerker und Arbeiter im Streik. Der Zugang ist von diesem Betrieb streng fernzuhalten.

Da die Firma versucht, auf dem Umweg über ihren Berliner Betrieb in der Chausseestraße Arbeitswillige zu erhalten, ist der Betrieb in der Chausseestraße ebenso wie in Halensee streng gesperrt. Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Die Tarifkündigung im Holzgewerbe.

Bei der großen Tarifbewegung im Holzgewerbe im Jahre 1907 wurden gemeinsam mit Berlin für 33 Städte Verträge abgeschlossen, die als einheitlichen Ablauftermin den 12. Februar 1910 erhielten. Die Verträge müssen drei Monate vorher gekündigt werden, falls sie zum Ablauf kommen sollen. In den einzelnen Städten haben sich die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes nun seit längerer Zeit mit der Kündigungsfrage beschäftigt. Auch zwischen den Zentralvorständen wurde über event. neue Vertragsverhandlungen verhandelt, die indes bisher ein Resultat nicht ergeben haben. In den letzten Tagen haben nun die beschließenden Versammlungen des Holzarbeiterverbandes stattgefunden.

Die Holzarbeiter Nordriffs besprachen das Vertragsverhältnis mit der Arbeitgeberorganisation in einer Generalversammlung am 9. November. Ein großer Teil der Anwesenden war für Kündigung des Vertrages, denn der Vertrag hätte nur für die Arbeitgeber Vorteile.

Die Westfälischer sollten nach Abschluß des Vertrages 5 Proz. Lohnhöhung bekommen. Ihr Verdienst sei jedoch bis zu 20 Proz. heruntergegangen. In der Baubranche sei es nicht ganz so schlecht, aber auch hier hätte ein großer Teil der Arbeitgeber den Vertrag gebrochen und die Tarifpreise nicht eingehalten. Die Befürworter eines Vertrages hielten dem entgegen, daß in einer Vertragslosen Zeit während der schlechten Konjunktur die Löhne noch ganz erheblich niedriger gesunken sein würden. Das Grundprinzip sei jedoch hochgehalten worden. Zum Teil hätten auch die Arbeiter selbst an den Verhältnissen Schuld, weil sie den Arbeitgebern nicht den nötigen Widerstand entgegensetzten. Zum Schluß erklärte die Versammlung, ebenso wie die Berliner, zugunsten der zurückgebliebenen Provinzialstädte von einer Kündigung abzuweichen und eine abwartende Stellung einzunehmen zu wollen.

In Kiel und Lübeck haben die Holzarbeiter mit großer Majorität beschlossen, den Vorstand des Holzarbeiterverbandes zu ersuchen, den für diese Orte bestehenden Vertrag zu kündigen. Beide Verträge können nur durch den Zentralvorstand gekündigt werden.

In Burg, Düsseldorf, Barmen, Gieße, Halle, Bielefeld, Rottowitz, Königshütte, Köln, Leipzig, Oldenburg, Braunschweig, Stettin und Ruffenhafen haben stark besuchte Mitgliederversammlungen des Holzarbeiterverbandes den Beschluß gefaßt, die Kündigung der Verträge auszusprechen.

Die Verträge in Beraun, Brandenburg, Potsdam, Rowawes, Spandau, Guben, Dresden, Bromberg und Thorn sollen laut Beschluß der Rahlsteiner des Holzarbeiterverbandes nicht gekündigt werden. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Infortanteil verwant.

werden. Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes hat jedoch Anweisung gegeben, daß diese Verträge von den Unternehmern gekündigt werden sollen.

Inzwischen haben denn auch die Unternehmer den Vertrag nicht nur in Berlin, sondern auch in Beraun, Potsdam und Rowawes gekündigt.

Damit ist die Tarifbewegung im Holzgewerbe eingeleitet.

Scharfmacherorganisation.

Der Gesellschaft des Verbandes sächsischer Industrieller zur Entschädigung der Arbeitseinstellungen hat sich der Arbeitgeberverband deutscher Glasfabriken mit einer Jahreslohnsumme von über 13 Mill. Mark angeschlossen. Der Anschlag österreichischer Industrieller wurde vorläufig zurückgestellt.

Girisch-Dundersche Tapferkeit.

Ueber einen Koalitionsrechtskonflikt, den der Girisch-Dundersche Gewerbeverein der Gärtner in Quedlinburg, dem einzigen Plage, in dem dieser Gewerbeverein Mitglieder hat, führte, haben wir schon früher berichtet. Die Sache stand anfangs für die Gärtnergehilfen nicht ungünstig, wurde aber sehr bald dadurch verfahren, daß die Leitung, die diese Abwehrbewegung zu führen hatte — die Leitung lag wesentlich in den Händen des Berliner Zentralrates, Herr Goldschmidt selbst führte diese Sache und ist in der Zeit mehrere Male am Plage gewesen — die Situationen nicht für die Angegriffenen ausnützte. Die Maßregelungen mit sofortiger Arbeitsniederlegung zu beantworten, wozu die Gehilfen bereit waren, wäre ja „ungefährlicher Kontraktbruch“ gewesen, und außerdem hätte man sich dadurch das gute Einvernehmen mit den Unternehmern verlor. Die Arbeitsniederlegung sollte in voller Ordnung erst nach der abgelaufenen Kündigungsfrist, am 15. Oktober, erfolgen. Sie erfolgte an diesem Tage mit — ganzen 4 Mann, die anderen hatten die Unternehmer inzwischen fürte gemacht. Am 20. Oktober erklärte darum Herr Goldschmidt, der sich wieder persönlich nach dem Kampflage begeben hatte, den Streik für beendet; für die verbleibenden 17 Gemahregelungen bezw. Ausständigen werde er anderweitig Unterstutz zu beschaffen suchen. Der ursprüngliche Kampfesmut und die „bewährte Taktik“ der Girisch-Leitung war dahin. Trotzdem wurde in allen Blättern der Girische bis auf den heutigen Tag berichtet: „Der Kampf dauert fort; sammelt fleißig Unterstutzungsgeelder für unsere Quedlinburger Kämpfer!“ Der ganze Organisationsapparat des Verbandes der deutschen Gewerbevereine ist bis jetzt für diese Sammlungen in Bewegung gehalten worden. Außerdem wurde bei den Quedlinburger Bürgern und Geschäftsleuten mit Listen gesammelt und figurieren in diesen auch Stadträte mit Opfergaben. Vorige Woche hat man ferner ein am Plage domizilierendes Kinematographentheater zu bestimmen gewußt, eine Wahltagelistsvorstellung für die arbeitslos Verbliebenen zu veranstalten, und diese Arbeitslosen selbst mußten den guten Bürgern haufierend die Billetts zu dieser Vorstellung aufdrängen. Man beachte wohl: Dies alles für (sage und schreibe) 17 (siebzehn) Arbeitslose, für 17 Mann; mehr waren es vom ersten Tage an nicht. Da kann man es begreifen, daß das schon vor dem 15. Oktober schlichtern herbortretende Gerücht, die Leitung habe einen größeren Streikausbruch mit Absicht hintertrieben, bei den Quedlinburger Gärtnergehilfen täglich wachsenden Glauben findet. Wenn die Girische für 17 Arbeitslose schon verfahren mit dem Klingelbeutel umherlaufen und ihren ganzen Verband in Bewegung setzen und Bürger und Stadträte um milde Gaben bitten müssen, was hätte da wohl werden sollen, wenn einige hundert Mann in den Streik getreten wären! Und die hätten es schon werden können, denn es sind in Quedlinburg allein 450 Gärtnergehilfen tätig, und das gesamte Gärtnerpersonal beträgt rund 3000 Köpfe.

In seinem „Gewerbeverein“ läßt Herr Goldschmidt den Quedlinburger Kampf (man solle nicht auf den Rücken in Parallele stellen mit dem Kampf der Mansfelder Bergknappen. Gewiß wird einst auch in Quedlinburg ein dem Mansfelder ähnlicher Ausdruck zu erwarten sein, denn die Verhältnisse sind hier ja mehr als traurig. Von den Girischen dürften die Quedlinburger Gärtnerarbeiter dann aber kaum noch mit irgendwelcher Achtung sprechen. Das Drama, das die Girische zuerst in ein Trauerspiel verwandelte, hat diese Taktik am Ende noch zu einem jämmerlichen Gespött herabgewürdigt.

Der Streik der Weber und Weberinnen in der Fabrik von J. Bernheim in Burgweiler bei Mühlhausen i. C. hat schon nach wenigen Tagen dazu geführt, daß die Firma für den Artikel Groiße, um dessentwillen der Streik ausgebrochen war, eine Lohnhöhung von 10 Pf. pro Stück hat eintraten lassen. Für die anderen Webstoffe, bei denen die Arbeiter ebenfalls eine Lohnhöhung fordern, wurde die Lohnaufbesserung im Prinzip bewilligt, die genaue Festsetzung ist für den ersten Lohnungstag zugesagt. Die Arbeit ist bereits wieder aufgenommen worden.

Ausland.

Ein Lohnkampf der Straßenbahnangestellten in Kopenhagen scheint bevorzustehen. Sie haben ihren Tarifvertrag, der nach dem Streik von 1908 zustande gekommen ist, auf den 1. Januar 1910 gekündigt und fordern Lohnhöhung. Sie verlangen in dieser Hinsicht mit den in Gemeindebetrieben tätigen Angestellten der dritten und vierten Lohnklasse gleichgestellt zu werden, was ihnen sicherlich schon längst gewährt worden wäre, wenn die Straßenbahnstädte nicht Privatunternehmen wären. Die Straßenbahnangestellten lehnen jede Lohnhöhung ab und wollen nur über einige ihnen nützlich erscheinende Änderungen des alten Vertrages verhandeln. Merkwürdig ist, daß am Tage, nachdem die Straßenbahn die Tarifkündigung beschloffen hatten, Rigous Bureau der Welt verkündete, eine „Organisation der Arbeitslosen“ habe sich den Straßenbahnangestellten angeboten, die Arbeit im selben Augenblick aufzunehmen, wo sie von den Angestellten niedergelegt werde. Nachforschungen haben ergeben, daß diese „Organisation“ aus knapp vier Mann besteht.

Gompers über seine Verurteilung.

Samuel Gompers hat sich über seine Verurteilung zu einem Jahre Gefängnis, die vom Appellgericht aufrechterhalten wurde, in dem Organ des Amerikanischen Arbeiterbundes dahin ausgesprochen, daß er nicht nur das Oberbundesgericht, den höchsten Gerichtshof des Landes, in seiner Sache anrufen werde, sondern daß er in dem Falle einer ungünstigen Entscheidung durch das höchste Gericht sich an eine noch höhere Instanz wenden werde, und diese Instanz sei das Volk selbst. Durch den Appell an das Volk, an die öffentliche Meinung wolle eine gewaltige Bewegung entstehen; das Volk würde das Recht der freien Rede und der freien Presse in Amerika, denn darum handele es sich, verteidigen und der Sieg der Arbeiter um ihre Rechte könne nicht ausbleiben.

Gompers vergißt, daß es schon ein sehr bedenkliches Zeichen ist, daß ein solcher Appell an das Volk notwendig werden könnte und daß die herrschende Klasse sich sehr mächtig fühlen muß, wenn sie es wagen kann, die Rechte der Arbeiter in dieser Weise anzuzweifeln. Gompers müßte wissen, daß die amerikanischen Politiker nichts respektieren als die reale Macht in den Arbeitermassen, die bei den Wahlen sich längst hätte zeigen müssen, wenn sie zu fürchten wäre. Und Gompers hat alles Ansehen bei den Politikern eingebüßt, als bei den letzten Präsidents- und Kongresswahlen die Lohnmacht des Amerikanischen Arbeiterbundes offenbar wurde. Die Parole, die Gompers aufgab, daß diejenigen nicht als Volksvertreter in den Kongress gewählt werden dürften, die der

Arbeiterbund als seine Feinde bezeichnen würde, verfallte wirkungslos. Die Arbeiter waren nicht politisch geschult genug, sie hatten keine eigenen politischen Ideale, sie bildeten keine politische Partei, um politische Wirkungen auslösen zu können.

Und wenn jetzt Gompers eine große Volksbewegung im Falle seiner endgültigen Verurteilung erwartet, so wird er sich wiederum täuschen, denn es fehlt wieder die politische Geschlossenheit in der Arbeiterklasse, die notwendig wäre, um die bedrohten Rechte so zu verteidigen, daß die herrschende Klasse ihre Angriffe aufgibt.

Uebrigens wird man schon schau genug sein, um einer eventuell drohenden Bewegung den Boden zu entziehen durch eine Begnadigung oder eine Herabsetzung der Strafe (woon jetzt schon gesprochen wird) oder durch ein endloses Hinanschieben einer Entscheidung — für den Fall, daß man etwas zu fürchten hat. Dem einen Angriff auf die Rechte der Arbeiter werden dann weitere folgen, so lange, bis die herrschende Klasse eine politische Arbeiterpartei zu fürchten beginnt.

Aus der Frauenbewegung.

Der „weiße“ Sklavenhandel in New York.

Im Wahlkampf um die Stadtverwaltung New Yorks hat ein bürgerlicher Schriftsteller in einer der angesehensten Monatschriften des Landes eine papierne Bombe zum Plagen gebracht, die seiner Meinung nach die gegenwärtig in der Nacht sitzende jüdische Räuber- und Kuppelbande von der Tammany-Halldemokratie in die Luft sprengen sollte, aber tatsächlich ein furchtbarer Schlag gegen die ganze kapitalistische Zivilisation ist, der die sauberen Heiligenswächter aller bürgerlichen Parteien trifft. In der Novembernummer von McClures Magazine erschien ein Artikel von George Kibbe Turner, betitelt: „The Daughters of the Poor“ („Die Töchter der Armen“), der in seinem Untertitel eine schlichte Geschichte New Yorks als Zentrum des „weißen“ Sklavenhandels der Welt unter der Herrschaft Tammany Haß verspricht. Was Turner in Wahrheit liefert, ist eine Geschichte der Entwicklung des Mädchenhandels und der Prostitution zu einer national und international organisierten kapitalistischen Industrie, zu einer Art internationalem Weiberfleisch-Syndikat, das seinen Sitz in der Hauptstadt der neuen Welt hat und von hier aus einen jeden Kontinent des Globus versorgt. Und das „Fleisch“, das dieses Syndikat nach Südafrika, nach Shanghai und Australien verschifft, womit es in Zentral- und Südamerika Geschäfte macht und das es in Duzenden und Hunderten von Niederlassungen an den Banken des neuen Panamakanals feilhält — es ist das frische Fleisch der Töchter der Armen, rekrutiert aus jeder größeren Stadt der Union, hauptsächlich aber aus den Ghettodistrikten der unteren Oststadt New Yorks, und es ist wieder vorwiegend das billige Mädchenfleisch, das die europäische Einwanderung hergibt. In der Ausfuhr kommt aber auch eine Einfuhr von Mädchen, die nach Turner in den letzten Jahren ein Spezialgeschäft nur weniger italienischen Importeure geworden ist, da diese besonders begehrte Menschenware von den italienischen Müttern in New York selber zu sorgsam gehütet wird, um den Agenten der Prostitutionsunternehmer zugänglich zu sein. Als dükster Beispiel kapitalistischer Hochkultur beschreibt Turner den Washington-Friedhof in der Kirchenstadt Brooklyn, errichtet durch das im Jahre 1866 als „New York Independent Benevolent Association“ unter den Gesetzen des Staates korporierte Unzuchtssyndikat. Dieser Kirchhof — die gleiche Institution besteht in Buenos Aires — beherbergt heute etwa 40 Tote, einschließlich 10 Kinder. Von den Erwachsenen, die hier ruhen, ist ungefähr ein Drittel eines gewaltigen Todes gestorben. Die I. B. Association umfaßt heute, trotz ihrer ursprünglichen Exklusivität, 300 Mitglieder, die wohl prosperieren und einen dauernden politischen Einfluß ausüben, der sie gegen Polizei und Gerichte immunisiert. Sie beraten ihre Syndikatsangehörigen gemeinsam und versammeln sich, seit die größeren Unternehmer in den verschiedensten Teilen der kapitalistisch zivilisierten Erde „arbeiten“, gelegentlich zu einer Art Waise. Die Unabhängigkeit der Einzelunternehmer wird im Syndikat nicht angetastet, und so fehlte schließlich auch nicht der gewöhnliche Unterschied zwischen Kleinen und großen Händlern, deren größte sich zu einer engen Sonderverbindung zusammengeschlossen haben. Turner beschränkt dann in der zusammenhanglosen Weise amerikanischer Literaten, aber anscheinend auf gute Beweise getüßt, die Akkumulation des New Yorker Unzuchtskapitals, das die Konkurrenz an allen größeren Plätzen der Vereinigten Staaten niedergezwungen hat, die Entstehung einiger Reichtümer mit einem Concern von Spielerslokalen, unsauberen Hotels usw. Die politische Rivalität der Geschichte ist für diesen bürgerlichen Schriftsteller die Identität oder Intimität der Interessenten dieses Gewerbes mit den Kleinen oder großen Tammany Halldemokraten, der Tribut, den die Distriktsführer dieser politischen Organisation und die von Tammany ernannte Polizei von dem „weißen“ Sklavenhandel erpressen, der politische Charakter der New Yorker „Mädchen“ (der jungen Waisen, die den Bordellbesitzern oder Exporteuren feils frische Ware zuführen haben) als Wahlführerbanden im Dienste Tammany. Das alles ist notorisch wahr, es sind für den New Yorker sogar größtenteils alle Kamellen, nur befinden sich sämtliche bürgerliche Parteien in der gleichen Verdammnis. Turner bringt dafür den Beweis, indem er außer New York noch andere amerikanische Städte in Betracht zieht und überall dieselbe stinkende Korruption feststellt, ohne Unterschied des Parteitragments, und zudem ist in New York selber die Tammanyherrschaft in den letzten 25 Jahren viermal von den Republikanern oder sogenannten „Reformern“ abgelöst worden, ohne daß darum die weiße Sklaverei das Feld jemals geräumt hätte. Daß dies durch einen Wechsel in der bürgerlichen Nothausmajorität auch nicht erreicht werden kann, gesteht Turner ein, indem er im Widerspruch mit seiner eigenen Schlussfolgerung schreibt:

Durchschnittlich ist die Frau in diesem Gewerbe nach fünf Jahren ruiniert, und das „Material“ muß daher ständig erneuert werden. Dieses Material stellen bisher die durch grausame soziale Bedrückung moralisch gebrochenen jungen Mädchen und sie werden es künftig stellen. . . . Es ist die arme und unwissende Frau, die sich umgarnen läßt — diese Klasse, die jederzeit die weißen Sklaven der Welt geliefert hat.“ Also nicht Tammany oder eine andere, noch so verworfene Parteiorganisation des wohlhabenden Bürgertums, sondern das Gend der Lohnsklaverei und die natürliche Bestialität des Kapitals ist die eigentliche Ursache dieser sozialen Pest.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Mariendorfer. Montag, den 15. November, 8 Uhr, bei Löwenhagen: Vortrag der Genossin Chm.

Stralau. Die für Montag, den 15. November, geplante öffentliche Frauenversammlung findet Umstände halber erst am Donnerstag, den 20. November, abends 8½ Uhr, in den „Markgrafenfälen“, Markgrafenstrasse 34, statt. Genossin Luise Jitz wird sprechen über: „Die Stellung der Frauen zu den neuen Steuern.“ Die Bezirksleitung.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ausdehnung des Streiks.

Sydney, 11. November. (W. T. B.) Heute waren weder Kohlen noch Holz zum Verkauf angeboten, Brennholz wurde zu hohen Preisen verkauft. Fernere Haushaltungen locken ihre Kohlen auf gemeinsamem Feuer. Die Frachtsätze sowie das Maßgeld für den Personenerkehr an der Küste sind erhöht worden. Die Vereinigung der Lagerarbeiter hat ihre Bereitwilligkeit, sich dem Streik anzuschließen, zu versichern gegeben. Die Vereinigung zählt etwa 1700 Mitglieder, die zum großen Teile in den Wollmagazinen beschäftigt sind.

Stadtverordneten-Versammlung.

80. Sitzung vom Donnerstag, den 11. November, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende-Stellvertreter Cassel eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr.

Als Nachtrag ist auf die Tagesordnung gesetzt ein

Antrag Cassel-Singer-Wommsen-Rosenow-Deutsch

Betreffend die in der Presse und in verschiedenen Vereinen aufgestellte Behauptung über Begünstigungen von Privatpersonen beim Erwerb des Sparfassengebäudes in der Linstraße...

Widerspruch gegen die Dringlichkeit und gegen die sofortige Verhandlung des Antrages erhebt sich nicht.

Stadtv. Cassel (A. L.): Die Antragsteller, obwohl mit den im Vertrag kommenden Tatsachen genau vertraut, haben es der Würde der Versammlung für unpassend gehalten...

Oberbürgermeister Kirchner: Auf Grund eines Magistratsbeschlusses kann ich sofort die gewünschte Aufklärung geben. Die erste amtliche Kenntnis von den erhobenen Anschuldigungen hat der Magistrat erhalten durch eine Beschwerde vom 11. Mai d. J. an den Oberpräsidenten...

Stadtv. Cassel (A. L.): Die Antragsteller, obwohl mit den im Vertrag kommenden Tatsachen genau vertraut, haben es der Würde der Versammlung für unpassend gehalten...

Stadtv. Cassel (A. L.): Die Antragsteller, obwohl mit den im Vertrag kommenden Tatsachen genau vertraut, haben es der Würde der Versammlung für unpassend gehalten...

Stadtv. Cassel (A. L.): Die Antragsteller, obwohl mit den im Vertrag kommenden Tatsachen genau vertraut, haben es der Würde der Versammlung für unpassend gehalten...

Der Stadtverordnete Adrte hat das Geschäft, welches die Stadt mit dem Ankauf machte, als ein sehr günstiges bezeichnet.

meiner gewissenhaften Prüfung ist in diesen Dingen nichts geschehen, was einen Schatten oder Makel auf die Stadtbehörden oder den Stadtverordnetenvorsitzer Michelet würde.

Stadtv. Cassel (A. L.): Die Antragsteller, obwohl mit den im Vertrag kommenden Tatsachen genau vertraut, haben es der Würde der Versammlung für unpassend gehalten...

Stadtv. Cassel (A. L.): Die Antragsteller, obwohl mit den im Vertrag kommenden Tatsachen genau vertraut, haben es der Würde der Versammlung für unpassend gehalten...

Stadtv. Cassel (A. L.): Die Antragsteller, obwohl mit den im Vertrag kommenden Tatsachen genau vertraut, haben es der Würde der Versammlung für unpassend gehalten...

Stadtv. Cassel (A. L.): Die Antragsteller, obwohl mit den im Vertrag kommenden Tatsachen genau vertraut, haben es der Würde der Versammlung für unpassend gehalten...

Stadtv. Cassel (A. L.): Die Antragsteller, obwohl mit den im Vertrag kommenden Tatsachen genau vertraut, haben es der Würde der Versammlung für unpassend gehalten...

Stadtv. Cassel (A. L.): Die Antragsteller, obwohl mit den im Vertrag kommenden Tatsachen genau vertraut, haben es der Würde der Versammlung für unpassend gehalten...

Stadtv. Cassel (A. L.): Die Antragsteller, obwohl mit den im Vertrag kommenden Tatsachen genau vertraut, haben es der Würde der Versammlung für unpassend gehalten...

Stadtv. Cassel (A. L.): Die Antragsteller, obwohl mit den im Vertrag kommenden Tatsachen genau vertraut, haben es der Würde der Versammlung für unpassend gehalten...

Festsetzung des ortsüblichen Tagelohns gewöhnlicher Tagearbeiter für Berlin

vorgenommen hat und die Lohnsätze für erwachsene (über 16 Jahre alte) männliche Arbeiter von 2,80 auf 3,00 Mark, für die weiblichen von 1,60 auf 2,20 Mark, für jugendliche männliche Arbeiter einschließlich der Lehrlinge von 1,40 auf 1,80 M. und für die weiblichen von 1,10 auf 1,40 M. erhöht worden sind...

Die Frage der Uebernahme des gesamten Inselfischergrundstücks durch die Stadt ist in dem bezüglich einzelner Teile schwebenden Enteignungsverfahren infolge Antrags der Eigentümer wieder aufgerollt worden.

Nach ganz unwesentlicher Debatte wird die Vorlage in einem Ausbruch verworfen.

Die Sozialfortschrittlichen (Stadtv. Nathan u. Gen.) haben am 27. Oktober folgende Anfrage an den Magistrat gerichtet: „Sind seitens des Magistrats die erforderlichen Vorkehrungen getroffen zur Beschaffung entsprechender, ausgiebiger Arbeitsgelegenheit für den Fall, daß im kommenden Winter wiederum dreierlei Schichten der Berliner Bevölkerung von Arbeitslosigkeit heimgesucht werden sollten?“

Unterm 4. d. M. hat der Magistrat der Versammlung daraufhin von folgender am 20. Oktober an alle Verwaltungsstellen erlassenen Verfügung Kenntnis gegeben:

Die noch immer nicht normalen Verhältnisse des Arbeitsmarktes legen sämtlichen städtischen Verwaltungen die Pflicht auf, im kommenden Winter nach Möglichkeit für die Beschäftigung von Arbeitskräften zu sorgen.

Endlich wiederholen wir unsere Anweisung, bei Einstellung von Arbeitskräften ortsangehörige Personen zu berücksichtigen.

Für die Weiterführung der Arbeiten auf dem Schillerparkgelände erucht der Magistrat, auch um weitere Arbeiterentlastungen zu vermeiden, um Bereitstellung der für die Anlage noch verfügbaren Anleihemittel im Betrage von 200 000 M.

Stadtv. Dr. Nathan: Die Arbeitslosigkeit hält in der Berliner Bevölkerung noch immer an, wie auch der Magistrat selbst anerkannt hat. In diesem Punkte besteht also zwischen uns und ihm Uebereinstimmung.

Stadtv. Goldschmidt (A. L.): Es ist ja erfreulich, daß der Magistrat der Anfrage zugekommen ist. Den Ausweg, den der Vorredner vorschlägt, kann ich nicht empfehlen.

Bezüglich der Beschaffung von Arbeit sind wir in diesem Jahre genau so vorgegangen wie im vorigen, und wie damals werden auch jetzt aus diesem Anlaß verschiedene Spezialvorlagen an Sie gebracht werden.

„Der Kaiser hat gesprochen“.

Der Streit um die angebliche Lionardo-Wachsbüste ist zu Ende (siehe er auf wissenschaftlicher Basis überhaupt angefangen hat). Der Kaiser hat gesprochen. Die lokale Kritik hat also alleruntertänigst zu schweigen und Direktor Vode Abbitte zu leisten.

Die Schillerkollegen von heute, Herr Holzbock berichtet in seinem angefallenen Organe, dem „Lokal-Anzeiger“, über die Schillerfeier im Igl. Schauspielhaus: „Die Vorstellung, die dem Andenken Friedrich Schillers geweiht war, gestaltete sich nicht nur zu einer bedeutamen künstlerischen Leistung für die Namen des Dichters, sondern zu einem auch durch seine Neuherlichkeiten hochinteressanten Ereignis.“

Das Honorar des Dr. Cool. Aus New York wird berichtet: Dr. Cool hat zwar seine Vortragstournee aufgegeben, allein die goldenen Früchte seiner Endarbeiten sind damit nicht verloren.

Der Polarforscher hat von der Phonographengesellschaft für diesen Vortrag 24 000 M. erhalten und zwar 6000 M. für die gesprochene Minute.

Kleines feuilleton.

Theater.

Deutsches Theater: „Don Carlos“ von Schiller. Die Vorstellung des „Don Carlos“, mit der das Deutsche Theater die Schillerdenkfeier beginnt, bot, wenn auch nicht durchgängig gleichmäßig abgerundet, doch eine Fülle des Guten und Vortrefflichen.

Die Ausarbeitung des Textes, das die Jugendperiode von Schillers dramatischem Schaffen abschließt, zog sich über einen längeren Zeitraum hin, währenddessen sich der Schwerpunkt des Interesses für den Dichter veränderte.

Das andere schauspielerische Ereignis des Abends war Tilla Durieux als Fürstin Eofo. In die bis zum Grotesken unwahrscheinliche Liebesdrama des zweiten Aktes legte sie eine Wahrheit der Leidenschaft, in die jah ausfordernde Nachschuß Akzente von so elementarer Wucht, daß vor dem glühvoll ergreifenden Wilde alle hemmende Erinnerung an die Unmöglichkeit der Situation entfiel.

Notizen.

— Eine Schiller-Feier, die die Stadt Charlottenburg im Schiller-Theater Charlottenburg veranstaltet, findet am Freitag, den 12. und 20. November 1909, nachmittags 8 Uhr, statt.

— Theaterchronik. Die Gastspielvorstellungen der Münchener Märchenspiele beginnen am 22. November im Gastspiel-Theater. Zur Aufführung gelangt „Der Zauberkeßel“, ein lustiges Märchenstück von D. Kühner, Musik von Edgar Jitel.

— Vorträge. Ingenieur Vorreiter beginnt am Montag, den 15., abends 8 Uhr, im Hörsaal der Urania (Laudenstraße) einen Zyklus von fünf Vorträgen über die modernen Luftfahrzeuge.

— Eine Schiller-Feier, die die Stadt Charlottenburg im Schiller-Theater Charlottenburg veranstaltet, findet am Freitag, den 12. und 20. November 1909, nachmittags 8 Uhr, statt.

Einzelheiten. Bereits reif zur Vorlage war die Schillerparkfrage. Der Vorschlag, schon im Frühjahr zu verfügen, daß eventuell gewisse Arbeiten auf den Winter verschoben werden sollen, hat doch sehr seine zwei Seiten; ist ein Notstand vorhanden, so ist er auch im Sommer vorhanden. Wir halten daher für richtig, bei Beginn des Herbstes mit unseren Maßregeln vorzugehen. Der letzte Bericht der Arbeitsnachweisstatistik bestätigt ja, daß auf dem Arbeitsmarkt eine gewisse Besserung eingetreten ist, daß bei den ungelerten Arbeitern sogar die Nachfrage das Angebot übersteigt. Dennoch hält der Magistrat normale Verhältnisse noch keineswegs für zurückgekehrt.

Stadt. Dupont (Soz.): Daß wir in absehbarer Zeit zu wirklich normalen Arbeitsverhältnissen kommen, möchte ich bestreiten; aber ohne weiteres gebe ich zu, daß sich im letzten halben Jahre eine wesentliche Besserung auf dem Arbeitsmarkt gezeigt hat. Es ist jedoch in den Berichten von einer „fieberhaften“, also von einer nicht gefundenen Besserung die Rede. Der Winter steht jetzt bevor; er bringt ohnehin größere Arbeitslosigkeit mit sich. Wie Berlin haben auch andere Kommunen solche Verfügungen erlassen; dafür verdient unser Magistrat kein besonderes Lob, das war vielmehr seine Pflicht.

Die Verfügung nimmt u. a. Bezug auf „noch nicht genehmigte“ Arbeiten. Was können das für Arbeiten sein? Andererseits ist das Wasserwerk in Heiligensee genehmigt, aber die Arbeit dort noch nicht besonders gefördert. Ferner könnte man bei dem projektierten Wasserwerk Wuhlschilde energischer hinterher sein. Neben diesen Maßregeln läßt sich ganz besonders in Betracht die Verkürzung der Arbeitszeit, und zwar generell für sämtliche städtischen Betriebe. Das wäre eine Maßnahme von großer sozialpolitischer Bedeutung. Der Achtstundentag müßte für ganz Berlin durchgesetzt werden können, schon angesichts des Umstandes, daß die Arbeiter immer mehr in die Vororte hinausgedrängt werden. Allerdings eine Verkürzung der Arbeitszeit ohne gleichzeitige Mehrbeschäftigung von Arbeitskräften ist nicht dasjenige, was ich erstrebe. Die „Dunkellammer“ für die Arbeitslosenversicherung hat bis jetzt drei Sitzungen gehabt; alles, was wir dort beantragt haben, ist abgelehnt worden, und hätten wir nicht das statistische Material verlangt, so hätte die Mehrheit mit dieser Frage schon ein Ende gemacht. Auf diese Mehrheit ist nicht recht zu rechnen; aus dieser Deputation wird nicht viel herauskommen. Das bedauere ich deshalb, weil die Frage inzwischen bedeutsame Fortschritte gemacht hat. Die bayerische wie die badische Regierung haben Schriften erlassen, die hochinteressant werden durch den Passus, daß, solange keine Reichsarbeitslosenversicherung besteht, die Kommunen zu größerer Tätigkeit auf diesem Gebiete veranlaßt sind. Das ist es, was auch wir fordern; wir können uns nicht auf die Reichsgesetzgebung berufen lassen. Die rheinischen Kommunen, veranlaßt durch den Oberbürgermeister von Köln, ebenso der oberbayerische Städtetag haben sich mit der Frage befaßt. Sollte nicht Berlin, das bisher auf diesem Gebiete noch gar nichts getan hat, voranziehen und tun, was möglich ist? Dies alles aber läßt sich nur in Angriff nehmen, wenn die Mehrheit der Deputation der Sache mehr Interesse zuwendet; man besetze sie mit Kollegen, die dieses größere sozialpolitische Interesse für die Frage hegen.

Stadt. Dr. Nathan: Der gemischten Deputation habe ich einen Vorwurf nicht gemacht und nicht machen wollen. Ist ein Notstand vorhanden, so ist er auch im Sommer vorhanden, meinte Stadtrat Fischel. Diese Auffassung ist irrig; ein Notstand kann auch im Winter eintreten. Das Zwedmäßige ist jedenfalls, auch in normalen Jahren sogenannte Winterarbeiten in der Hand zu behalten. Nach Verabschiedung der Etats sollten Deputationen und Verwaltungsausschüsse darauf hingewiesen werden; man soll zwischen Winterarbeiten und Notstandsarbeiten unterscheiden.

Stadt. Rettig (U. L.) spricht seine Befriedigung über den Runderlaß des Magistrats aus und nimmt im übrigen die gemischte Deputation in Schutz; ein Mitglied derselben habe sogar weite Reisen im Interesse der Sache gemacht.

Stadt. Goldschmidt: Einen Vorwurf kann man mir doch aus meinen anerkanntenen Worten für den Magistrat nicht machen. Mit der Idee der Verkürzung der Arbeitszeit, die Kollege Dupont so unvermittelt in die Debatte warf, hat er doch bloß agitatorisch wirken wollen. Wie kann man sagen, daß Arbeitszeitverkürzung ohne Mehrbedarf an Arbeitskräften wertlos sei?

Stadt. Dupont: Herr Goldschmidt nötigt mich, nochmals das Wort zu nehmen. Er hat sich ein wenig sophistisch ausgelassen. Ich soll geäußert haben, eine Verkürzung der Arbeitszeit ohne Mehrbeschäftigung von Arbeitskräften sei wertlos. Das habe ich nicht gesagt; Herr Goldschmidt hat sich aus dem, was ich sagte, etwas herausgedreht, woran er seine Floskeln anbringt. Er verlangt ferner, das Gute, was geschaffen sei, solle anerkannt werden. Das Gute lobt sich selbst. Die Verammlung sollte im Gegenteil noch viel mehr Wert als bisher auf die Kritik legen. In Wirklichkeit liegt es ja auch bei Lohnstreitigkeiten nicht immer so, daß der Unfriede auf Seiten der Arbeiterschaft befundet wird. Jetzt wird in der Holzindustrie ein Streit gerade von der Arbeiterschaft heraufbeschwohen. Diese Kämpfe aber haben mit der vorliegenden Frage nichts zu tun, und auch in der gemischten Deputation sollten sie aus dem Spiele gefahren werden.

Stadt. Goldschmidt verwahrt sich dagegen, die Darlegungen des Kollegen Dupont anzusehen zu haben.

Stadt. Brunstow (U. L.) ist sehr verwundert über die Erwähnung der Tarifstreitigkeiten in der Holzindustrie, worüber Herr Dupont gar nicht orientiert sei. Aus der Schule dürfe er nicht plaudern, aber soviel könne er sagen, daß Aussicht bestehe, daß die Differenz beigelegt werde.

Stadt. Werner (U. L.) befaßt sich die Abrechnung mit Herrn Dupont betr. der Verkürzung der Arbeitszeit für später vor.

Damit ist die Angelegenheit für heute erledigt. (Dem Stadt. Moske (Soz.), der sich noch äußern will, wird nicht mehr das Wort verweigert.)

Die Vorlage betreffend die Verwendung weiterer 250 000 M. aus Anleihemitteln für den Schillerpark wird angenommen. Schluß der öffentlichen Sitzung 10 Uhr.

Soziales.

Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Gegenüber der von uns wiedergegebenen offiziellen Behauptung, daß die von der Regierung angeordneten, aber noch nicht veröffentlichten Enquêtes ein Bedürfnis für ein Verbot der Sonntagsarbeit nicht ergeben hätten, sei daran erinnert, daß die im Frühjahr dieses Jahres vom Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Geschäftsmen vorgenommene Erhebung ergeben habe, daß sich 535 Gewerkschaftskarteile im Namen von mehr als anderthalb Millionen Arbeitern vom Standpunkt der Konsumenten dahin ausgesprochen haben:

„Die in der Gewerbeordnung an Sonntagen zugelassene regelmäßige fünfstündige Verkaufszeit ist nach den Erfahrungen am meisten Orten durchaus nicht notwendig; das Publikum hat kein Interesse an der Aufrechterhaltung der gegenwärtig zulässigen Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe. Wenn an Sonn- und Festtagen für den Kleinhandel von Milch, Pastwaren, Fleisch und Eis eine zweistündige Verkaufszeit in den frühesten Vormittagsstunden zugelassen wird, so ist allen berechtigten Ansprüchen der Konsumenten voll und ganz Genüge getan; im übrigen kann jegliche Arbeit- und Verkaufszeit im Handelsgewerbe verboten werden.“

Wir haben neulich bereits darauf hingewiesen, daß ein völliges Sonntagsverbot unter Zulassung einer dreistündigen vor 10 Uhr vormittags liegenden Beschäftigungszeit für die Nahrungsmittelbranche alle Interessen befriedigt und durchaus durchführbar ist.

Bezahlung der Sonntagsarbeit.

Mit Rechtsstreitigkeiten wegen Entlohnung der Sonntagsarbeit hat sich das Berliner Kaufmannsgericht in letzter Zeit häufig zu beschäftigen. Die Kläger stützen sich meistens auf ein Urteil der 5. Kammer, mit welchem einem diätarisch angestellten Handlungsgehilfen Entschädigung für Sonntagsarbeit bewilligt wurde. Voraussetzung für eine derartige Bewilligung ist aber vor allem, daß der Angestellte auch Sonntags gearbeitet hat. So mußte ein Expedient seitens der 5. Kammer des Kaufmannsgerichts abgewiesen werden, weil er Plätsen für die Sonntage verlangte, obgleich er an den Sonntagen gar nicht tätig war. Auch die Kassistin einer Großbäckerei wurde vor der 2. Kammer mit ihrem Anspruch auf 500 M. Entschädigung für Sonntagsarbeit zurückgewiesen. Sie hatte zwar alle Sonntage gearbeitet, aber fünf Jahre lang keine Forderung wegen einer Extrarentschädigung erhoben. Auch hier sah das Gericht als Voraussetzung an, daß eventuelle Ansprüche sofort, nicht erst nach Jahren gestellt werden.

Die zuletzt ergangene Entscheidung widerspricht dem Gesetz. Die Verjährungsfrist für Forderungen aus dem Arbeitsvertrage beträgt zwei Jahre. Die Forderung der Kassistin für diese Zeit war berechtigt. Eine Tilgung ist nicht eingetreten. Von einem Verzicht kann keine Rede sein: einen Verzicht durch Zeitablauf kennt das Gesetz nur rüchrichtlich der verjährten Forderungen.

Anwaltsangeestellte.

Der Verband der Bureauangestellten Deutschlands, der Verband deutscher Bureaubeamten, der Verband deutscher Rechtsanwalts- und Notariats-Bureaubeamten, der Verein der Bureaubeamten der Berliner Rechtsanwälte und Notare und der Verein der Bureauvorsteher der Berliner Rechtsanwalts- und Notare streben die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage ihrer Berufsangehörigen an. Allmählich hat sich die Erkenntnis durchgerungen, daß diese Zerplitterung eine Schädigung des gemeinsamen Interesses ist. Im Jahre 1904 kam vorübergehend eine Art Zwedverband zur Schaffung gemeinsamer Arbeit, der Ausarbeitung eines Tarifvertrages für Anwaltsangeestellte, zustande. Seitdem hat die Ueberzeugung davon, daß nur durch gemeinsame Arbeit etwas zu erreichen ist, immer breiteren Boden gewonnen. Aus den fünf Vereinen hat sich ein „sozialer Ausschuss“ gebildet. Dieser läßt eine Korrespondenz des sozialen Ausschusses der Berliner Anwaltsangeestelltenvereine erscheinen. Die Aufgaben und Ziele des „sozialen Ausschusses“ sollen in einer von den 5 Vereinen am Montag, den 15. d. M., abends 8 1/2 Uhr, nach den Musterfäden, Kaiser-Wilhelm-Str. 18 m, einberufenen Versammlung erörtert werden. Die Schaffung einer allgemeinen, ganz Deutschland umfassenden Berufsstatistik ist vom sozialen Ausschuss ins Auge gefaßt. Der soziale Ausschuss geht von der Auffassung aus, daß eine Einheitlichkeit der Anschaffungen und Ueberzeugungen der Einzelität der Organisation vorangehen müsse. Mag sein, daß der von ihnen beschrittene Weg als erster Schritt für eine Propagierung der Einheit der Anwaltsangeestellten etwas für sich hat. Uns dünkt aber, der schnellste Weg ist der beste. Und das wäre Zusammenschluß in den Verband der Bureauangestellten Deutschlands. Das wäre die beste Pionierarbeit.

Immerhin ist die Einführung und das Vorgehen des sozialen Ausschusses ein Zeichen von der wachsenden Einsicht von der Notwendigkeit eines gewerkschaftlichen Zusammenschlusses an Stelle zerplitterter Organisationen.

Maßnahmen zur Linderung der Arbeitslosigkeit in Frankfurt a. M.

Das Stadtverordnetenkollegium in Frankfurt a. M. ersuchte in seiner Sitzung vom 21. September dieses Jahres den Magistrat, alsbald Vorlage über die im kommenden Winter zu treffenden Maßnahmen zu machen. Der Stadtverordnetenversammlung vom 9. November unterbreitete nun der Magistrat eine Vorlage. In dieser wird einleitend gesagt, trotzdem es den Anschein habe, daß in diesem Jahre Arbeitslosigkeit reichlicher vorhanden sei, als um die gleiche Zeit des Vorjahres, beabsichtigt der Magistrat, für den kommenden Winter eine Reihe von Arbeiten vorzuziehen, die unter normalen wirtschaftlichen Verhältnissen im wesentlichen auf den Sommer zu verweisen wären. Es soll hierdurch vorwiegend bestritten werden, daß anderenfalls während der Winterzeit zu entlassende Arbeiter weiterbeschäftigt werden können. Ergänzend sollen, wie in den Vorjahren, eigentliche Notstandsarbeiten hinzutreten, sobald sich hierzu die Notwendigkeit herausstellt. Insgesamt legte der Magistrat für die im Winter in Angriff zu nehmenden Arbeiten 1 1/2 Millionen Mark für Arbeitslöhne und Material fest. Auf Arbeitslöhne allein entfallen nach 326 000 M., doch muß in Betracht gezogen werden, daß durch Materiallieferungen auch in der Privatindustrie erhöhte Arbeitsgelegenheit geschaffen wird und diese Löhne nicht mit einbezogen sind.

Im Vorjahr war die angelegte Summe für Arbeiten, die zur Linderung der winterlichen Arbeitslosigkeit ausgeführt werden sollten, bedeutend höher. Da wurden insgesamt 3 672 100 M. für Arbeitslöhne, Anschaffungen und Materialien bewilligt. Sind auch von diesen vorgezeichneten Arbeiten nicht alle zur Ausführung gekommen, so war doch die dadurch geschaffene Arbeitsgelegenheit weit reichlicher als die, die durch die Ausführung der für diesen Winter geplanten Arbeiten eintreten wird.

Von den für 1909/10 vorgesehenen Ausgaben für Arbeitslöhne, Anschaffungen und Materialien von 1 1/2 Millionen Mark sind 1 000 000 M. bereits zur Vorauszahlung bewilligt, um die eventuelle Finanznotlage der Arbeiter zu ermöglichen, beantragt der Magistrat, 400 000 M. vorläufigweise zu Lasten des Etats für 1910 zu bewilligen. Er betont noch besonders, daß ein Teil der vorliegenden Arbeiten nicht mit einem Male begonnen und ferner nicht in jedem Falle zur Ausführung kommen sollen, sondern nur wenn die Notwendigkeit dazu nach Lage des Arbeitsmarktes vorliegt. Ferner wird die Auswahl unter den vorgesehenen Arbeiten je nach der Notwendigkeit der betreffenden Arbeit an sich und je nach dem Grade der Wichtigkeit, dem sich zeigenden Arbeitsbedarf zu genügen, von Fall zu Fall getroffen werden.

Bei der Beratung der Vorlage wurden diese Ausführungen von dem sozialdemokratischen Redner, der sich für seine Präzision weitergehende Anträge für später vorbehielt, kritisch beleuchtet. Wegen die angelegten Posten selbst wurden von keinem Redner Einwendungen gemacht und die 400 000 M. für 1910 auch einstimmig gebilligt.

Begriff des doppelten Wohnsitzes im steuerrechtlichen Sinne.

Der Graf v. Ziele-Winkler zu Roschen (Schlesien) war auch in Berlin zur Kirchensteuer herangezogen worden, weil er hier einen zweiten Wohnsitz habe. Er bestritt dies und beantragte im Rechtswege seine Freistellung von der Steuer in Berlin. Das Oberverwaltungsgericht als letzte Instanz erkannte jedoch auf Abweisung. Begründend wurde ausgeführt: Die Vorinstanz (Berliner Polizeipräsident) habe den Wohnsitzbegriff richtig aufgefaßt. Niemand habe einen mehrfachen Wohnsitz, wenn er an verschiedenen Orten eine angemessene ständige Wohnung habe und wenn er zugleich in jedem dieser Orte einen Mittelpunkt seiner ganzen Lebensverhältnisse habe, beziehungsweise wenn diese in ihrer Totalität von hier aus bestimmt würden. Das sei nach den Feststellungen der Vorinstanz bezüglich des Klägers in Berlin der Fall. Er habe er in seinem Hause in der Tiergartenstraße nach jenen Feststellungen eine hausbesonnt eingeordnete Wohnung, die von ihm und seiner Familie aus verschiedenen Anlässen vorübergehend benutzt werde. (Tagung des Herrenhauses, Hof- und sonstige Festlichkeiten, Durchreisen usw.). Dann siehe aber auch der Graf zu seiner Hauptverwaltung in seiner Beziehung; auch während seines Berliner Aufenthaltes finde zwischen ihm und seiner Hauptverwaltung ein reger geschäftlicher Verkehr statt. Somit könne auch Berlin als Wohnsitz mit in Frage, so daß ihn der geschäftsführende Ausschuss der Berliner Stadtynode zur Steuer heranziehen konnte.

Will der Graf die Kirchensteuer los werden, so bleibt ihm nichts übrig als aus der Landeskirche auszutreten.

Aus Industrie und Handel.

Warenbestände in Großbetrieben.

Wie hoch die Lagerbestände in den einzelnen Großbetrieben sind, das erfährt man an einem Beispiel. Die Ver. Königs- und Laurahütte bucht in ihrer letzten Bilanz für nicht weniger als 10,31 Millionen Mark Produkten- und für 3,43 Millionen Mark Materialbestände. Es betrug der Wert der Warenbestände am Ende des Geschäftsjahres auf den Anlagen der Ver. Königs- und Laurahütte in Mark:

	1901/02	1903/04	1905/06	1907/08	1908/09
Produktenbestände	4 578 920	6 042 890	5 620 743	8 788 548	10 809 016
Materialbestände	1 629 235	2 023 841	1 666 020	3 247 388	3 435 150

Ganz naturgemäß haben bei dem schlechten Geschäftsgange die Materialbestände weniger stark zugenommen als die Bestände an Produkten, die im letzten Jahre gegen 1907/08 eine Zunahme um 1,32 Millionen Mark aufwiesen.

Bayern auf dem Wege zum Industriestaat.

Die in Angriff genommene industrielle Ausbeutung der bayerischen Wasserkraft hat dort die Ausbilden für eine industrielle Entwicklung außerordentlich verbessert. Nach derselben Richtung wirken die vor einiger Zeit gemeldeten Erzvunde. Derselbe von Bamberg sind riesige Braunkohlenlager gefunden worden. Vor einigen Monaten hat sich in München eine Aktiengesellschaft gebildet, die die Mineralien verwerten will; vorläufig ist ein Kapital von einer Million Mark vorgelesen. Neuerdings beteiligt sich auch der Staat an dem Wettlaufen nach Erdgasen. Im bayerischen Staatshaushalt für 1910/11 fordert die Regierung unter den außerordentlichen Ausgaben 600 000 M., um auf Kohle, Erze und Salz weitere Vortrungen und Schürfungen vorzunehmen zu können. Wenn nur nicht schon die besten Chancen längst durch die Privatindustrie verpufft worden sind und die Regierung das Nachsehen hat, — wie üblich!

Die Ueberlandbahnen im Rheinlande. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat sich dahin ausgesprochen, daß der Bau und der Betrieb der geplanten elektrischen Städtebahn Köln-Düsseldorf nicht der staatlichen Eisenbahnverwaltung vorbehalten bleiben soll, sondern privaten Unternehmern zu überlassen sei. Als Bewerber sind die Städte Köln und Düsseldorf sowie die in dieser Frage gemeinsam vorgehenden Elektrizitätsgesellschaften Siemens-Schuckert-Werke und Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft aufgetreten. Dieser Umstand wird die Ausführung des Projekts naturgemäß nur verzögern, und man wird neugierig sein, in welchem Maße wieder eine Verbesserung des Privatkapitals erfolgen wird. Den Großgesellschaften genügt es nicht, die Profite einzubehalten, die ihnen der Bau verspricht, der ihnen ja doch zufällt, sie wollen auch noch die Einnahmen aus dieser erfolgversprechenden Strecke in ihre Kassen leiten. Worum übrigens der Staat nicht selbst die Initiative ergreift, eine großzügige Verluststrecke auszuführen, die einer späteren Elektrifizierung des gesamten Staatsbahnbetriebs als Muster dienen könnte, ist nicht ersichtlich. — Mit den Vorarbeiten für die vom Verkehrsministerium genehmigte Ueberlandbahn von Düsseldorf nach Mönchengladbach ist bereits begonnen worden.

Arbeitslosigkeit in Großbritannien.

Obgleich die offizielle Statistik Großbritanniens versichert, daß sich Handel und Industrie wieder heben und man besseren Zeiten entgegengeht, ist von einer merklichen Besserung des Arbeitsmarktes wenig zu spüren. Die Berichte der verhältnismäßig geringen Anzahl Gewerkschaften qualifizierter Arbeiter, die an das Handelsministerium gelangen, weisen zwar eine Abnahme der Arbeitslosigkeit gegen das Vorjahr auf, aber die Unvollständigkeit dieser Aufstellungen und die gänzliche Ausheraussparung des großen Heeres der ungelerten Arbeiter machen die Angaben des Handelsministeriums zu einem schlechten Maßstab der wirklichen Verhältnisse. Die Arbeitslosigkeit droht im nächsten Winter wieder erschreckenden Umfang anzunehmen. In Glasgow allein schätzt man heute die Zahl der Arbeitslosen auf 25 000; nicht besser sieht es in London aus. Die Regierung scheint die Arbeitslosen in ihrem Streite mit der konservativen Opposition ganz vergessen zu haben. Das einzige, was sie auf Betreiben der Arbeiterpartei unternommen hat, ist die Verlängerung des Arbeitslosengesetzes, das mit seiner durchaus ungenügenden finanziellen Unterstützung wie ein Tropfen Wasser auf einem heißen Stein wirkt. Im übrigen begnügt sich die Regierung damit, den Arbeitern zu versprechen, im nächsten Jahre eine Arbeitslosenversicherung für gewisse Verufe, in denen die Arbeitslosigkeit am schärfsten auftritt, einzuführen. Damit ist den Arbeitlosen aber jetzt nicht gedient und schon haben die Demonstrationen wieder angefangen, mit denen im vorigen Winter der Dessestlichkeit und der Regierung die erschreckende Ausdehnung des Unheils ständig vor Augen gehalten wurde. Unter den Arbeitslosen befindet sich eine große Anzahl alter ausgebildeter Soldaten, die jetzt dazu verurteilt sind, auf der Straße zu verkommen. In London gibt es allein 5000 solcher arbeitsloser Berufssoldaten. Der Gen. Edmondson, der früher Feldwebel im 21. Wagneregiment war, sucht sie zu organisieren, 800 von ihnen markierten vor einigen Tagen vor das Kriegsministerium, um zu demonstrieren. Dem militärisch geordneten Zuge wurde eine Fahne vorangetragen, die die Inschrift trug: Niemand's Regiment: im Kriege wertvoll, im Frieden untauglich! — In einer Audienz, die die Führer der arbeitslosen Soldaten bei dem Kriegsminister hatten, kam es zu erregten Auseinandersetzungen. In Anbetracht des wachsenden Interesses, das die arbeitslosen Londoner ausgebildeten Soldaten dieser Bewegung entgegenbringen, ist es daher mehr als wahrscheinlich, daß es im kommenden Winter in London zu recht lebhaften Straßenzügen kommen wird.

Gerichts-Zeitung.

Gegen Lebius

richtete sich eine Beleidigungsklage, die am Donnerstag vor dem Schöffengericht Charlottenburg verhandelt wurde. Den Hintergrund der Klage bildet der Reineidprozeß, welcher vor einiger Zeit gegen den Sprechmeister Vogel verhandelt wurde. Bekanntlich haben die Geschworenen den Sprechmeister Vogel von der Anklage des Reineides freigesprochen, obgleich ihn zwölf Zeugen positiv belastet hatten. Diesen Ausgang des Prozesses Vogel nahm Lebius zum Anlaß, um in seinem gelben Blatte „Der Bund“ Beleidigungen und Verbastigungen gegen die Leiter des Bäderverbandes zu schleudern. Die Tendenz des beleidigenden Artikels ging dahin, die Leser glauben zu machen, der Bäderverband habe eine Reihe von Zeugen zum Reineid verleitet, um eine Verurteilung Vogels zu erzielen. Das war zwar nicht deutlich ausgesprochen, aber um so deutlicher zwischen den Zeilen zu lesen. Der Artikel trug die Ueberschrift: „Reineid als Kampfmittel gegen die Gelben“. Er sagte unter anderem, die Zeitung des Bäderverbandes übe Verrat, hinterliste, Lüge, Betrug und rühme sich dessen sogar; sie sei zu allen Gemeinheiten fähig. Auch von einem „roten Verleumder“ sprach der Artikel, und schließlich hieß es, da die Geschworenen Vogel freigesprochen haben, so müßten sie zu der Ueberzeugung gekommen sein, daß die zwölf Zeugen des Bäderverbandes zwölf Reineide geschworen haben. — Wegen der gegen die Zeitung des Bäderverbandes gerichteten Beleidigungen klagten Schneider und Heuschold; wegen der Verleumdung, es müßten im Prozeß Vogel zwölf Reineide geschworen sein, klagte einer der Zeugen aus dem Vogel-Prozeß, der Bäcker Steinlopf, gegen Lebius.

Seiner Gemohnheit gemäß suchte Lebius das Gericht dadurch für sich zu stimmen, daß er einzelne Vorgänge aus dem Kampfe, den der Bäderverband gegen die Gelben zu führen gezwungen ist, in einseitiger Weise darstellte und so sich selbst als verfolgten

Harmonieapostel in bengalischer Beleuchtung hinstellte. Im übrigen wollte er die Kläger, die ihm persönlich gar nicht bekannt seien, mit seinen Beleidigungen nicht haben treffen wollen. Sein Verteidiger, Rechtsanwalt Löwe, bestritt sogar, daß Schneider und Gehshold sich als Leiter des Wädelverbandes betrachten dürften.

Rechtsanwalt Dr. Steinemann, der die Kläger vertrat, wies dagegen nach, daß sich die beleidigenden Äußerungen nur auf die Kläger beziehen könnten und daß es eine schwere Beleidigung ist, wenn die Zeugen aus dem Vogel-Prozess des Weineides verdächtigt würden, da doch jeder wissen müsse, daß die Geschworenen aus verschiedenen Gründen zur Freisprechung gelangt sein können, ohne daß sie annehmen brauchten, die Belastungszeugen hätten falsch geschworen.

Das Gericht hielt nur die Kläger Schneider und Gehshold für beleidigt, und zwar nur durch die Ausdrücke „rote Verleumder“ und „die zu allen Gemeinheiten fähig sind“. Deswegen wurde Lebius zu einer Geldstrafe von 30 M. verurteilt. Daß die Bemerkung, zwölf Zeugen im Vogel-Prozess mühten Weineide geleistet haben, sich auf den Kläger Steinkopf beziehe, hielt das Gericht nicht für erwiesen.

Die verschiedenen doch Beleidigungen vor Gericht gewertet werden. Kürzlich ist ein Redakteur der „Hilfe“ zu 150 M. verurteilt worden, weil er Lebius einen Mann mit gerichtlich festgestellten Qualitäten nannte. Lebius aber, der in einem einzigen Artikel eine ganze Blut von Beleidigungen gegen seine Gegner ausgeschüttet, braucht nur 30 M. Strafe zu zahlen.

Streikjustiz.

Als die Arbeiter einer Fabrik in Reinickendorf streikten, kontrollierten die Genossen Behrend vom Metallarbeiterverband und Siering vom Schmiedeverband die dort aufgestellten Streikposten. Sie kamen gerade hinzu, als die Streikposten von Schutzleuten aufgefordert wurden, sich zu entfernen. Behrend sagte zu den Beamten: „Die Leute sehen Streikposten und dürfen hier stehen.“ Zu den Streikposten sagte Behrend, sie sollten keine Hakenfäden sein, sie dürften dort stehen, die Beamten hätten ihnen gar nichts zu sagen. — Durch diese Äußerung soll Behrend die Beamten beleidigt haben. Er hatte sich deshalb am Mittwoch vor dem Schöffengericht Berlin-Weißensee zu verantworten. — Die als Zeugen vernommenen Schutzleute sagten, die Umgebung der Fabrik sei für Streikposten gesperrt gewesen — angeblich weil Arbeitskräfte belästigt worden sein sollen —, als sie die Streikposten fortwies, habe Behrend ihnen die angeführte Bemerkung zugesprochen. Siering befandete dagegen, daß Behrend in durchaus ruhiger Tone gesprochen habe. — Der Amtsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 100 M. — Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Steinemann, wies nach, daß weder objektiv noch subjektiv eine Beleidigung vorliege. Letztgenannte fische dem Angeklagten der Schuß des § 193 zur Seite, denn als Vorstandsmitglied des Metallarbeiterverbandes habe er das Recht und die Pflicht, die Interessen der Streikenden wahrzunehmen. Diese Interessen seien durch das Verbot des Streikpostenstehens verletzt worden. Der Angeklagte wisse aus jahrelanger Erfahrung, daß die Verwaltungsbehörden durch Verbot des Streikpostenstehens und andere Maßnahmen das Koalitionsrecht der Arbeiter illusorisch machen. Das sei auch im vorliegenden Falle geschehen. Der Angeklagte habe das Recht, darüber zu wachen, daß das nicht geschehe, zum mindesten glaube er, ein solches Recht zu haben. Er habe also durchaus in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt und müsse deshalb freigesprochen werden.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 50 M. Die sehr eingehenden Ausführungen des Verteidigers wurden in der Urteilsbegründung mit dem einen Satz erledigt: Daß einem Streikleiter der Schuß des § 193 zur Seite liege, davon kann gar keine Rede sein. Die zu den Streikenden gemachte Bemerkung: „Die Beamten haben Euch nichts zu sagen“, erklärte das Gericht als beleidigend, denn darin liege die Behauptung, die Beamten hätten ihre Befugnis überschritten. Sela. Gegen das Urteil hat Behrend Berufung eingelegt.

Die Geschäftspraktiken eines gewerbmäßigen Geldverleiher beschuldigten gestern den Strafrichter. Vor der 2. Strafkammer des Landgerichts I mußte sich der Makler Karl Kaselowski wegen wiederholten Betruges, schwerer Urkundenfälschung und Unterschlagung verantworten. — Der Angeklagte erließ in einer großen Anzahl von bürgerlichen Zeitungen, hauptsächlich in Provinzialblättern, Inserate, in denen er sich zur Vermittlung von Darlehen gegen mögliche Zinsen anbot. Er erhielt eine Unmenge Aufträge von Darlehenssuchern, denen er dann mitteilte, daß er erst durch die Auskunfts „Lito“ eine Auskunft über sie einziehen müsse und hierfür die Gebühren im voraus zu zahlen seien. Bald darauf erhielten die Geldsuchenden dann eine Mitteilung, welche mit einer Nachnahme von 7—12 M. belastet war und einen absolut gleichgültigen Inhalt hatte. In den meisten Fällen lösten die Betreffenden diese Nachnahmen auch ein. Der Angeklagte ließ

gewöhnlich dann nichts mehr von sich hören. Wenn die Darlehenssucher dann auf Erfüllung seines Versprechens drangen, überhandte er ihnen die Auskünfte, die stets ungünstig lauteten. Auf diese Weise prellte der Angeklagte mehrere Personen. In einem anderen Falle schädigte er einen Eigentümer L., der für sein Grundstück in Biesdorf eine Hypothek von 35 000 bzw. 40 000 M. suchte, um einen größeren Betrag, nachdem er sich fälschlich als Makler der Karlsruher Lebensversicherungsgesellschaft ausgegeben hatte. Schließlich eignete sich der Angeklagte noch Mietsbeträge an, die er als Verwalter eines Hauses eingezogen hatte. — Der Staatsanwalt beantragte 2½ Jahre Gefängnis. Das Gericht erkannte auf 1 Jahr und 6 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust.

Nachmal die Messengerbobs als Privatpost.

Wegen Uebertretung des Postgesetzes hatten sich am 5. März vor dem Landgericht III in Berlin der Geschäftsführer der Messengerbobs-Compagny, Dr. Carl Hoffmann, der Stationsleiter dieser Gesellschaft, Maximilian Guisard in Berlin, die königliche Solotänzerin Fräulein Löbke in Charlottenburg und der Kaufmann Kurt Rosenthal in Schöneberg zu verantworten. Die Post hatte jedem der Angeklagten einen Strafbefehl überhandt. Auf erhobene Beschwerden erkannte das Schöffengericht auf Freisprechung. Die Berufung der Anwaltschaft wurde vom Landgericht III am 5. März verworfen. Gegen das landgerichtliche Urteil hatte die Staatsanwaltschaft Revision eingelegt. In der vorliegenden Sache handelte es sich um den Gegenstand zu der Breslauer, die kürzlich das Reichsgericht beschäftigte, nur um die Beförderung einzelner verschlossener Briefe, d. h. um Beförderungen, wie sie Dienstmänner auszuführen pflegen. Fräulein Löbke wollte jemandem einige Theaterbillets zusenden und telephonierte an die Charlottenburger Filiale der Messengerbobs Co., sie möge ihr einen Bogen schicken. Dieser kam und schaffte den verschlossenen Brief nach einem Hauße, das zwar zu demselben Postbezirk wie das der Abendin in Charlottenburg gehört, aber zu Berlin im politischen Sinne zu rechnen ist. Der Angeklagte Rosenthal hat unter ähnlichen Umständen einen Brief befördert lassen. In einem dritten Fall, der nur die beiden Hauptangeklagten betrifft, lag die Sache ähnlich. — Auf die Revision des Staatsanwalts hob am Dienstag das Reichsgericht das Urteil gegen Dr. H. und G. auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Aus der Begründung ist zu entnehmen, daß nach der Postgesetzabelle alle Privatankommen verboten sind, welche gewerbmäßig das Einsammeln, Befördern und Verteilen geschlossener Briefe betreffen. Es hätte geprüft werden müssen, ob die Messengerbobs Co. nicht eine postähnliche Einrichtung ist. Verlangt sei ferner der Begriff der Beförderungsdienstleistung im Art. 3 der Novelle von 1899. Auch wenn die Messengerbobs Co. sich gewerbmäßig gar nicht mit Briefbeförderung beschäftigt, sondern der Zweck der Gesellschaft lediglich in der Expedition bestehe, falle sie unter den Begriff Privatpost. Der Zweck der Novelle sei die Beförderung der Privatbriefbeförderungsdienstleistungen; der Gesetzgeber habe sich hierzu rigoroser Mittel bedient. Er habe solchen Gesellschaften zwar die Beförderung ihrer eigenen Briefe gestattet, nicht aber die Beförderung fremder Briefe durch ihre Boten.

Anspruch auf Erhöhung der Unfallpensionen.

In einer jüngst ergangenen Entscheidung spricht das Reichsgericht aus, daß nach § 7 Absatz 2 des Unfallversicherungsgesetzes vom 7. Juni 1871 ein Anspruch auf entsprechende Erhöhung der Pension für den Beamten entsteht, wenn die betreffende Beamtenkategorie nach der Pensionierung des Anspruchsberechtigten eine Aufbesserung erfahren hat. Dabei kommt aber zugunsten des Inanspruchgenommenen in Betracht, daß der Berechtigte, wenn er im Dienste verblieben wäre, gemäß des Pensionsgesetzes in der Fassung des Gesetzes vom 31. März 1882 auch auf seinen Antrag in den Ruhestand versetzt worden wäre. Es handelt sich also um die Zurücklegung des Pensionsalters als Voraussetzung. Eine Verjährung des Anspruches tritt gewöhnlich nach zwei Jahren ein.

Verfammlungen.

Die Ortsgruppe Groß-Berlin des Verbandes der Bureauangestellten und der Verwaltungsbeamten usw. hielt in den Ruskersälen ihre Generalversammlung ab. Zuerst referierte Herr Rechtsanwalt Dr. A. I. über die Verteidigung nach dem Entwurf der neuen Strafprozessordnung. In 1½stündigen Ausführungen führte der Referent den Anwesenden in postender Weise die Mängel und die notwendigen Verbesserungen des neuen Entwurfs der Strafprozessordnung vor Augen. — Der Kassierer Schiemann erstattete dann den Kassenericht vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1909. Hauptkassen: Einnahmen an Beiträgen a 1,20 M. 12 868,20 M., a 1 M. 540 M., a 60 Pf.

718,40 M., sonstige Beiträge 43,70 M., überse 23 M., zusammen 14 190,30 M. Ausgaben an Krankengeld 2564,93 M., Stellenlosenunterstützung 928,40 M., Sterbegeld 200 M., Koffell 70 M., diverses 10,50 M., an den Hauptvorstand abgeliefert 10 410,80 M., zusammen 14 190,30 M. Lokalasse: Einnahmen an Kassenbestand 1. Juli 1908: 2079,70 M., Gruppenanteile 2360,49 M., Extrabeiträge a 50 und 20 Pf. 100,90 M., Ueberschuß von zwei Vergütungen 488,85 M., Einnahme für die Kurse 505 M., überse 131,80 M., zusammen 5664,54 M. Ausgaben an Agitation: Drucksachen 755,90 M., Porto 343,90 M., Stellennachweise 84,22 M., Beiträge zur Gewerkschaftskommission 894,41 M., Verwaltungskosten: Persönliche 887 M., sächliche 675,18 M., Kurse 284,30 M., Delegation 8 M., sonstige 930,35 M., zusammen 4463,26 M. Kassenbestand am 1. Juli 1909: 2079,70 M., Einnahmen 5664,54 M., zusammen 6664,54 M., Ausgaben 4463,26 M., mithin Kassenbestand am 30. Juni 1909: 1201,28 M. — Lehmann gab den Bericht des Stellennachweises vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1909. Die offenen Stellen bei den Anwälten betragen: Vorsteher 46, Registratoren 54, Raschenschreiber 121, Kanzlisten 48, Lehrlinge 19 und Auszubildende 18, zusammen 300. Stellensuchende meldeten sich: 120 Vorsteher, 94 Registratoren, 342 Raschenschreiber, 154 Kanzlisten, 12 Lehrlinge, zusammen 575. Befehl wurden 194 Stellen. Die offenen Stellen bei den Kassenangestellten betragen 21, Stellensuchende 23, Befehl wurden 11 Stellen. Ingesamt wurden 205 Stellen befehlt. Die Delegierten der Gewerkschaftskommission gaben ihren Bericht. Zum Vorsitzenden der Ortsgruppe wurde Pattloch, als Kassierer Schiemann, zum Schriftführer Aman gewählt, als Delegierte zur Gewerkschaftskommission Fürstenberg und Julius Cohn. Die übrigen Funktionäre sind bereits in den Vorstandssammlungen gewählt.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist toeben das 7. Heft des 23. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Die öffentliche Meinung. — Die Wahlen in Baden. Von G. H. Lehmann. — Die Landtagswahlen in Sachsen. Von Hermann Feilner. — Die politische Situation in den Vereinigten Staaten und die Sozialistische Partei. Von E. B. Gouldin (New York). — Technisch-wirtschaftliche Rundschau. Von Rich. Wolff. — Literarische Rundschau: Nauticus, Jahrbuch für Deutschlands Seineressen. Von Karl Radel. — Notizen: Rückblick auf die Civis-Federation. — Helfschichtenschau. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann sie bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 3, zweiter Hof, dreiter Eingang, vier Treppen, 1007, Postfach 1007, wochentlich abends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde am 6 Uhr. Jeder Auftrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Mittelzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Sie zur Verantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Gütige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

G. S. 3. 4. Es genügt die Darstellung des Falles und die Einwendung der letzten Karte an die Versicherungsanstalt. Die Versicherungsanstalt ebenso wie die Arztkasse ist in ihrem Falle berechtigt, aber nicht verpflichtet, für Jahressatz ganz oder teilweise Sorge zu tragen. — G. S. 100. Friedbrotbäcker. 1. und 2. Reim. — P. S. 37. Die Höhe der Unterhaltsbeiträge hat in Ihrem Falle das Gericht festzusetzen. Unsa 100 Mark würden voraussichtlich als angemessen erachtet werden. — U. S. 69. 1. bis 3. Ein Offenbarungsbuch verleiht nicht. Er hindert auch keineswegs den Erwerb von Geld. Der Gläubiger ist ebenso wie derjenige, der den Offenbarungsbuch nicht hat leisten lassen, jederzeit zu Klagenverfahren berechtigt. 4. Staatsanwaltschaft beim Landgericht I, III. — P. S. 100. 1. Die Bestätigung des Eigentümers des Friedbrotbäckers in 2. Reim. — G. S. 18. 1. Die Ehefrau kann ihr Pflandrecht verlangen; sie würde, wenn es sich um einen Erbsitz im Gebiete des Märkischen Reichs handelte, die Hälfte des Nachlasses unter Einwirkung ihres Vermögens verlangen können. Auf das Pflandrecht würde sie innerhalb eines Jahres klagen können. 2. Das ist der Verzicht der Parteien überlassen. — P. S. 1000. Die Klage hätte keine Aussicht auf Erfolg, weil die Schuldner minderjährig sind. — R. S. 731. 1. In 2. Reim. — C. P. 107. 1. Der Mann ist zum Unterhalt der Ehefrau, die sich außerhalb der Ehewohnung aufhält, nur verpflichtet, wenn die Trennung mit Einverständnis des Mannes geschah oder die Frau zu dessen einem berechtigten Grund hatte. 2. Sie können auf Rückgabe des Eigentums klagen. Eine Strafklage hätte keine Aussicht auf Erfolg! Diebstahl gleichwohl Klage ist nicht strafbar.

Kunstlicher Marktbericht der hiesigen Marktkaufen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Marktsälen. Markttag: Fleisch: Kuhvieh stark, Geschäft san, Preise für Schweinefleisch anziehend, sonst unbeeinträchtigt. Wild: Fehlt, Preis für Wildschweinfleisch stetig, Preise unbeeinträchtigt. Geflügel: Putzner genügend, Geschäft stetig, Preise gut. Fisch: Fehlt, Preis für Fische stetig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise stetig unbeeinträchtigt. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Putzner genügend, Geschäft stetig ruhig, Preise stetig.

Theater.

Freitag, den 12. November.
Anfang 7½ Uhr.
Königl. Opernhaus. Gar und Zimmermann.
Königl. Schauspielhaus. Der deutsche König.
Neues königl. Operntheater. Geschlossen.
Deutsches. Von Carlo. (Anfang 7 Uhr.)
Kammerspiele. Festungsbräutigam. (Anf. 8 Uhr.)
Anfang 8 Uhr.
Berliner. Hohe Politik.
Festung. Die Geschicht. Gammels Himmelsfahrt.
Königl. Oper. Auferstehung.
Neues Schauspielhaus. Das Gemälde.
Neues. Wahrheit.
Kleines. Rotal.
Reichens. Götter.
Höbel. Der Stempel.
Schiller. O. Bauer. (Theater.)
Die erste Gelbe.
Sch. Charlottenburg. Geheißer.
Friedrich-Wilhelmstadt. Schauspielhaus. Fischmann als Erzähler.
Wehen. Die geschiedene Frau.
Neues Operntheater. Die Dollarprinzessin.
Thalia. Die ewige Lampe.
Volkstheater. Gar und Zimmermann. (Anfang 8½ Uhr.)
Lilien. Imphor. Deutz.
Dove. Maria Stuart.
Trianon. Pariser Witwen.
Lustspielhaus. Der dunkle Punkt.
Der. Die große Kunst.
Folies Caprice. Mobilisierung. Der gewisse Augenblick. (Anf. 8½ Uhr.)
N. S. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Casino. Entel Sohn.

Gebr. Herrnsfeld-Theater. So muß man's machen. Ein Rettungsmittel.
Karl Haverland-Theater. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Gastspiel. Die gute Partie. (Anf. 8½ Uhr.)
Vahner. Spezialitäten.
Noack's Theater. Wallensteins Lager. Die Glocke.
Palast. Die große Tante. Spezialitäten.
Reichens. Die große Kunst.
Urania. Tausendundein. (Anf. 8 Uhr.)
Abends 8 Uhr: In den Dolomiten.
Steuern. Anbahnung 27.02.
Lessing-Theater.
8 Uhr: Die Gefährliche. Hieraus: Gammels Himmelsfahrt.
Sonabend, 8 Uhr: Tausend der Narr.
Berliner Theater.
8 Uhr: Hohe Politik.
Morgan's Hohe Politik.
Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Wahrheit.
Morgen:
Der Dieb.
Sonntag: Wahrheit.
Neues Operntheater. Schauspielhaus. Die Dollarprinzessin.
Abends 8 Uhr:
Die Dollarprinzessin.
Morgen zum erstenmal: MIB Dudelsack.
Friedrich-Wilhelmstadtisches Schauspielhaus.
Freitag, den 12. Novbr., Anf. 8 Uhr.
Fischmann als Erzähler.
Sonabend: Fischmann als Erzähler.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Die große Kunst.
Abends 8 Uhr: Fischmann als Erzähler.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
Freitag, abends 8 Uhr:
Die erste Gelbe.
Lustspiel in 4 Akten v. Gullav Wied und Hans Petersen.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Der Schwarze der Treue.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Die Welt, in der man sich langweilt.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die von Hochsattel.
Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Die geschiedene Frau.
Sonntag nachm. 3 Uhr:
Ein Walzertraum.
Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Der dunkle Punkt.
Volks-Oper.
SW., Weiß-Albano-Strasse Nr. 7/8.
Abends 7,9 Uhr:
Zap und Zimmermann.
ROSE-THEATER
Große Franzfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Maria Stuart.
Trauerspiel in 5 Akten v. Fr. v. Schiller.
Sonabend nachm. 4 Uhr: Frau Holle. 8 Uhr: Die Rechtslosen.
Königsstadt-Kasino.
Volksmarktstraße 72.
Täglich: Franz Sobanski.
The Orloffs, Arras Duo, Matr. Raichard, Fiti Morro, The Carnalis, G. Eulenburg, John Hket und MIB Jonny, Comillbrüder, etc.
Recht! Vor der Schmeide.
Singpiel in 1 Akt v. Otto Richter.

Schiller-Theater Charlottenburg.

Freitag, abends 8 Uhr:
Gespensster.
Ein Familiendrama in 3 Aufzügen von Henri Hehn.
Ende 10½ Uhr.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Wallensteins Lager. Die Piccolomini.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Macbeth.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Gespensster.
Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
In den Dolomiten.
Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Gretchen.
Großes in 3 Akten von David und Michel.
Morgen und folgende Tage:
Dieselbe Vorstellung.
Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Inspektor Gräsig.
Lebensbild in 6 Bildern v. Gasman.
Sonabend nachm. 4 Uhr: Große Andenstellung: Der Strampel. Märchenpötte mit Gesang und Tanz. 8 Uhr: Robert und Bertram.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Herren Edme. 8 Uhr: Heimat.
Trianon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Pariser Witwen.

Gastspiel-Theater.

Räpender Straße 67/68.
Täglich abends 8½ Uhr:
Gastspiel von Fritz Bookmann.
Die gute Partie.
Metropol-Theater.
Hallo!!!
Die große Revue!
In 8 Bildern von Jul. Freund.
Musik v. Paul Lincke. In Szene gesetzt vom Dir. Rich. Schultz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.
Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/48.
Sonntag, den 14. November 1909:
Die zärtlichen Verwandten.
Lustspiel in 3 Aufzügen v. H. Benedix.
Ermold Barman: Hans Reip.
Kassensührung 6 Uhr.
Anfang der Vorstellung 7 Uhr.
Folies Caprice.
Mobilisierung.
Bunter Teil.
Der gewisse Augenblick.
Vorverk. 11—2. Anfang 8½ Uhr.
Karl Haverland Theater.
77/79 Kommandantenstraße 77/79.
Anfang prähe 8 Uhr.
Schlager auf Schlager.
bringt das
November-Programm.

W. Noack's Theater.

Braunstr. 10, am Rosenhäger Tor.
Schillerfrier. Prolog.
Wallensteins Lager.
Die Glocke. 10 lebende Bilder.
Regie: Franz Merker.
Anfang 7,9 Uhr. Entrée 30 Pf.
Walhalla-Variete-Theater.
Weinbergweg 19-20, Rosenthaler Tor.
Anf. 8 Uhr. Die großartigen November-Spezialitäten.
Im Tunnel: Regimentskapelle.
Theaterbelüftung freier Eintritt.
Sanssouci, Kottbuser Straße 6.
Direktion Wilhelm Roman.
Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutscher Sänger und Tanztruppe.
Stets neues hochaktuelles Programm.
Beg. Com. 6, noeven. 8 U.
Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger Meysel, Britton, Schröder usw.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.

Zirkus Busch.
Freitag, den 12. November 1909,
abends 7 1/2 Uhr präzise:
Komischer Gala-Abend.
Patty Frank-Truppe!
Die Cleveland!
Ferner: Frl. Warda Bekolow,
Schulreiterin. — Herr Ernst
Schumann, Meisterdressuren.
Um 9 1/2 Uhr: **Farmerleben!**
Besonders hervorzuheben:
Die Springflut! Der Ueberfall
und Rettung aus dem brennenden
Blockhaus.
Sonntag, 14. Novbr., nachm.
3 1/2 Uhr: **Farmerleben ohne
Kürzan.**

Zirkus Schumann
Freitag, den 12. November,
abends 7 1/2 Uhr:
Gala-Vorstellung
mit großem Programm.
Um 9 Uhr Ende ca. 11 Uhr
Zum 14. Male:
Die große Ferie
Die drei Rivalen
oder **Das mysteriöse Schloß**
in der Normandie
Ferie in 5 Akten.
I. Akt: In der Normandie. —
II. Akt: Auf dem Schloße des
Bitters de la Champagne. —
III. Akt: Das mysteriöse Schloß.
— IV. Akt: Die drei Rivalen.
— V. Akt: Das Hochzeitsfest
mit der noch nie gesehenen
Schink-Hochzeitsfeier.
Sonntag: 2 Vorstellungen.
Nachm. der berühmte Schimpanse.

Apollo Theater
8 Uhr 8 Uhr
Die grandiosen Spezialitäten. U. a.:
Dorothy Kenton X Yvonne de Forge,
Das Wunder der Ankleidung
Consuelo Fornarina.
Die Phänomene:
Wynne Brothers.
10 Uhr:
Eine Haremsnacht.
Größter Erfolg in 1 Akt.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Das großartige
Varieté-Programm
des neuen großen
Varieté-Teils.
Ferner 10 neue Debuts.
Ferner:
Henry Bender
in der tollen Burleske
Der süße Doktor.

Palast-Theater.
Direktion: Robert Dill & Karl Piranu.
Burgstraße 24, am Bahnhof Börs.
Täglich durchschlagender Erfolg
der November-Spezialitäten.
Liebens Trie? mit Dtr.
Rob. Dill
und die Haupterfolgspartie.
Vorstellung, nachmittags zu halber
Kassenspreiz, gültig, überall zu haben.

Voigt-Theater
Gesundbrunnen. Badstr. 58
Seltene Vorstellung zur Feier d. 150 Jahre
Geburtsfestes Friedrich v. Schillers.
Freitag, den 12. November 1909:
Die Räuber.
Trauerspiel in 10 Bildern v. Friedrich
v. Schiller.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Herrnfeld Theater
Kommendantenstr. 57. T. H. 4, 5083.
Der Höhepunkt
aller Erfolge
sind die beiden Komödien:
„So muß
man's machen“
Burlische u. Gelung in 2 Akten von
H. u. D. Herrnfeld. Musik von L. Mal
als Schützenkönig
Anton Herrnfeld
Donat Herrnfeld
als sein Sozjus
Wortl. Kuppelbild,
und **Ein Rettungsmittel**
Komödie in 1 Akt von Ludwig Duna.
Vorverkauf 11-2 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Passage-Panoptikum,
Lebend!
Der Skelettmensch
AGA, die schwed. Jungfrau
Die Truamalerin.
Columbia Experimente d. IV. Dimans.
Tamburitz-Briganten-Truppe.
Vitasop-Theater, Dauervorstg.
Panophon-Konzerte all. Weltgröß.
Alles ohne Extra-Entree!

Casino-Theater
Lothring. Straße 37. Täglich 8 Uhr.
Erzählung des tollesten Abstranges:
Nur noch bis Freitag, 9. Dezember:
Onkel Cohn.
Sonabend, 4. Dez. Premierabend.
Sonntag 4 Uhr: Familie Kinkeri.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35
Möbel Sie sparen Geld! Wenn Sie direkt zu Engrospreisen in der Möbelfabrik
H. Walter Inh. Willi Maaß, Brunnenstr. 35
kein Laden
kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur
eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.
35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Gesundheit ist Reichtum!
Bade Berlin-Ost im
„Bad Frankfurt“
Große Frankfurter Str. 136.
Medizinische Bäder aller Art
in werktätlich ununterbrochen ge-
öffneten Sonder-Abteilungen für Damen
400L und Herren.
2 Wasserbäder mit je 2 Hand-
tüchern 75 Pf. (40 Minuten Badezeit.)
Lieferant sämtlicher Krankenkassen.

Ohne jede Anzahlung
verkaufte ich **Pianos** erstklassigen Fabrikat (dual prämiert Staats-
medaille) in allen Holz-
und Stilarten von
wunderbarer Tonfülle.
(Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung,
ohne jeden Vorausschlag. 95/100
Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.
Berlin, Ansbacher Str. 1
Conrad Krause Nachf., Ecke Kurlüstestr. Tel. Charl. 10410.
Auch Sonntags geöffnet.

Fleisch-Zentrale des Ostens
Eröffnung: Sonnabend, 13. November
Voigtstr., Ecke Frankfurter Allee.
Detail-Verkauf zu Engros-Preisen. 125/12

Deutscher Transportarbeiter-Verband
Sektion I. Handelsarbeiter.
Montag, den 15. November 1909, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Saal 4
(großer Saal), Engelauer 15:
General-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Robert Schmidt über:
„Arbeiterchutz im Handels- und Transportgewerbe.“
2. Diskussion. 3. Geschäfts- und Kassenbericht pro 3. Quartal.
Mitgliedsbuch ist mitzubringen und am Eingang des Saales vorzuzeigen.
Wer mit seinen Beiträgen 10 Wochen im Rückstande ist, hat keinen Zutritt.
Der Sektionsleiter: Fritz Bappler.

WINTERGARTEN
Das neue Programm
im Zeichen der
Frauen-Schönheit!
Anne Danerey
Lalla Seibin
Jeanne Franslohl
Käte Sandwinas
Sisters Harreys
sowie die übrigen Attraktionen,
u. a.:
Bernhard Mörbitz
Horace Goldin.

Ruppnhagen
am Moritzplatz
Anf. 8 Uhr.
Täglich:
Spezialitäten.
Täglich:
Militärkonzert.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Große Vorstellung
bei kleinen Preisen
ein Kind frei.

Orts-Krankenkasse
der Schmiede.
Sonabend, den 20. November
1909, abends 8 1/2 Uhr, bei Tabbert,
Markstr. 14, Eingang Grünweg:
Ordentliche
General-Versammlung.
1. Neu- resp. Wiederwahl der aus-
scheidenden Vorstandsmitglieder
a) 1 Arbeitergeber auf 3 Jahre,
b) 2 Arbeitnehmer auf 3 Jahre.
2. Wahl der Revisoren zur Prüfung
der Jahresrechnung 1909.
3. Änderung der durchschn. mittlichen
Tageslohn.
4. Verschiedenes.
Der Vorstand. 295/6
H. A. Ad. Pilgrim, Vorsitzender.

Orts-Krankenkasse
Pankow.
Die statutarische
General-Versammlung
findet am Freitag, den 26. November,
abends 8 Uhr, im Restaurant Koczysky,
Pankow, Kreuzstr. 3/4, statt.
Tages-Ordnung:
1. Protokoll.
2. Wahl dreier Revisoren zur Prü-
fung der Jahresrechnung pro 1909.
3. Neuwahl dreier Vorstandsmit-
glieder (ein Arbeitgeber und zwei
Arbeitnehmer). Es scheiden aus:
Dostkötter, Daniel und Böttte.
4. Definitive Genehmigung der mit
den Beamten abzuschließenden resp.
zu ergänzenden Engagementsverträge.
5. Bericht vom Ortskrankenkassen-
Tag in Bremen.
6. Anträge, welche mindestens fünf
Tage vor der Versammlung bei dem
Unterzeichneten schriftlich eingereicht
sein müssen.
7. Verschiedenes.
Pankow, den 4. November 1909.
Der Vorstand
der Ortskrankenkasse Pankow,
Paul Seifert, Vorsitzender.
NB. In dieser Versammlung sind
nur die gewählten Delegierten ein-
tritts- und stimmberechtigt. 295/3

**„Berliner Arbeiter-
Radfahrer-Verein“**
Mitglied des Arbeiter-
Radfahrer-Bundes
„Solidarität“.
Mittwoch, 17. Novbr. (Volltag),
abends 7 Uhr:
Gr. Lichtbilder-Vortrag
Kinetograph u. Tanz
in Freyer's Bildsälen (großer Saal),
Koppenstraße 29. 12/12
Eröffnung 9 Uhr. Eintritt 20 Pf.

frische Gänse
nur erste Qualitäten von 7 bis
14 Pfund a Pfund 65 Pf.
Gänserümpfe, Gänse.
Junge Enten M. 2,50.
Hühner,
seltene Suppenhühner, sog. Brathühner
in besonders schöner Auswahl.
Wegner, 80. Mariannenstr. 34.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Arbeitsnachweis: Verwaltungsbüro Berlin. Hauptbureau:
Dof I. Amt 3, 1239. Charitestraße 2. Dof III. Amt 3, 1287.
Achtung! Bauanschläger! Achtung!
Sonntag, den 14. November 1909, vormittags 10 Uhr,
im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 1:
Monats-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Eugen Brückner über: **„Hat der
Arbeiter im heutigen Staat Gleichberechtigung?“**
2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchenanliegenheiten. 4. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.

Sonntag, den 14. November 1909, abends 5 Uhr,
im Luisenstadt-Kasino, Oranienstr. 180:
Versammlung aller in der Schraubenbranche
beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Wulfsch über: **„Die englische
Revolution und Oliver Cromwell.“** 2. Diskussion. 3. Ver-
bandsangelegenheiten. 4. Branchenanliegenheiten.
Zahlreicher Besuch wird erwartet. 125/10

Nach der Versammlung: **Gemütliches Beisammensein.**
Entree mit Tanz 15 Pf.
Metallarbeiter-Notizkalender von 1910,
a 60 Pf., sind erschienen und im Bureau und bei den
Raffinerern zu haben. Die Ortsverwaltung.
Verband der baugewerbl. Hilfsarbeiter Deutschl.
Zweigverein Berlin und Umgegend. — Sektion der Rohrer.
Achtung! Rohrer. Achtung!
Sonntag, den 14. November, vormittags 10 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
im Lokale von Gustav Kuhn, Rauchstr. 70.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Hermann Caro über: **„Was lehrt
uns die letzte Lohnbewegung?“** 2. Diskussion. 3. Verbands-
angelegenheiten.
Es ist Pflicht eines jeden Rohrers, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Der Zweigvereinsvorstand. 31/4

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Heute Freitag, abds. 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 14/15,
Saal 4 (Arbeitslojen-Saal).
Sitzung der Ortsverwaltung.
Einsetzer.
Sonntag, den 14. d. Mo., um 10 Uhr vormittags, finden die
Bezirks-Versammlungen
in den bekannten Lokalen statt.
Die Kollegen in Rixdorf werden besonders darauf aufmerksam gemacht,
da dort der Besuch gelöst werden soll wegen Auflösung des Bezirks.
92/1 Die Branchenkommision.

Am 14. November findet eine Veranstaltung statt.
Eröffnung nachmittags um 4 Uhr, Vorstellung um 6 Uhr:
In den Dolomiten.
Billets a 65 Pf. inkl. Garderobe sind noch auf dem Bureau zu haben.

Dr. Lohmann's
Chem. Edelsalze
Fix und Fertig
ohne Arbeit
schneeweiße Wäsche
Chem. Fabrik Schöneberg G. m. b. H. Berlin W.

Arbeiter=
Bekleidung — Berufsbekleidung.
Größtes Spezialgeschäft.
Kohnen & Jöring, Hauptgeschäft Alexanderstr. 12.
Filialen: Landsberger Allee 148.
Rixdorf: Bergstraße 66 Ringbahnhof.

Für die uns aus Anlaß
unserer Silbernen Hochzeit er-
zeigten Aufmerksamkeit sagen
herzlichsten Dank. 3161
Anna und Hermann Schruet.

Todes-Anzeige.
Am Montag, den 8. November,
verschied nach langem, schwerem
Leiden die Goldschmiedin
Karoline Zimmermann
geb. Müller.
Die Beerdigung findet Sonn-
abend, den 13. d. M., nachmittags
2 Uhr, auf dem Charité-Friedhof,
Rixdorfstr. 11, statt. 23806
Der hinterbliebene Ehemann
Schlosser Louis Zimmermann
nebst Tochter, Mittelstr. 44.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und die Kranzspende bei
der Beerdigung meines lieben
Vaters sage ich allen Kollegen,
Freunden und Bekannten meinen
herzlichsten Dank. 23903
Frau Fiedlke nebst Kindern.

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme (sowie die Kranzspende
bei der Beerdigung meines lieben
Vaters) sage ich allen Kollegen,
Freunden und Bekannten meinen
herzlichsten Dank. 23905
Witwe Laura Papper.

Dankfagung.
Für die zahlreiche Beteiligung bei
der Beerdigung unseres lieben Sohnes
und Bruders
Richard Warzack
sowie für die zahlreichen Kranz-
spenden sagen wir allen Kollegen,
Freunden und Bekannten unseren
herzlichsten Dank.
Berlin, 12. November 1909.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise aufrichtiger
Teilnahme und zahlreichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meines
unvergesslichen lieben Vaters, unseres
guten Vaters, Schwieger- und Groß-
vaters, des Hählers. 23928
Wilhelm Mochert
sagen wir allen Verwandten, Freunden
als auch Bekannten, besonders dem
Genossen Rausche für seine eindrucks-
volle Rede am Grabe des Entschlafenen,
wie auch den Sängern für den er-
hebenden Gesang und den Genossen
des 74. Bezirks des 6. Berliner Reichs-
tagswahlkreises auf diesem Wege
unseren herzlichsten Dank.
Witwe Mochert nebst Kindern.

Gemeinsame Orts-Krankenkasse
für
Nowawes
und Umgegend.
Am Montag, den 29. November,
abends 7 1/2 Uhr, findet im Restaurant
von Singer, Nowawes, Priesterstr. 31,
eine 295/4

ordentliche
General-Versammlung
statt, zu welcher die Mitglieder des-
selben ergebenst eingeladen werden.
Von 7 1/2-8 1/2 Uhr finden die
Wahlen zum Vorstande, Arbeitgeber
und Arbeitnehmer getrennt, statt. Zu
wählen sind ein Arbeitgeber und drei
Arbeitnehmer.
Um 8 1/2 Uhr:
Gemeinsame Sitzung.
Tagesordnung:
1. Wahl von drei Mitgliedern zur
Prüfung des Jahresabschlusses 1909.
2. Statutenänderung. 3. Ver-
schiedenes.
Anträge zu der General-Versam-
mlung sind bis zum 18. d. Mo. bei
dem Vorsitzenden eingureichen.
Der Vorstand.
gez. Otto Hoffmann.

Bekanntmachung
der gemeinsamen
Orts-Krankenkasse
für
Mariendorf
und Umgegend.
Am Montag, den 22. Novem-
ber, nachmittags 6 1/2 Uhr, findet im
Saale des Restaurants Löwen-
hagen zu Mariendorf, Chausseestr. 27,
die ordentliche
General-Versammlung
statt, zu der die Herren Delegierten
hierdurch ergebenst eingeladen werden.
Tagesordnung:
1. Neuwahl eines Arbeitgebers- und
zweier Arbeitnehmerdelegierten
und Erziehung eines Arbeit-
geberbevollmächtigten in den Vorstand.
2. Wahl dreier Revisoren zur Prü-
fung der Jahresrechnung für
1909.
3. Genehmigung von Teuerungszu-
lagen an die Kassenbeamten.
4. Verschiedenes.
Etwasige Beschlüsse oder dergl.,
zu denen die Einsichtnahme der Ge-
schäftsbücher erforderlich ist, sind dem
Vorstand mindestens drei Tage vor-
her schriftlich einzureichen.
Mariendorf, den 8. November 1909.
Der Vorstand. 235/5
H. H.: (gez.) K. Baechler, Vor-
s., P. Saedler, Schriftführer.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalfeste. Das Lokal „Noabiter Casino“, Wilsonader Straße 63, Inh. Peters, wird der Arbeiterkassette zur Abhaltung von Versammlungen zu Verfügung gestellt. Wir ersuchen daher, genanntes Lokal streng zu meiden.

Zweiter Wahlkreis (Friedrichstadt). Druckerei-Nacharbeiter. Sonntag, den 14. November: Zahnmorgen bei Julius Meyer, Dammstr. 108. Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Vortrag v. Kollegen Heinrich Kuntz: „Christentum und Sozialdemokratie“.

Dritter Wahlkreis. Am Sonntag, den 14. November, abends 6 1/2 Uhr, findet in den „Mittertälern“, Mitterstr. 75, eine Versammlung statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag der Genossin Wilhelmine Kähler. Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein.

Charlottenburg. Der Wahlverein bildet in diesem Jahre auf sein zwanzigjähriges Bestehen zurück. Aus diesem Anlaß findet am Sonntagabend, den 13. d. M., in den gesamten Räumen des Volkshauses ein Fest statt. Auf dem Programm stehen Vorführungen des Mandolinenspiels „Voran“, des „Ill-Trios“, der „Charlottenburger Liedertafel“ und der „Freien Lützowischen“, außerdem Tanz, Verlosung usw. Reichstagsabgeordneter Genosse Zubeil wird die Festrede halten. Eintritt 25 Pf., Beginn 8 Uhr. Um zahlreichen Besuch bittet.

Eichwalde. Sonntagabend, den 13. d. M., abends 8 Uhr, hält der Wahlverein Eichwalde sein hiebisches Stiftungsfest in Vier's Restaurant „Zur Mühle“ in Niedersdorf ab. Zum Vortrag kommen Gesangsbeiträge des Adlershofer Sängers-Quartetts, Konzert und Akrobatis, sowie humoristische Veranstaltungen. Um rege Beteiligung ersucht.

Buch und Umgegend. Am Sonntagvormittag 2 Uhr findet in Buch bei Albrecht am Bahnhof eine Volksversammlung statt. Tagesordnung: „Kirche und Schule“. Referent Joseph Reute, ehemaliger katholischer Geistlicher. Es wird um rege Agitation zu dieser Versammlung ersucht. Die Buchholzer Genossen werden ersucht, sich zahlreich daran zu beteiligen. Abfahrt von Blankenburg 1.10.

Berliner Nachrichten.

Die Stadtverordneten

vollzogen zu Beginn ihrer gestrigen Sitzung eine Ehrenrettung des Vorstehers Nischelet, an der alle Fraktionen sich beteiligten. Aus Anlaß eines Strohdurchbruchprojektes, das ellihe Hoffnungen geknüpft hatte, war von einem Hausagrarierverein Herr Nischelet hinter dem Busch gesucht worden, hinter dem schon mancher Hausagrariar gesteckt haben soll. Daß Herr Nischelet Unrecht widerfahren sei, wurde von Herrn Oberbürgermeister Kirschner und dann auch noch von ihm selber dargelegt. Die fünf Fraktionen der Versammlung schlossen sich dem an. Für die sozialdemokratische Fraktion gab Genosse Singer mit kurzen Worten eine bezügliche Erklärung ab, ein paar Freisinnführer aber hielten es für nötig, in ihre Lobeshymnen auf die Tugend und Un-eigenmächtigkeit ausdrücklich alle Jhrigen einzubeziehen.

Sodann kam es wieder mal zu einer Debatte über die Arbeitslosigkeit. Diesmal war sie angeregt worden von den „Sozialfortschrittlichen“, die vom Magistrat hören wollten, wie es zurzeit mit der Arbeitslosenfürsorge stehe. Da die Bewegung, die desantermahnen von der sozialdemokratischen Fraktion ausgegangen ist, nicht im Sande verlaufen darf, zeigte Stadt. Nathan in seiner Begründung der Anfrage. Dabei vergaß er nicht hervorzuheben, daß auch die bürgerliche Klasse ein sehr materielles Interesse daran habe, die Arbeiter nicht der Arbeitslosigkeit überliefern zu sehen. Geantwortet wurde ihm zunächst nicht vom Magistrat, sondern vom Stadt. Goldschmidt, der sich zum freiwilligen Beschützer des Magistrats aufwerfen zu sollen glaubte. Dann erst ergriff für den Magistrat der Stadtrat Fischbein das Wort, der in Arbeitslosendebatten Unvermeidliches und sagte sein gewohntes Veruhigungssprüchlein her. Die größeren Gesichtspunkte, von denen aus die Frage der Arbeitslosenfürsorge zu behandeln ist, wurden von unserem Genossen Dupont betont. Dupont goh auch einiges Wasser in den Wein der Goldschmidtschen Begeisterung für Fischbeinschen Fürsorgeeifer. Das war natürlich Herrn Goldschmidt ein erwünschter Anlaß, durch Anrempelung der Sozialdemokratie sich wieder mal wichtig zu machen. Er hatte es nötig nach dem Schmerz, den die Landtags-Erfahrung in Berlin ihm bereitet hat. Als Genosse Dupont in seiner Antwort die Neuregelung des Tarifvertrages für die Holzindustrie berührte und auf die von den Unternehmern vollzogene Kündigung hintwies, erlebten wir auch noch die übliche Rede des Stadtverordneten Brunglow, des Führers der Holzindustriellen. Durch die Eile des Vorstehers, der allzumal die Debatte für geschlossen erklärte, wurde unserem Genossen Blocke die Erwiderung ab-geschritten. Werden nach dieser Aussprache die Arbeiter der Meinung sein, daß die Frage, wie es um die Arbeitslosenfürsorge steht, befriedigend beantwortet worden sei?

Die Kirche in Nöten.

Die Kirchenaustrittsbewegung macht unseren Frommen arge Kopfschmerzen. Die Kirchenbehörden beschäftigen sich in den letzten Jahren in ihren Zusammenkünften, mögen sie nun Kreis- oder Stadtsynoden, Provinzial- oder Generalsynoden heißen, ernstlich mit der Frage, wie dem Kirchenmitgliedschwund entgegenzuarbeiten sei. Als einziges Mittel, das sie entdeckt haben, betrachten sie eine Verordnung des Kon-sistoriums, die die Folgen des Kirchenaustritts aufzählt. Diese Folgen sind schreckliche. Das der Kirche Palet sagende Mitglied verliert das Recht, Pate zu stehen, am heiligen Abendmahl teilzunehmen, an den kirchlichen Wahlen sich zu beteiligen, den Anspruch auf kirchliche Trauung, Anspruch auf Laufe und Konfirmation der Kinder, den Anspruch auf eine Grabstelle auf den den Kirchengemeinden gehörigen Friedhöfen.

Es ist eine lange Liste, die die Kirche aufgestellt hat, aber gefahrlos wird niemand damit. Auch ohne die genannten kirchlichen Rechte kann man existieren und, wenn man stirbt, auch unter die Erde kommen. In Friedrichsfelde auf dem städtischen Friedhof ruht es sich ebenso gut wie auf einem der Kirche gehörigen Friedhof, und die Angehörigen eines Verstorbenen haben nicht mit der Intoleranz der Geistlichen oder der Kirchenhofsinspektoren gegen die Hinterbliebenen oder Leidtragenden zu rechnen, wie das auf vielen Kirchhöfen heute noch geschieht.

Von Interesse ist, daß die Kirche durch die vielen Austrittserklärungen sich auf einmal ihrer Angehörigen erinnert. In letzter Zeit haben zahlreiche Kirchengemeinden gedruckte Zirkulare versandt an Personen, die entweder ihren Kirchenaustritt angemeldet haben oder aber schon aus der Kirche ausgetreten sind, und lesen in beweglichen Worten die Folgen des Kirchenaustritts aneinander. Auch Personen, die bereits aus der Kirche ausgeschieden sind, erhalten gedruckte Hinweise, im Fall sie ihren Austritt bereuen sollten, sich vertrauensvoll an die Geistlichen zu wenden.

Ein von der Samaritergemeinde ausgehendes Zirkular glaubt einen besonderen Trumpf auszuspielen zu sollen, indem es sich auf die Liebestätigkeit der Kirche beruft und folgende Sätze schreibt:

„Wer steuert der Not, wer nimmt sich der Unterdrückten an, wer pflegt die Kranken, wer handelt, statt Worte zu machen? Klopfen Sie an den Türen derer an, die den Austritt aus der Kirche predigen! Geben Sie ihnen Brot, wenn Sie arbeitslos sind? Gewähren Sie ihnen Hilfe in Krankheit? Was hat man für Sie übrig? Worte, die eine schöne Zukunft verheißten, und zuletzt einen Kranz für den toten Genossen, der am Wege des Lebens starb, ohne den sozialen Himmel irdischer Glückseligkeit zu sehen!“

Die Keuherung ist echt jesuitisch und muß die Gegenfrage aufwerfen lassen: Was tut die Kirche, um der sozialen Not zu begegnen?

Sie predigt dem arbeitenden, notleidenden Volke Ent-sagung und vertröstet es auf das Jenseits, wo alles „gut be-lohnt wird“.

Sie bekämpft die Emanzipationsbestrebungen des Proletariats, die auf eine Verbesserung der Lage der ar-beitenden Klassen und auf eine schließliche Befreiung der Klassenunterschiede hinauslaufen. Die Kirche stellt sich in den Dienst des heutigen Klassenstaates und jagt den Armen und Elenden, daß die heutigen Zustände, in denen eine Handvoll Menschen in Ueberfluß schwelgt, während Hunderttausende am Hungertuch nagen, von „Gott gewollte“ und unabänderlich seien.

Immer größere Kreise erkennen das Wesen der Kirche und brechen deshalb mit der Kirchengemeinschaft. Wer aus der Kirche ausscheiden will, richtet an das zuständige Amts-gericht ein Schreiben, in dem er mitteilt, daß er aus der Kirche — ob katholische oder evangelische muß angegeben werden — ausscheiden will und seinen Austritt anmeldet.

Innerhalb vier bis sechs Wochen muß dann der Antrag-steller in einer vom Gericht festgesetzten Zeit persönlich auf dem Amtsgericht seine Erklärung zu Protokoll geben.

Wer jetzt seinen Austritt anmeldet, braucht nur bis Ende nächsten Jahres — 31. Dezember 1910 — Kirchensteuern zu zahlen.

Der Armenetat für das Jahr 1910.

Wie bei den ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht anders zu erwarten, weist der Etat die erhebliche Steigerung von fast 1 Million Mark auf. Auch im laufenden Etatsjahre ist eine Ueberschreitung von 1/4 Millionen zu erwarten. Die Zahl der laufend unterstützten Personen (Altenempfänger) betrug im Jahre 1905 33 944, ging dann im Jahre 1907 auf 33 371 Personen zurück, um im letzten Jahre die höchste Zahl von 34 336 Unterstützungsbedürftigen zu erreichen. Im Etat wurden hierfür 7 100 000 M. oder 200 000 M. mehr wie 1909 eingestellt. Der Durchschnittsatz der Unterstützung beträgt 200 M. pro Kopf und Jahr gegen 197 im Jahre 1906. Diese minimale Erhöhung entspricht durchaus nicht den außerordentlich gestiegenen Lebensbedürfnissen und tragen die Armenkommissionen diesen Verhältnissen nur in geringem Maße Rechnung.

Auch die Zahl der Pflegekinder zeigt eine bedeutende Zunahme; von 11 400 im Jahre 1907 stieg die Zahl auf 12 057 im letzten Jahre. Im Etat sind hierfür 1 320 000 M. oder 100 000 M. mehr wie im verfloffenen Etatsjahre eingestellt. Der Durchschnittsatz beträgt 100 M. pro Kind und Jahr gegen 95 M. im Jahre 1906.

Auch hier muß gesagt werden, daß 8 M. pro Kind und Monat bei weitem nicht zur Erhaltung anreicht. In Betracht kommt hierbei noch, daß für eine große Zahl der Kinder nur 6—7 M. ge-zahlt wird. Die Armenkommissionen werden von den Kommissionen ganz energisch zu fordern haben, daß auch hier den wirtschaftlichen Ver-hältnissen Rechnung getragen wird.

Eine wesentliche Steigerung zeigt auch der Betrag für außer-ordentliche Unterstützungen. Während im Jahre 1908 noch 920 298 M. zur Deckung ausreichten, wurden im Jahre 1908/9 1 437 752 M. oder 55 Proz. mehr verbraucht. Es wurden nur 1 400 000 M. in den Etat eingestellt, da eine Besserung der wirt-schaftlichen Lage erwartet wird.

Den erheblichen Betrag von 1 180 000 M. oder 279 000 M. mehr wie im Jahre 1909 erfordern die Kur- und Verpflegungskosten in den Krankenanstalten. Die Steigerung ist auf die Erhöhung der Verpflegungskosten von 2,60 M. auf 3 M. pro Kopf zurückzuführen.

Die Entschädigung für die Armenärzte zeigt ein Mehr von 36 000 M., da der Gehalt der Ärzte — einem Beschlusse der Stadt-verordnetenversammlung entsprechend, — von 1500 auf 1800 M. er-höhrt werden soll.

Eine lange Debatte entspann sich bei der Bewilligung von Mitteln für die Entsendung von bedürftigen Kindern in Heil- und Erholungsstätten. Im letzten Jahre mußten 2000 Kinder, für welche die Lungenfürsorgestellen und die Armenärzte die Aufnahme für notwendig erklärt hatten, entsandt werden. Der hierfür ver-ausgabte Betrag von 350 000 M. erregte bei der Mehrheit der Direktion erhebliche Bedenken, ob man auf diesem Wege der Kranken-fürsorge weiter gehen solle. Es wurden wie vor zwei Jahren ver-schiedene Mittel empfohlen; so solle an Stelle des Armenarztes ein besonderer Vertrauensarzt die Notwendigkeit der Aufnahme be-scheinigen; ferner wurde empfohlen, weibliche Gemeindepflege-rinnen einzustellen, um die Kinder nach ihrer Entlassung zu überwachen; endlich soll der Erfolg der Kur nach längerer Frist festgestellt werden usw. Maßnahmen, daraus berechnet, eine Entsendung dieser so notwendigen Fürsorge herbeizuführen, trotzdem Tausende von Kindern, für welche der Arzt zwar die Entsendung für nöthigenswert hält, schon jetzt zurückgewiesen werden. Es soll im Etat 49 wieder ein größerer Betrag eingestellt werden.

Der gesamte Etat schließt ab mit einer Einnahme von 882 700 M. und einer Ausgabe von 12 971 000 M., sodas die Stadt einen Zuschuß von 12 088 700 M. zu leisten hat.

Aus der Berliner Portverwaltung.

Die Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter Berlins leiden unter dem Mangel einer generellen Regelung. Während in anderen Gemeinden Arbeitszeit und Löhne nach einheitlichen Gesichtspunkten geregelt sind, besteht in Berlin in dieser Beziehung ein wahres Lohnwahnsinn. Ganz besonders trifft dies auf die Portverwaltung zu. Abgesehen davon, daß die Verwaltung in der Lohnsfrage wie in der Arbeitszeit am rückständigsten ist, schalten und walten die unteren Verwaltungsorgane ganz nach Ver-lieben. Die Selbständigkeit der Revierleiter in der Frage der Entlohnung und vor allen Dingen der Entlassung von Arbeitern gibt zu fortwährenden Beschwerden Anlaß. Die Ver-waltung unterscheidet Tagelohnarbeiter und Saisonarbeiter. Erstere erhalten pro Tag 3,75 M. bis 4,25 M., letztere 35 Pf. pro Stunde.

Die Tagelohnarbeiter referenzieren sich aus den Saisonarbeitern. Die Saisonarbeiter haben natürlich das Bestreben in die festere und auch etwas besser entlohnte Position der Tagelohnarbeiter zu kommen. Man wird dies Bestreben verständlich finden, wenn man berücksichtigt, daß feinerzeit die Saisonarbeiter täglich für 8 Stunden entlohnt werden. Ihr Wochenverdienst beträgt jetzt nach Abzug der Beiträge für Krankenkasse usw. circa 16 M., in der Ruhigkeitswoche sogar nur etwas über 13 M. Mit der frohen Genehmigung im Dienste der Residenzstadt zu stehen, können diese Leute den Hungerriemen etwas enger ziehen. Als selbstverständlich mußte man es betrachten, daß beim Austritt zum Tagelohnarbeiter neben der Leistungsfähigkeit auch die Dauer der Beschäftigung maßgebend sei. Dem ist leider nicht so. Arbeiter mit jahrelanger Beschäftigung werden nicht berücksichtigt, während Leute mit ganz kurzer Dienstzeit zum Tagelohnarbeiter befördert werden. Hat der betreffende Arbeiter die Forderung irgend eines hochwichtigen Herrn, dann überspringt er sehr schnell eine ganze Reihe von Vordermännern. Dieser Zustand ist ungerecht, aber nur dadurch möglich, daß den Revierleitern freie Hand gelassen wird. In der Frage der Entlassungen spielen sich die Dinge ebenso ab. Dasselbe ist bei der Befetzung der Wänterposten der Fall. Arbeiter mit langer Dienstzeit werden zugunsten junger Anfänger, die sich auf irgend welche Weise das Vertrauen der Revierleiter erworben, zurückgesetzt. Besonders bedauerlich ist es, daß Arbeiter unter den persönlichen Reibereien der Revierleiter zu leiden haben. So werden die Arbeiter eines Reviers, die in ihrem Revier überflüssig geworden sind, nicht im Sanktspark beschäftigt, weil zwischen den in Frage kommenden Revierleitern Differenzen bestehen. Schon im Vorjahre war das gleiche zu verzeichnen. Da sich der Vorgang auch jetzt wiederholt, sind die Arbeiter gezwungen, an die Öffentlichkeit zu treten. Es wäre für die Verwaltung ein leichtes, diese Erbitterung erzeugenden Zustände zu beseitigen, wenn sie nur den Willen dazu hätte, die Arbeiterangelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen.

Hochbahn oder Untergrundbahn in der Schönhauser Allee. Der Stadtratsordnungsamt zur Vorbereitung des Antrages über den Bau einer Untergrundbahn an Stelle der geplanten Hochbahn in der Schönhauser Allee als Fortsetzung der Untergrundbahn Leipziger- platz—Alexanderplatz—Schönhauser Allee hat mit 7 gegen 5 Stimmen— drei Mitglieder des Ausschusses fehlten — folgenden Antrag angenommen: Die Unterzeichneten beantragen: Der Magistrat wolle mit der Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen in Berlin erneut wegen des Baues einer Untergrundbahn an Stelle der geplanten Hochbahn durch die Endstrecke der Schönhauser Allee so verhandeln, daß eine Vorlage geschaffen wird, die diese Ver-änderung des § 3 des Vertrages vom 19. April 1908 mit obiger Gesellschaft in dem Sinne vorsieht, daß auch die Endstrecke als Untergrundbahn zur Ausführung kommt und die dazu nötigen Mittel in sich schließt.

Der Magistrat war durch den Stadtbaurat Geh. Vaurat Krause und den Stadtrat Alberti vertreten. Wie aus den Erklärungen der Magistratsvertreter hervorging, würden die Mehrkosten, die durch diese Veränderung des Vertrages und die dadurch bedingte Ver-legung von Kanalisationsröhren usw. entstehen, etwa rund sechs Millionen Mark betragen. Da ein bereits gültiger Vertrag mit der Hoch- und Untergrundbahn geschlossen worden ist, so müßte voraussichtlich die Stadt Berlin diese sechs Millionen Mark auf sich nehmen.

Eröffnung einer neuen Straßenbahnlinie. Eine neue Straßen-bahnlinie eröffnet die Große Berliner Straßenbahn am nächsten Sonntagabend, den 13. November. Sie erhält die Bezeichnung 21 Noabiter-dorf. Sie macht folgenden Weg: Kriminalgericht, Ledder Bahnhofs, Königplatz, Brandenburger Tor, Potsdamer Platz, Askanischer Platz, Hallesches Tor, Blücherplatz, Kaiser-Friedrich-Platz, Hasenheide, Wissmannstraße, Karlsplatz, Hermannstraße. Auf dem Rückweg verkehren die Wagen durch die ganze Hermannstraße. Werktags beginnt der Betrieb 5.03 und dauert bis 10.48. In Rix-dorf geht der erste Wagen 6.00, der letzte 11.45, am Sonn- und Feiertagen in Noabit 6.03, der letzte 10.48, in Rixdorf von 7.00 bis 11.45. Die Wagen der Linien 7 und 15 Noabit—Rixdorf ergänzen sich mit der neuen Linie 21 zwischen der Ecke der Mathisenowier und der Lurmitzstraße und dem Hermannplatz in Rix-dorf zu einem Betriebe bis zu 3 1/2 Minuten. Die Fahrzeit der neuen Linie 21 beträgt 50 Minuten, der Fahrpreis 10 Pfennig.

Für die kleinen Weihnachtshändler ist folgende Bekanntmachung des Polizeipräsidenten von Wichtigkeit: Durch die diesseitige Bekannt-machung vom 20. Oktober 1908 war für die vorjährige Weihnachtszeit (vom 11. bis einschließlich 24. Dezember) auf Grund des § 42b Schlußsatz der Gewerbeordnung das Feilbieten von Gegenständen auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen usw. durch Kinder über 12 Jahre an den Werktagenmittagen zwischen 5 und 8 Uhr noch einmal ausnahmsweise gestattet worden. Nach den dabei gemachten Erfahrungen erscheint es nicht tunlich, auch noch weiterhin eine Aus-nahme von dem im § 42 Absatz 5 Satz 1 der Gewerbeordnung enthaltenen völligen Verbote des Straßenhandels durch Kinder unter 14 Jahren zuzulassen. Unter diesen Umständen habe ich durch Ver-sicherung vom heutigen Tage die Exekutivbeamten angewiesen, zu-künftig auch während der Weihnachtszeit den Straßenhandel durch Kinder unter 14 Jahren nicht mehr zu dulden.

Von der Kammerhande, die im Richteramt arbeitete, ist gestern von der hiesigen Kriminalpolizei ein vierter Mann festgenommen worden, ein gewisser Heinrich Homburg aus Eberfeld, der in verwerflichen Kreisen zu verkehren pflegte. Homburg war der, der zu-letzt einlieferte. Er fuhr dann mit Lüdke nach Leipzig und dann nach Prag. Dort verlegte ihn Lüdke. Ganz mittellos lehrte Hom-burg vor zwei Tagen nach Berlin zurück und verband sich sofort mit einem Koch Ernst Reumann zu Ladendiebstählen. Nachdem sie bereits an mehreren Stellen größere Beute gemacht hatten, nahm die Kriminalpolizei vorgestern spät abends diese beiden Diebe in der Friedrichstadt fest. Lüdke war in Wien zunächst als unehrerer Heereskantonist angehalten worden. Auf Nachfrage in Berlin wurde er dann wegen seiner Schwindereien und Fälschungen festgenommen. Es muß der Wunde gelungen sein, auch in dem Land- und Amtsgericht II am Halleschen Ufer Kostenrechnungsformulare zu stehlen. Bis jetzt hat sich ein Mann gemeldet, dem eine weiche Kostenrechnung — die aus der Grunerstraße sind blau — vorgelegt wurde und der darauf bezahlte. Auch in Leipzig haben Lüdke und Homburg Geld ein-tauscht. Man weiß aber noch nicht, ob es sich da um Prozesse handelt, die von hier nach dort hülferspielen, oder ob die Wunde auch in Leipzig Formulare gestohlen und gefälscht hat.

Das „Medium“ Anna Abend und ihr Ehemann haben bisher ihre Haftentlassung noch nicht durchzusetzen vermocht. Die Straf-tammer hat die gegen den Haftbefehl des Amtsgerichts Berlin-Mitte eingelegte Beschwerde der Verteidigung verworfen. Sie hält die Haft insbesondere wegen Verdunkelungsgefahr für gerechtfertigt, da noch viele Zeugen zu vernahmen sind, von denen nicht feststehe, in welchen Beziehungen sie zu den Eheleuten Abend stehen oder ge-standen haben. Soweit hierbei Personen aus spiritistischen Kreisen in Frage kämen, sei der starke Einfluß der Frau Abend auf diese zweifellos geeignet, den Verdacht einer Verunkelung und Verun-säufung zu rechtfertigen. Der Rechtsanwalt der Verurteilten hat auch gegen diesen Beschluß der Strafkammer Beschwerde eingelegt, aber die nunmehr das Kammergericht zu entscheiden haben wird.

Uebersahren und geriet wurde gestern morgen um 8 1/2 Uhr auf dem Anhalter Güterbahnhof der 57 Jahre alte Vorarbeiter Albert Brack aus der Kolonnenstraße zu Schneberg. Brack stand schon 34 Jahre lang im Dienste der Eisenbahn. Gestern morgen wollte er vom Güterwaggon nach dem Jockhaiden gehen, um Papiere in Ord-nung bringen zu lassen. Einem ausdrücklichen Verbot zuwider lief er quer über die Gleise, um den Weg abzukürzen. Dabei überfah er zwei Güterwagen, die rangiert wurden und geriet unter die Räder,

Die ihm über den Leib und beide Arme hinweggingen. Ein Weichensteller fand den Verunglückten schwer verblüht daliegen und ein Arzt konnte nur noch den Tod feststellen.

Unfall oder Doppelselbstmord? In dem Hause Schibelbeiner Straße 22 wurden gestern morgen um 8 Uhr der 66 Jahre alte Schneidermeister Karl Leichter und seine 50 Jahre alte Ehefrau Marie geb. Kallisch mit Leuchtgas vergiftet in ihrem Schlafzimmer tot aufgefunden. Das Ehepaar wohnte seit 1 1/2 Jahren im ersten Stock. Seit einem Jahre teilten auch der Schwiegersohn, ein Arbeiter und Mediziner, nach dem Tode seiner Frau und ein Schlafbürche die Wohnung mit ihm. Meier arbeitete für ein großes Geschäft, das besonders Dreifachhülsenherstellung herstellte. Die Arbeit hatte in der letzten Zeit nachgelassen, die Leute litten aber keineswegs an Mangel an Nahrungsmitteln. Ihr Wesen war allerdings seit einigen Tagen gedrückt. Als Mediziner seine Schwiegereltern gestern abend um 9 Uhr zum letztenmal sah, fiel ihm nichts an ihnen auf. Sie waren eher etwas besser gestimmt als sonst. Gestern morgen um 8 Uhr fiel Mediziner ein starker Gasgeruch auf, der von dem Schlafzimmer des Paares, das auf der anderen Seite des Flures liegt, ausging. Man öffnete die Tür und fand nun Meier auf dem Fußboden und seine Frau im Bett tot liegen. Das ganze Zimmer war mit Gas angefüllt, der Hahn der Ampel stand auf. Zwei Berge und ein Samariter der Feuerwehr machten mit dem Sauerstoffapparat Wiederbelebungsversuche, die aber keinen Erfolg hatten. Nachdem die Kriminalpolizei den Befund aufgenommen hatte, wurden die Leichen, die beide nur mit dem Hemd bekleidet waren, nach dem Schanzenweg gebracht.

Warnung vor einem Auswanderungsunternehmen. Ein Franz Heders, der am 6. Februar 1879 in Düsseldorf geboren ist, sich als Diplomingenieur bezeichnet und zusammen mit seinem Komplizen Verding sich jetzt in Antwerpen aufhält, verfuhr durch Prospekte mit glänzenden Aufzählungen Leute für ein angeblich von ihm gegründetes Kolonisationsunternehmen zu gewinnen. Der Mitglied dieses Unternehmens werden soll, muß an Heders 5 M. einbringen. Wo die Gründung der Kolonie stattfinden soll, ist nicht angegeben. Nach den Feststellungen hat man es mit einem Schwindelunternehmen größeren Stils zu tun, vor dem dringend gewarnt werden muß.

Ausnahmetage für offene Geschäfte. Es wird hiermit erneut zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß gemäß der Bekanntmachung vom 20. Dezember 1908 für den Rest des Jahres 1909 im Ortspolizeibezirk Berlin die Bestimmungen des § 130a der Gewerbeordnung über die den Geschäften, Beurlaubten und Arbeitern in offenen Verkaufsstellen und den dazu gehörigen Schreibstuben (Kontoren) und Lagerräumen zu gewährenden Mindestruhezeit und Mittagspause für folgende Tage außer Anwendung gesetzt sind:

1. Bei den Blumenhandlungen für den 19., 20., 27. November, 4., 11., 18. und 31. Dezember 1909.
2. Bei den Spielwarenhandlungen für den 30. November, 1. bis 4., 6. bis 11., 13. bis 18. und 20. bis 23. Dezember 1909.
3. Bei den Buchhandlungen für den 7. bis 11., 13. bis 18. und 20. bis 23. Dezember 1909.
4. Bei allen übrigen offenen Verkaufsstellen für den 20. November, 14. bis 18., 20. bis 23. und 31. Dezember 1909.

An den unter Nr. 4. genannten Tagen dürfen im Ortspolizeibezirk Berlin alle offenen Verkaufsstellen (einschließlich der oben zu 1-3 genannten Geschäfte) für den geschäftlichen Verkehr bis 10 Uhr abends geöffnet sein.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung genehmigte am Mittwoch u. a. den Auseinanderlegungsvertrag zwischen der Pächterin des städtischen Elektrizitätswerkes und dem Magistrat über die Uebernahme des Elektrizitätswerkes in städtische Verwaltung. Die Uebernahme soll am 1. August 1910 erfolgen. Gleichfalls genehmigt wurde die Vorlage betr. Bergförderung der Kraftanlagen des Elektrizitätswerkes; die Kosten hierfür belaufen sich auf eine Million Mark. Weiter gelangten zur Annahme die Vorlagen betr. Änderung des Normalbesoldungssatzes für Oberlehrerinnen, für Leiter, Lehrer und Lehrerinnen an den städtischen Schulen, sowie die Vorlage betr. Rückbeihilfungen im Armenetat. Die Rückbeihilfungen, die sich auf 80 000 M. belaufen, sind hauptsächlich bedingt durch die hohen Preise für Bedarfsgegenstände für Meinen und durch die Arbeitslosigkeit. Alle Voranschläge nach werden noch weitere Erhöhungen im Laufe des Jahres notwendig werden. Eine längere Debatte knüpfte sich an den Bericht des Ausschusses über die Magistratsvorlage betr. Versicherung der städtischen Gebäude, Anlagen und Mobilien gegen Brandschaden. Während der Magistrat die Verteilung der Versicherung auf verschiedene Gesellschaften beantragt hatte, hatte der Ausschuss sich dahin verständigt, daß die Stadt einen Teil der Versicherung selbst übernehmen solle. Die Versammlung lehnte jedoch den auch von unserem Genossen Witt besprochenen Antragsantrag ab und stimmte der unveränderten Magistratsvorlage zu.

Wegen Schluß beschäftigte sich die Versammlung noch mit zwei von liberaler und nationalliberaler Seite eingebrachten Interpellationen über die Werkszuwachssteuer. In beiden Resultat zeitigte die Debatte nicht und konnte sie auch nicht zeitigen, da den Mitgliedern der gemischten Deputation zur Vorbereitung der Wertzuwachssteuer Amtverschwiegenheit zur Pflicht gemacht ist.

Wie sieht die englische Verfassung aus? Ueber dieses Thema spricht der Schriftsteller Eduard Bernstein in der Versammlung der freien Jugendorganisation am Sonntag, den 14. November, nachmittags 2 Uhr (Vortrag 3 Uhr), im kleinen Saale des Volkshauses, Rosenstr. 3. Außer Jugendlichen sind auch Erwachsene zu dieser Versammlung eingeladen.

Alterversion für freie Erziehung. Montag, den 15. November, abends 8 Uhr, findet im Volkshauses, Charlottenburg, Rosenstr. 3, ein öffentlicher musikalischer Vortrag mit Demonstrationen auf dem Klavier statt. Vortragender: Herr Arno Kadel. Tagesordnung: 1. Die Musik und das Kind. 2. Diskussion. Des lehrreichen Vortrages wegen wird zahlreicher Besuch erwartet. Der Vorstand.

Wilmerdorf.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Es ist immer ein Gaudium, in der Wilmerdorfer Stadtverordnetenversammlung einer Verhandlung über sozialpolitische Angelegenheiten beizuwohnen. Man mag von der fossilen Weltanschauung ökonomischer Größen und hinterkommener Landräte reden; aber wir glauben kaum, daß die in den abgeleiteten Satrapien zutage geforderte Altvordernselbststämmer den Selbstverständlichkeiten der Gegenwart trotz als die Anschauungen, mit denen eifrige Wilmerdocker Stadtverordnete das Publikum zu ergötzen wissen. Hatte da der Magistrat der jüngsten Großstadt sich unerfinden, in einer Vorlage die Einstellung von Waisenpfliegerinnen zu fordern. Es ist ja bekannt, daß die Berliner Kommunalbeschlüsse der Mitwirkung von Frauen einen harmatischen und bis dahin durchaus erfolgreich gewesenen passiven Widerstand entgegensetzten; immerhin hat hier wie anderswo eine prinzipielle Gegnerchaft gegen die Beteiligung der Frauen am kommunalen Leben sich seit langem nicht mehr als Nichts gezeigt.

Anderes in Wilmerdorf. Referent in der Angelegenheit war hier ein strebsamer Volksschullehrer, der Stadtverordnete Vuch. Dieser Herr, der sich sonst in Wilmerdorfer Kommunalleben durch reichsverbändlerische Belämpfung der Sozialdemokratie beliebt zu machen weiß, verwahrte sich dagegen, daß er die Anschauungen, die er in der vorliegenden Angelegenheit als Referent vortrage, auch für

seine Person hege. Ihm persönlich sei es nicht angenehm, daß die Wesen der modernen Frauenbewegung jetzt zum erstenmal auch an die Wilmerdorfer Stadtverordnetenversammlung heranträte, und wenn er für seine Person sprechen könnte, so würde er die Ablehnung der Magistratsvorlage empfehlen. Da der Stadtverordnetenversammlung aber mit Mehrheit der Magistratsvorlage zugestimmt habe, so möge man dem Verlangen auf verläßliche Anstellung der Waisenpfliegerinnen folgen, jedoch den Magistrat auffordern, daß er sich nach Jahresfrist gütlich über die Wirkung dieser Neuerung äußere. Als Referent gab er noch zu bedenken, daß die Waisenräte sich gegen die Einstellung von Frauen gewendet und auch erklärt hätten, keine geeigneten weiblichen Kräfte finden zu können.

Sehr kräftig unterstrich der Stadtv. Lehmann die Haltung des Referenten, indem er Worte wie „Humanitätsduselei“, „Verfall der Gesellschaft“ und ähnliche Warnungsrufe der verdächtig revolutionären Magistratsvorlage gegenüber an den Mann brachte. Eine tüchtige Handfrau habe keine Zeit für Politik; und wenn man etwas wolle, so möge man den Waisenpfliegern kirchliche Gemeindefrauentagungen zur Seite stellen. Auch Stadtverordneter Dr. Vogeler trat für die Ablehnung der Magistratsvorlage ein. Es ist dies derselbe Herr, der vor Jahresfrist zur Belämpfung der Sozialdemokratie empfahl, jedem Wilmerdorfer Sängling von Gemeinde wegen ein auf eine Mark lautendes Sparlassenbuch zu stiften.

Mit der Rücksichtigkeit der in der Frauenfrage zum besten gegebenen Anschauungen war es allmählich so arg geworden, daß der als Vorsteher fungierende Schornmaier-Prof. Dr. Leidig, also ein gewiß nicht reformfreundlicher Herr, seinen Sitz verließ und zugunsten der Vorlage, die dann schließlich angenommen wurde, einige empfehlende Worte sprach.

So weitgehend die Frauenfeindschaft der Wilmerdorfer Ratsmitglieder auch anmutet, so muß doch ein Umstand zu ihren Gunsten in Betracht gezogen werden. In Wilmerdorf ist es strenger Brauch, Sozialdemokraten von städtischen Ehrenämtern auszuschließen. So mag es denn zum Teil kommen, daß es auch den Waisenpfliegern nicht möglich ist, geeignete Hilfskräfte zu finden. Alles in allem sieht die Wilmerdorfer Bevölkerung aber von neuem auch an den bei dieser Gelegenheit verhandelten Anschauungen, wie notwendig es allein im Hinblick auf das öffentliche Ansehen der Stadt ist, daß Sozialdemokraten ins Ortsparlament gewählt werden. Im Durchschnitt blüht schon die Anwesenheit unserer Parteigenossen in einer Stadtverordnetenversammlung dafür, daß kompromittierende Ansichten, wie die hier skizzierten, sich gar nicht erst ans Licht wagen.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung setzte Stadtbaurat Müller auseinander, warum der Magistrat nicht dem am 28. Oktober in der Schnellbahnangelegenheit aufgestellten Einigungsprojekt zustimmen könne. Für Wilmerdorf ergebe sich der Nachteil, daß die von hier kommenden Reisenden am Bittenbergplatz umsteigen müßten. Auch sei nichts darüber bekannt, wie die vom Bittenbergplatz nach der Hlandstraße projektierte Linie später weitergeführt werden solle. Solange hierüber keine Klarheit herrsche, müsse Wilmerdorf auf seinem abliegenden Standpunkt beharren. Die Angelegenheit wird nächstens in der Stadtverordnetenversammlung weiter erörtert werden.

Am Schluß der öffentlichen Verhandlungen teilte der Vorsteher mit, daß die Stadtverordnetenversammlung sich vorab in geheimer Sitzung darüber klar werden wolle, ob es angängig sei, die Angelegenheit der Wahl von vier Stadträten nicht wie ursprünglich beabsichtigt, in geheimer, sondern in öffentlicher Sitzung zu erörtern. Nach einer Weile wurde aber das auf dem Korridor barrende Publikum mit dem Bedenken nach Hause geschickt, daß man sich für geheime Beratung entschieden habe.

Der Wahlschluß hat in dieser Frage beschlossen, die vier neu einzustellenden Magistratsmitglieder aus den Reihen der Stadtverordneten zu entnehmen. Dringt dieser Vorschlag durch, dann werden sieben Stadtverordneter in die neue Besetzung sein. Trotz der Proteste in der Bevölkerung haben Magistrat und Stadtverordnetenversammlung vor kurzem, als drei Stadtverordneter neue kergeworden waren, den Beschluß gefaßt, daß mit den Ertragswahlen bis zu den allgemeinen Neuwahlen im November 1910 gewartet werden solle. Wenn die städtischen Körperschaften auch jetzt noch auf solchen Bequemlichkeitsstandpunkt beharren, kann es kommen, daß der Gang der Gemeindegeschäfte den ärgsten Schaden erleidet.

Sichtenberg.

Anstatt die Beschimpfung und Verleumdung fireitender Arbeiter zurückzunehmen, bedient es unsern Ortsblättern, erneut von Rowdy und Rowdytum zu reden. Sein Retier! Anscheinend hat es seinen Vortisch durch eine neue Anleihe beim Reichsverband bereichert. Vor einigen Tagen war es auch so pfiffig, die Körperverletzung nachmals anzuschneiden. Das Blättchen unterstellte dabei, unsere Genossen hätten gegen Annahme einer Schenkung gestimmt, aus der die Armen etwas zu erwarten hätten. Die Wahrheit ist, daß von der „berühmten“ Schenkung für die Armen jedenfalls nicht ein Pfennig übrig bleibt, daß vielmehr kaum die Kosten der Anlage in der Dorfstraße gedeckt werden, zu der die Stadt durch Annahme der Schenkung verpflichtet worden ist. Bisher sind der Gemeinde aus dieser Schenkung schon ganz bedeutende Ausgaben erwachsen und man muß damit rechnen, daß dauernde Ausgaben notwendig werden. Es hat aber trotzdem kein Sozialdemokrat gegen die Schenkung gestimmt oder auch nur dagegen geredet. Vielmehr erklärten sie schon in der Kommissionssitzung, in der die Sache zuerst beraten wurde, die Schenkung abzulehnen habe niemand ein Recht! — Wahrscheinlich hat Herr Stadtrat Koch, der Verleger des Ortsblättchens, das vergessen. — In der Stadtverordnetenversammlung war es aber der Stadtverordnetenvorsteher Plogz, der sachliche Bedenken gegen die Annahme der Schenkung nach dem vorliegenden Vertrage geltend machte. Unsere Genossen bedürfteten sich auf einen Protest gegen die Forderung, dem Herrn Voepel ein Denkmal zu setzen und ihn zum Ehrenbürger der Stadt zu erheben. Und dazu hatten sie ganz besondere Gründe. Das der Stadt geschenkte Grundstück gehörte früher einem Herrn Müller. Unter welchen Umständen Voepel das Grundstück von Müller erwarb, darüber gibt uns ein vorliegender Stenographischer Bericht über die Schöffengerichtsverhandlung vom 21. und 22. März 1890 in Privatlagelassen der Herren Schott, Plogz, Karl und Julius Voepel gegen Koeder (damaliger Amtsvorsteher) und Spigig* interessanten Aufschluß. Wir zitieren daraus:

Zeuge (Müller): ... Und Julius Voepel sagte, wir müssen für'n Kirchhof sorgen, und es soll auch dazu gekauft werden. ...

Vorsitzender: Hätten Sie, wenn Sie gewußt hätten, oder wenn Voepel gefagt hätten, sie wollten das Grundstück für sich haben, — hätten Sie dann auch den Morgen für 500 Taler verkauft?

Zeuge: Nein, dann hätte ich es nicht verkauft, wenn er mir dieses nicht gefagt hätte; es soll für den Kirchhof sein, und wir müssen für sorgen, — und hätte er für seine Person kaufen wollen, dann hätte ich es nicht verkauft.

Zeuge (Müller): Voepel bot 500 Taler und hat mir erklärt, er wolle für die Gemeinde kaufen; er hat mir gefagt, es soll für den Kirchhof gekauft werden, und wir müssen für den Kirchhof sorgen. ...

Als die Gemeinde das auf solche Weise ertorbene Terrain übernehmen wollte, erklärte Herr Voepel, er habe es für sich gekauft. Und dieser Herr war damals Gemeindefürsorge! Das Grundstück, das die „hochherzige Schenkung“ darstellt, hat Herr Voepel demnach unter sehr eigenartigen Umständen für etwa 500 Taler erworben. Die Art der Erwerbung mag ihm bei Grundstücksbesitzern wohl den Ruf eines — weitberzigten Geschäftsmannes eintragen, und das Denkmal, das ihm unser Reichsverband blättern setzt, hat er eifrig verdient, aber zum Ehrenbürger reicht's denn doch nicht.

Schöneberg.

Der Jugendbildungsausschuß stellt mit: Am heutigen Freitag findet am 5. Vortragabend bei Pöschmann, Vorbergstr. 9 statt. Genosse Ritter referiert über „Krankensassenwesen“. Wir bitten um recht rege Beteiligung.

Friedrichshagen.

Am Sonnabend, den 13. November, feiert der Gesangverein „Friedrichshagener Männerchor“ sein zweites Stütungsfeiern in Verdes Bürgerläden. Da der Verein bei allen Parteifestlichkeiten sich bereitwillig zur Verfügung stellt, so wird um rege Beteiligung der Parteigenossen gebeten.

Potsdam.

Lebendig verbrannt. Vorgestern abend wurde die städtische Feuerwehr nach dem Hause Marienstr. 15 gerufen. Die dort bei den Johanniter-Schwester bedienstete Anna Dummer war mit dem Nachfüllen eines Petroleumföchers beschäftigt und Beschäftigte dabei eine Flamme nicht, der sie mit einer Petroleumlampe zu nahe kam. Sofort explodierte das Erdöl und die brennende Flut ergoß sich über das Mädchen, das einer Feuer säule gleich auf die Straße stürzte. Nachbarleute und Hausbewohner eilten der Unglücklichen zu Hilfe, deren Kleider wie Hunderte vom Leibe fielen. Die Feuerwehr schaffte die Schwerverunglückte ins städtische Krankenhaus, wo sie an den erlittenen Brandwunden verstarb.

Weihensee.

Beim Verkauf des alten Kieffandes müssen doch eigenartige Zustände obwalten, wie aus folgender von Herrn Paul Köhler, Greifswalder Straße 100, im „Weihensee Tageblatt“ veröffentlichten Warnung hervorgeht:

Ich warne hiermit jedermann, sich beim Kauf des sogenannten Kiefferterrains vorzusehen, da ich von Herrn H. Allers sen. in Schöneberg mehrere Terrains gekauft habe und notarieller Besitzer eines Teiles des Kieffandes bin. Da Herr Allers auf Grund meiner Käufe keine Auffassung geben kann, die Gemeinde Weihensee noch eingetragener Besitzer des Terrains ist, so ist es mir nicht möglich, durch Vormerkungen im Grundbuch meine Rechte zu sichern. Der eventuelle Käufer kann also etwas verkauft bekommen, worauf ich nachweisliche Rechte habe. Ich werde jeden, der zu laufen wünscht, genaue Auskunft geben, um ihn vor Schaden zu bewahren.

Wenn die Gemeinde oder deren Verwaltung nicht kompromittiert werden will, hat sie Vorsorge zu treffen, daß solche öffentliche Warnungen unmöglich werden. Ist an Herrn Allers das Terrain noch nicht aufgegeben, so darf er sich nicht als Besitzer stempeln und Weiterverkäufe vornehmen.

Zegel.

Eine Mutter mit zwei Kindern in den Tod gegangen. Gestern früh wurden aus dem Zegeler See, unweit der Germania-Werft, die Leichen zweier Kinder gelandet. Sie wurden als die Kinder des Arbeiters Niets aus der Schillingstr. 20 in Reinickendorf ermittelt. Ihre Mutter, die 23jährige Emma Niets, hat sich vorgestern nachmittag mit den Kindern, dem 3 1/2-jährigen Erwald und der 1 1/2-jährigen Lucia, aus der Wohnung entfernt. Die Unglückliche, die an einem schweren Nierenleiden litt, hat ohne Frage gleichfalls den Tod in den Wellen gesucht. Ihre Leiche ist noch nicht aufgefunden worden.

Vermischtes.

Verbrannt. Aus Leipzig wird vom gestrigen Tage gemeldet: Gegen 2 Uhr nachts sind heute zwischen dem Thüringer und dem Berliner Bahnhofe zwei der Berliner Firma A. Drudenmüller gehörige Laubtüden niedergebrannt. Zwei Personen namens Schmidt und Lorenz, die dort nächtigten, sind in den Flammen ungelommen. Beide haben unerlaubterweise in der Laubtüde genächtigt und den eisernen Ofen angezündet, wodurch der Brand verursacht wurde.

Arbeitererfils. Aus Magdeburg wird gemeldet: Im benachbarten Westerrufen stürzte ein im Bau befindlicher 22 Meter tiefer Brunnen ein. Ein Arbeiter wurde verschüttet. Ein Detachement Magdeburger Pioniere mußte die begonnenen Rettungsarbeiten ihrer Gefährlichkeit wegen einstellen. Die Leiche ist noch nicht geborgen.

Mord oder Selbstmord? Wie aus Worms gemeldet wird, wurde im Hause Kolze, 4 die Witwe Scheit und ihr vierjähriges Söhnchen bewußtlos aufgefunden. Die Frau hatte sich durch Gas vergiften wollen. In einem anderen Zimmer lag im Bette ein Mann mit durchschnittenem Kehle. Der Verdächtige ist der Lehrer Grüger aus Wachenheim. Es gelang, die Frau sowie das Kind wieder ins Leben zurückzurufen. Ob Mord oder Selbstmord vorliegt, konnte noch nicht festgestellt werden. Zwischen der Witwe Scheit und dem Lehrer Grüger bestanden intime Beziehungen.

Eine Eisenbahnkatastrophe.

Wie aus Rom gemeldet wird, entgleiste gestern vormittag ein von Livorno nach Rom abgegangener Zug bei dem Bahnhof Monte Celio. Fünf Wagen stürzten die Böschung hinab. Dreißig Personen wurden verletzt, davon sechs tödlich.

Acht Personen ertrunken. Einer telegraphischen Meldung aus El Ferrol zufolge kenterte bei der Einfahrt in den Hafen ein Fischerboot; alle acht Insassen ertrunken.

Ein Orkan auf Jamaica. Einer Meldung aus Kingston (Jamaika) zufolge hat ein Orkan, der große andauernde Ueberschwemmungen im Gefolge hatte, die Verbindung im Innern und mit den benachbarten Inseln unterbrochen.

Witterungsübericht vom 11. November 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoh. mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometer hoh. mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.
Zimmende	754	SW	4 mäßig	5	4	Caparanda	746	W	4 halb st.	-7	
Damburg	757	SW	5 Regen	4	4	Vetersburg	747	SW	2 heiter	5	
Darbin	756	SW	3 hebed.	5	5	Sella	770	W	4 mäßig	8	
Franka W	762	SW	3 Dunst	3	3	Aberdeen	764	SW	2 mäßig	8	
München	764	SW	4 hebed.	1	1	Paris	767	SW	2 hebed.	-1	
Wien	760	SW	4 hebed.	4	4						

Wetterprognose für Freitag, den 12. November 1909.

Etwas kühler, teilweise aufklarend, demnächst heiter mit leichten Regen oder Graupfähen und ziemlich häufigen nordwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		seit		Wasserstand	am		seit	
	10.11.	9.11.	10.11.	9.11.		10.11.	9.11.	10.11.	9.11.
Regel, Altmühl	107	-1	107	-1	Saale, Gochsheim	78	-2	78	-2
Regel, Ansbach	-37	-2	-37	-2	Saale, Schandau	46	+1	46	+1
Regel, Trossen	24	-2	24	-2	Saale, Rathenow	33	-1	33	-1
Oder, Kahlberg	193	+6	193	+6	Spreewald, Spremberg	74	0	74	0
• Krossen	66	+3	66	+3	• Dessau	64	+4	64	+4
• Krossen	79	-3	79	-3	• Bietow, Witten	-82	-3	-82	-3
• Landsberg	22	0	22	0	• Witten	-8	+2	-8	+2
• Landsberg	-13	0	-13	0	• Rhein, Rastatt	354	-11	354	-11
• Landsberg	-23	0	-23	0	• Rhein, Rastatt	139	-3	139	-3
• Landsberg	-58	0	-58	0	• Rhein, Rastatt	134	-5	134	-5
• Landsberg	-179	0	-179	0	• Rhein, Rastatt	62	-6	62	-6
• Landsberg	46	-3	46	-3	• Rhein, Rastatt	99	-1	99	-1
• Landsberg	56	-8	56	-8	• Rhein, Rastatt	59	-8	59	-8

Zwei Eigenschaften sind es vornehmlich, die unseren

JOSETTI VERA

CIGARETTEN.

Ihren Ruf als beste 3 Pfg.-Marke geschaffen haben. Lediglich ihre immer gleichbleibende vornehme Qualität, die wirklichen und stetigen Genuss gewährleistet, sowie ihr äusserst wohlfeiler Preis, der ihren Konsum Jedermann gestattet, sind die ausschlaggebenden Gründe für den hohen Grad der Wertschätzung, den sie bei allen sachverständigen Rauchern genossen.

Joseetti Vera m. u. o. M. 10 St. 30 Pfg.



5. Ziehung 5. Kl. 221. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 11. November vormittags. Nur die Gewinne über 100 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

160000 248 [500] 281 454 681 741 922 11 161219
 204 7 [500] 244 24 817 63 220 30 102100 213 543 608
 717 163008 [500] 42 49 185 314 [500] 90 [500] 476
 428 [500] 620 679 164004 219 369 423 [500] 32 719
 82 845 165134 [500] 372 [500] 23 541 616 910 [500]
 166125 439 671 107137 214 302 418 76 513 43 651 748
 55 165129 244 [500] 69 232 505 669 109411 [500] 690
 935 [500] 71

170001 121 202 83 600 [500] 726 859 171125 384
 446 81 969 727 [500] 50 172207 26 279 50 67 173117
 290 443 [500] 707 90 951 174992 229 482 96 628 69
 704 12 27 321 50 [500] 061 175013 201 284 508 746 878
 912 17 176000 204 504 58 20 807 005 177007 22 80
 146 82 307 491 067 611 819 900 [500] 49 178027 80
 109 25 287 549 85 083 113 941 179049 276 80 34 616
 632 [500]

180044 261 410 17 719 26 161014 129 215 304 82
 617 [500] 182250 207 81 430 680 724 805 900 183147
 281 438 95 501 98 820 [500] 79 806 70 [500] 184308
 11 420 58 277 708 901 185014 21 143 266 524 978
 186013 28 122 96 78 417 535 677 745 954 64 187111
 267 64 735 52 188318 474 508 626 858 78 925 189225
 316 [500] 65 510 [500] 642 717 69 [500] 829 56

190129 290 220 25 20 [500] 78 789 920 900 191009
 223 274 90 448 970 [500] 688 789 876 192029 100
 229 550 882 969 193074 218 544 50 784 994 [500] 194122
 417 215 820 790 922 195122 71 209 90 811 [500] 405
 528 212 [500] 790 812 196022 290 500 822 702 26 215 35
 197022 129 265 478 647 724 26 908 30 198018 180 229
 65 215 427 684 724 861 [500] 504 199076 190 212 645
 [500] 806

200012 287 288 225 409 533 [500] 671 706 842 825
 201126 225 526 520 21 623 [500] 716 17 941 202025
 689 760 800 30 203023 483 92 552 [500] 674 734 890
 681 204452 656 [500] 86 821 205201 18 307 23 [500] 28
 785 206391 275 267 902 34 207004 143 20 208 252 [500]
 454 224 62 [500] 67 91 [500] 601 44 735 824 208006 24
 142 273 716 804 [500] 6 209007 605 26 68 818 62 972

210009 27 128 209 50 60 521 622 42 [500] 82 774
 220 34 211129 71 75 277 249 422 506 600 23 212217
 888 96 84 [500] 932 75 [500] 213202 90 417 55 068 817
 214202 77 254 [500] 90 99 300 215384 345 008 [500]
 73 724 844 216126 482 609 702 217117 481 209 23 898
 218180 200 862 219177 504 713 828 78

220003 710 820 949 221041 [500] 89 131 477 695
 601 [500] 222108 243 [500] 83 [500] 307 [500] 52 [500]
 60 678 622 223124 298 487 643 701 [500] 18 856 54
 224109 590 713 225044 167 65 229 241 701 307 87
 226012 119 80 821 28 43 75 401 508 711 20 45 [500]
 227022 12 54 70 146 212 21 80 [500] 250 490 519
 60 829 87 824 [500] 228128 599 608 707 809 709 22904
 64 [500] 321 405 879

230001 121 83 221 465 606 904 963 81 89 231116
 811 871 232018 219 600 710 11 233126 247 417 237
 234025 219 83 414 888 724 809 89 95 235126 459
 67 529 78 875 781 893 821 86 236125 63 497 607 663
 237009 294 340 474 238060 80 244 217 488 38 899
 239004 [500] 81 [500] 455 69 72 82 325 489 21 48 87
 240000 808 543 505 6 621 829 899 241017 [500] 67
 734 [500] 804 [500] 56 242008 93 127 241 353 408
 241 243126 484 704 843 78 242008 694 [500] 960
 245188 192 262 512 713 808 80 86 556 [500] 43 246124
 273 545 247009 243 50 67 203 519 564 601 94 723 21 23
 248122 232 369 83 35 418 87 870 609 97 815 30 214
 249005 114 64 21 20 823 827 80

250005 703 [500] 379 83 825 884 821 251102 322
 607 74 745 252000 505 748 253000 [500] 11 245 504
 83 825 707 254000 184 85 273 80 744 873 807 255004 7
 257000 128 277 [500] 489 866 258000 48 402 770
 259100 705 22 [500] 62 258120 [500] 459 500 750 923
 259006 138 668 831 639 [500]

260002 [500] 6 256 322 83 821 [500] 861 261025
 260 002 262004 78 221 [500] 262 203026 200 824
 55 605 44 84 [500] 263024 83 261 20 263 25 273 87
 623 67 715 265127 425 266006 [500] 503 [500]
 682 878 709 267111 67 245 444 64 743 43 50 81 268007
 55 130 292 427 709 853 98 999 269024 410 48 540 95
 623 27 [500] 26 638

270011 16 87 203 [500] 16 407 813 21 271002 123
 272 004 273 715 850 87 23 274 272022 130 85 214 627
 273105 205 274222 43 61 222 421 [500] 643 704 821
 55 275004 201 206 78 [500] 64 817 875 909 276022 83
 248 [500] 600 11 [500] 507 35 707 277147 207 307 64
 542 613 278000 87 274 279143 457 327 [500] 713 236
 280120 200 72 219 414 506 617 [500] 847 871 96

281101 479 [500] 309 427 282000 282491 738 283008 6
 127 284 429 72 541 600 [500] 284027 189 260 322 81 494
 622 64 848 285007 138 210 470 [500] 507 801 [500]
 286018 227 444 98 987 805 60 287004 368 522 436 90
 288012 237 382 71 446 68 91 [500] 632 289022 609
 50 875 825 81 90 621 96 935

290108 288 502 612 745 843 291108 60 604 403 501
 64 779 977 292025 71 110 289 320 65 610 817 844
 293021 120 263 522 709 67 820 294027 284 204 295000 6
 322 64 872 712 296000 478 545 781 826 55 89 297126
 302 421 511 907 298000 [500] 288 244 826 [500] 214 533
 923 [500] 299000 [500] 120 297 762 11 877

300007 270 272 378 648 302025 472 847 48 80 874
 [500] 303148 83 [500] 378 867 825

Im Gewinnrade verblieben: 1 Prämie à 300000 M.
 1 Gewinn à 200000, 3 à 100000, 1 à 50000, 1 à 10000,
 1 à 5000, 2 à 2000, 3 à 1000, 3 à 500, 2 à 200,
 2 à 100, 11 à 50, 23 à 25, 500, 66 à 1000, 120 à 1000,
 2000 à 2000, 2021 à 1200, 6825 à 500

5. Ziehung 5. Kl. 221. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 11. November nachmittags. Nur die Gewinne über 100 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

310000 248 [500] 281 454 681 741 922 11 161219
 204 7 [500] 244 24 817 63 220 30 102100 213 543 608
 717 163008 [500] 42 49 185 314 [500] 90 [500] 476
 428 [500] 620 679 164004 219 369 423 [500] 32 719
 82 845 165134 [500] 372 [500] 23 541 616 910 [500]
 166125 439 671 107137 214 302 418 76 513 43 651 748
 55 165129 244 [500] 69 232 505 669 109411 [500] 690
 935 [500] 71

170001 121 202 83 600 [500] 726 859 171125 384
 446 81 969 727 [500] 50 172207 26 279 50 67 173117
 290 443 [500] 707 90 951 174992 229 482 96 628 69
 704 12 27 321 50 [500] 061 175013 201 284 508 746 878
 912 17 176000 204 504 58 20 807 005 177007 22 80
 146 82 307 491 067 611 819 900 [500] 49 178027 80
 109 25 287 549 85 083 113 941 179049 276 80 34 616
 632 [500]

180044 261 410 17 719 26 161014 129 215 304 82
 617 [500] 182250 207 81 430 680 724 805 900 183147
 281 438 95 501 98 820 [500] 79 806 70 [500] 184308
 11 420 58 277 708 901 185014 21 143 266 524 978
 186013 28 122 96 78 417 535 677 745 954 64 187111
 267 64 735 52 188318 474 508 626 858 78 925 189225
 316 [500] 65 510 [500] 642 717 69 [500] 829 56

190129 290 220 25 20 [500] 78 789 920 900 191009
 223 274 90 448 970 [500] 688 789 876 192029 100
 229 550 882 969 193074 218 544 50 784 994 [500] 194122
 417 215 820 790 922 195122 71 209 90 811 [500] 405
 528 212 [500] 790 812 196022 290 500 822 702 26 215 35
 197022 129 265 478 647 724 26 908 30 198018 180 229
 65 215 427 684 724 861 [500] 504 199076 190 212 645
 [500] 806

200012 287 288 225 409 533 [500] 671 706 842 825
 201126 225 526 520 21 623 [500] 716 17 941 202025
 689 760 800 30 203023 483 92 552 [500] 674 734 890
 681 204452 656 [500] 86 821 205201 18 307 23 [500] 28
 785 206391 275 267 902 34 207004 143 20 208 252 [500]
 454 224 62 [500] 67 91 [500] 601 44 735 824 208006 24
 142 273 716 804 [500] 6 209007 605 26 68 818 62 972

210009 27 128 209 50 60 521 622 42 [500] 82 774
 220 34 211129 71 75 277 249 422 506 600 23 212217
 888 96 84 [500] 932 75 [500] 213202 90 417 55 068 817
 214202 77 254 [500] 90 99 300 215384 345 008 [500]
 73 724 844 216126 482 609 702 217117 481 209 23 898
 218180 200 862 219177 504 713 828 78

220003 710 820 949 221041 [500] 89 131 477 695
 601 [500] 222108 243 [500] 83 [500] 307 [500] 52 [500]
 60 678 622 223124 298 487 643 701 [500] 18 856 54
 224109 590 713 225044 167 65 229 241 701 307 87
 226012 119 80 821 28 43 75 401 508 711 20 45 [500]
 227022 12 54 70 146 212 21 80 [500] 250 490 519
 60 829 87 824 [500] 228128 599 608 707 809 709 22904
 64 [500] 321 405 879

230001 121 83 221 465 606 904 963 81 89 231116
 811 871 232018 219 600 710 11 233126 247 417 237
 234025 219 83 414 888 724 809 89 95 235126 459
 67 529 78 875 781 893 821 86 236125 63 497 607 663
 237009 294 340 474 238060 80 244 217 488 38 899
 239004 [500] 81 [500] 455 69 72 82 325 489 21 48 87
 240000 808 543 505 6 621 829 899 241017 [500] 67
 734 [500] 804 [500] 56 242008 93 127 241 353 408
 241 243126 484 704 843 78 242008 694 [500] 960
 245188 192 262 512 713 808 80 86 556 [500] 43 246124
 273 545 247009 243 50 67 203 519 564 601 94 723 21 23
 248122 232 369 83 35 418 87 870 609 97 815 30 214
 249005 114 64 21 20 823 827 80

250005 703 [500] 379 83 825 884 821 251102 322
 607 74 745 252000 505 748 253000 [500] 11 245 504
 83 825 707 254000 184 85 273 80 744 873 807 255004 7
 257000 128 277 [500] 489 866 258000 48 402 770
 259100 705 22 [500] 62 258120 [500] 459 500 750 923
 259006 138 668 831 639 [500]

260002 [500] 6 256 322 83 821 [500] 861 261025
 260 002 262004 78 221 [500] 262 203026 200 824
 55 605 44 84 [500] 263024 83 261 20 263 25 273 87
 623 67 715 265127 425 266006 [500] 503 [500]
 682 878 709 267111 67 245 444 64 743 43 50 81 268007
 55 130 292 427 709 853 98 999 269024 410 48 540 95
 623 27 [500] 26 638

270011 16 87 203 [500] 16 407 813 21 271002 123
 272 004 273 715 850 87 23 274 272022 130 85 214 627
 273105 205 274222 43 61 222 421 [500] 643 704 821
 55 275004 201 206 78 [500] 64 817 875 909 276022 83
 248 [500] 600 11 [500] 507 35 707 277147 207 307 64
 542 613 278000 87 274 279143 457 327 [500] 713 236
 280120 200 72 219 414 506 617 [500] 847 871 96

281101 479 [500] 309 427 282000 282491 738 283008 6
 127 284 429 72 541 600 [500] 284027 189 260 322 81 494
 622 64 848 285007 138 210 470 [500] 507 801 [500]
 286018 227 444 98 987 805 60 287004 368 522 436 90
 288012 237 382 71 446 68 91 [500] 632 289022 609
 50 875 825 81 90 621 96 935

290108 288 502 612 745 843 291108 60 604 403 501
 64 779 977 292025 71 110 289 320 65 610 817 844
 293021 120 263 522 709 67 820 294027 284 204 295000 6
 322 64 872 712 296000 478 545 781 826 55 89 297126
 302 421 511 907 298000 [500] 288 244 826 [500] 214 533
 923 [500] 299000 [500] 120 297 762 11 877

300007 270 272 378 648 302025 472 847 48 80 874
 [500] 303148 83 [500] 378 867 825

Im Gewinnrade verblieben: 1 Prämie à 300000 M.
 1 Gewinn à 200000, 3 à 100000, 1 à 50000, 1 à 10000,
 1 à 5000, 2 à 2000, 3 à 1000, 3 à 500, 2 à 200,
 2 à 100, 11 à 50, 23 à 25, 500, 66 à 1000, 120 à 1000,
 2000 à 2000, 2021 à 1200, 6825 à 500



bleibt der beste Schuh-Putz

Überall zu haben in Dosen à 10 und 20 Pf.

Fabrikanten: Lubszynski & Co., Berlin NO.

„Wellendor“

geht allen vor!

Beste und praktischste Dampfwaschmaschine.

Breitstellen gratis und franco.

Wasch- und Strickmaschinen, Wäschereien und Glöckchenfabrik, Zingelstraße (gegr. 1866).

Robert Ziegler, Berlin, Marianneplatz 10 v. Drei Bärchen, Rabatt - Zeilichig.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, dicht am Meritanzplatz, 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

MAMLOK

ist im 1. Stock Alexanderstr. 35 (kein Laden), Mein Herren- und Damen-Stiefel à M. 7.75

erfreut sich infolge seiner Haltbarkeit großer Beliebtheit.

